



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

KU *Impact*

Wissenstransfer, Bildungsinnovation
und Gesellschaftliche Verantwortung

Responsive Wissenschaftskommunikation

Ein Realexperiment zur Bürgerbeteiligung
in der Wissenschaftskommunikation

Wissens**e**nschaft
in **B**ewegung

Arbeitspapiere der
Stabsabteilung für Bildungsinnovation und Wissenstransfer

Arbeitspapier 01/2021

DONAUKURIER
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT KULTUR SPORT LOKALES

Stadt Ingolstadt 
Bürgerhaus 

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Abstract

Responsive Wissenschaftskommunikation bezeichnet einen transdisziplinären Dialog zur wechselseitigen Integration wissenschaftlicher Perspektiven und regionspezifischer, gesellschaftlicher Fragestellungen. Aus der Beteiligung und Kollaboration verschiedener Wissen(schaft)sresorts, regionaler Medien und einer breiten Öffentlichkeit können so Beiträge zur Wissenschaftskommunikation entstehen, die die lineare Kommunikationsdynamik zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit überwinden. Ein solcher Ansatz erweist sich angesichts des sich vollziehenden Wandels der Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft als notwendig (vgl. Maasen/Dickel 2016, Weingart/Wormer 2016). Zudem birgt der Ansatz einer responsiven Wissenschaftskommunikation für Wissenschaft und Gesellschaft einen legitimatorischen bzw. einen emanzipatorischen Mehrwert. In diesem Arbeitspapier wird zum einen das Konzept „responsive Wissenschaftskommunikation“ ausgearbeitet; zum anderen werden die Erkenntnisse aus einem Pilotprojekt zu dessen praktischer Umsetzung vorgestellt. In Abschnitt 1 und 6 wird das Konzept aus bestehenden theoretischen Ansätzen hergeleitet und von anderen (partizipativen) Ansätzen der Wissenschaftskommunikation differenziert. Eingebettet in die konzeptuelle Rahmung erfolgt in den Abschnitten 2 bis 5 die Darstellung und Analyse der Erkenntnisse aus der praktischen Erprobung einer responsiven Wissenschaftskommunikation im Rahmen des Projektes „Wissenschaft in Bewegung“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Schlagwörter:

Responsivität; Partizipative Wissenschaftskommunikation; Partizipatives Agenda-Setting; Bürgerredaktion; Transdisziplinarität

31. April 2021

DOI: 10.17904/ku.edoc.25950

Das diesem Arbeitspapier zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 16IP107 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

© 2021. Dieses Werk ist lizenziert unter einer CC BY 4.0 Lizenz. Mehr Informationen unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Responsive Wissenschaftskommunikation

Ein Realexperiment zur Bürgerbeteiligung
in der Wissenschaftskommunikation

Thomas Metten & Felix Bornheim

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Von der „Popularisierung“ zur „Partizipation“	7
2. Realexperiment „Responsive Wissenschaftskommunikation“	10
2.1 Institutioneller Kontext und Durchführung	10
2.2 Begleitforschung und empirische Analyse	13
2.3 Dissemination und Übertragbarkeit	15
3. Beteiligungsmodul „Partizipatives Agenda-Setting“	16
3.1 Einsammeln von Bürgerfragen	16
3.2 Erstellen von Themenkarten	18
3.3 Integration von Erfahrungswissen	21
4. Beteiligungsmodul „Bürgerredaktion“	23
4.1 Partizipation der Bürger*innen	23
4.1.1 Befähigung zur Mitarbeit	23
4.1.2 Partizipationskultur	26
4.2 Redaktionsarbeit	28
4.2.1 Themenauswahl	29
4.2.2 Recherche und Expert*innen-Interviews	33
4.2.3 Kollaborative Schreibprozesse	37
5. Resultate und Rezeption	43
5.1 Delphi-Studie	43
5.2 Feedback der Bürgerredakteur*innen	44
6. Responsive Wissenschaftskommunikation – ein alternatives Modell?	47
6.1 Responsivität und Partizipation	47
6.2 Herausforderungen und Spannungsfelder	51
7. Fazit und Ausblick	54
8. Literatur	57

Vorwort

Diesem Arbeitspapier der Stabsabteilung für Bildungsinnovation und Wissenstransfer der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt liegt das Projekt „Wissenschaft in Bewegung. Responsive Wissenschaftskommunikation in regionalen Medien“ (WiB) zugrunde. Das Projekt zur Beteiligung von Bürger*innen an der Wissenschaftskommunikation wurde vom 1. Oktober 2020 bis zum 30. April 2021 an der Stabsabteilung durchgeführt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse über die Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Potenziale eines responsiven Partizipationsansatzes in der Wissenschaftskommunikation bilden die Grundlage für das im Folgenden erarbeitete Konzept.

Dazu wird die Idee einer **responsiven Wissenschaftskommunikation** zunächst in die übergreifende Entwicklung des Feldes der Wissenschaftskommunikation eingeordnet, die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten u.a. im Spannungsfeld von Ansätzen des *Public Understanding of Science and Humanities* (PUSH) sowie des *Public Engagement with Science and Technology* (PEST) vollzogen hat. Im Anschluss an diese Einordnung und Abgrenzung werden der Ansatz des Projektes sowie die Methodik der qualitativen Begleitstudie erläutert. In Kapitel 3 und 4 werden anschließend die Erkenntnisse aus der Durchführung des Modellvorhabens vorgestellt und hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für ein Modell der responsiven Wissenschaftskommunikation ausgewertet. Kapitel 3 befasst sich zunächst mit den Beobachtungen aus dem ersten Modul des Modellvorhabens, dem **partizipativen Agenda-Setting**. Die Phasen der Sammlung, Sortierung und regionalen Kontextualisierung von Themen und Fragestellungen werden hierbei mit Blick auf die konkrete Praxis des Frageneinsammelns sowie die Qualität der damit gewonnenen Fragen- und Themenkomplexe betrachtet. Kapitel 4 schließt mit Beobachtungen aus dem zweiten Modul, der **Bürgerredaktion**, an. Diskutiert werden hier die Interaktionsrollen der Akteure, die damit verbundene Partizipationskultur, die Vorbereitung der Medienarbeit ebenso wie der Verlauf der kollaborativen Schreibprozesse. Die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Resultate des Projektes wurden im Anschluss in einer *Real-Time*-Delphi-Studie unter Mitwirkung von Vertreter*innen aus Bürgerschaft, Kommunalpolitik, Wissenschaft und Hochschulkommunikations- bzw. Transfereinrichtungen diskutiert und ausgewertet. Die Ergebnisse dieser Studie sowie die durch qualitative Interviews erfassten Erfahrungen und Rückmeldungen der am Projekt beteiligten Bürger*innen bilden das fünfte Kapitel. Die Gesamtheit der Resultate der breit angelegten Begleitforschung bilden das Fundament für das im abschließenden Kapitel elaborierte Konzept einer responsiven Wissenschaftskommunikation.

Die Umsetzung des Modellvorhabens war nur durch das Mitwirken einer Vielzahl von externen Akteuren und Partnerorganisationen möglich. Hervorgehoben werden muss an erster Stelle die rege und interessierte Beteiligung der vielen befragten Bürger*innen, vor allem aber die aktive Kollaboration der neun Bürgerredakteur*innen im Rahmen der Bürgerredaktion, die mit ihrer Kreativität und Tatkraft für die erfolgreiche Umsetzung des Projektes unerlässlich waren. Bei einem Modellprojekt, das neue Wege beschreitet, kann nicht per se vorausgesetzt werden, dass Interesse an einer Beteiligung

besteht. Dass die Beteiligung der Bürger*innen inzwischen über die Projektlaufzeit hinausreicht, ist für uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer *engagierten Universität*, die die akademische und die bürgerschaftliche Kultur kontinuierlicher und kreativer miteinander in Austausch bringt. Dafür sind wir allen beteiligten Bürger*innen dankbar. Dank gilt außerdem der Regionalzeitung DONAUKURIER, mit der sich in den vergangenen beiden Jahren eine feste Partnerschaft entwickelt hat, und die im Rahmen dieses Vorhabens sowohl journalistische Expertise als auch eine Plattform zur Veröffentlichung der von den Bürgerredakteur*innen verfassten Beiträge bot. Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Projektes leistete ebenso das Bürgerhaus der Stadt Ingolstadt, das als etablierte Einrichtung und Treffpunkt für unterschiedliche Generationen und Kulturen in der Region ein unverzichtbarer Kooperationspartner war. Die Einrichtung bildete eine ideale Schnittstelle zwischen der Universität und der Bürgerschaft, um mit Engagierten und verschiedenen Initiativgruppen ins Gespräch zu kommen. Auch die Hochschulkommunikation der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt trug durch die Vernetzung mit Forschenden und Mitarbeitenden diverser Fakultäten zur erfolgreichen Durchführung des Projektes bei. Besonderer Dank gilt zudem den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität, für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung in den Interviews sowie bei der nachfolgenden Abstimmung der redaktionellen Beiträge. Danken möchten wir ebenfalls den Kolleg*innen an der Stabsabteilung für Bildungsinnovation und Wissenstransfer – für den fachlichen Austausch, für ein offenes Klima der Zusammenarbeit sowie für die vielfach ganz praktische Unterstützung zum Beispiel bei der Umsetzung von Webvideos.

Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderlinie „Innovative analoge und digitale Partizipationsformate“. Für die Aufnahme in die Förderlinie sowie für den seitens des Bundesministeriums angeregten Austausch zwischen den Projekten der Förderlinie sind wir sehr dankbar. Besonderer Dank gilt ebenso dem bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst unter der Leitung von Staatsminister Bernd Sibler für die freundliche Unterstützung zur Abschlussveranstaltung des Projektes – dem „Zukunftsforum Wissenschaftskommunikation“.

Das Projektteam

Thomas Metten, Felix Bornheim & Katrin Poesche

1. Von der „Popularisierung“ zur „Partizipation“

Wissenschaftskommunikation hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zu einem an Hochschulen und Universitäten fest etablierten Arbeitsbereich entwickelt. Bezeichnet wird damit zumeist die institutionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; eng verbunden damit ist vielfach auch das Hochschul- und Studierendenmarketing. Konkret gehören dazu zum Beispiel die Ereignisberichterstattung anlässlich von Fachtagungen oder Hochschulwahlen ebenso wie die Darstellung und Vermittlung von Forschungs- und Lehraktivitäten oder neu gewonnenen, wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber einer breiten Öffentlichkeit. Die externe Wissenschaftskommunikation erfolgt in der Regel getrennt von der internen, fachwissenschaftlichen Kommunikation; vielfach liegt ihr ein Modell der *Popularisierung* zugrunde, das auf die Information der Öffentlichkeit oder die gesellschaftliche Legitimation wissenschaftlicher Aktivitäten zielt (vgl. Bauernschmidt 2018). Zu den Prämissen dieses Modells gehört allerdings, dass Wissenschaft und Gesellschaft als klar voneinander getrennt gelten, wobei die Differenzierung dieser unterschiedlichen „Welten“ zumeist mit der Unterscheidung von Experten und Laien gleichgesetzt wird. Forschende verfügen insofern über ein systematisch generiertes Fachwissen, seitens der Öffentlichkeit werde dem entgegen, so Bauernschmidt, ein *Wissensdefizit* angenommen („Defizit-Modell“). Mit der klaren Trennung von Wissenschaft und Öffentlichkeit geht einher, dass die Dissemination des Wissens über die disziplinären und institutionellen Grenzen der Wissenschaft hinaus der Wissensproduktion nachgeordnet ist: Forschung gilt als primär, die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse als sekundär. Die Kommunikation erfolgt somit ausschließlich von Seiten der Wissenschaft („lineares Kommunikationsmodell“), wobei zwischen Wissenschaft und Gesellschaft nicht nur eine starke Wissensasymmetrie besteht, sondern Forschende und Bürger*innen auch keine gemeinsame Sprache sprechen. Da die Diskurse der Fachwissenschaften in den Fachsprachen der einzelnen Disziplinen geführt werden, setzt die Vermittlung an eine breite Öffentlichkeit voraus, dass die nur schwer verständliche Sprache der Forschung in eine allgemeinverständliche Sprache übersetzt wird. Unterstellt wird hierbei, dass es (1) so etwas gibt wie eine weitestgehend homogene Öffentlichkeit, dass (2) die Menschen in dieser Öffentlichkeit eine allen gemeinsame Sprache sprechen, aber auch, dass (3) eine *Übersetzung* aus der Fachsprache in die Alltagssprache – trotz zunächst hoher Verständigungshürden – letztlich weitestgehend problemlos möglich ist.

Obwohl das hier nur stark schematisch beschriebene Modell der Wissenschaftspopularisierung vor allem in den 1980er und 1990er Jahren prominent war, zeigt sich vielfach, dass die gegenwärtige Wissenschaftskommunikation weiterhin durch die hiermit implizit verbundenen Prämissen geprägt ist (vgl. Schmidt-Petri/Bürger 2019: 107). Übergreifend einordnen lässt sich ein solches Modell in ein Wissenschaftsverständnis, das Gibbons et al. (1994) als Mode 1-Wissenschaft beschrieben haben: Wissenschaft gilt demnach als primär auf wissenschaftliche Autonomie und Wahrheitssuche orientiert, wobei die Produktion wissenschaftlichen Wissens innerhalb der Grenzen der einzelnen Fachwissenschaften erfolge. Das neu generierte Wissen werde sodann in einem linearen Prozess an Akteure außerhalb der Wissenschaft transferiert, wobei der Transfer des Wissens einem Kaskadenmodell von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis hin zur Innovation folgt (vgl. Krohn et al. 2019: 23). Kurz gesagt: Die Wissenschaft sendet, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft empfangen. Seit den 1990er Jahren wird nun diskutiert, inwiefern dieses Modell durch eine alternative Vorstellung von Wissenschaft abgelöst wird, die Gibbons et al. (1994) als Mode 2-Wissenschaft

beschrieben haben. Charakteristisch hierfür sei, dass Wissen zunehmend direkt innerhalb eines spezifischen Anwendungskontextes produziert werde. Die Problemlösung erfolge nicht disziplinär, sondern transdisziplinär durch die Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure, wodurch sich die Orte der Wissensproduktion ebenso vervielfältigen wie die Kompetenzen und Erfahrungen der beteiligten Akteure (vgl. Gibbons et al. 1994: 3-8, Braun-Thürmann 2010: 71). Ein neues Regime der heterogenen, verteilten Wissensproduktion sieht auch Werner Rammert entstehen (vgl. 2002: Abs. 1). Der damit beschriebenen Entwicklung können unterschiedliche neuere Forschungsansätze zugeordnet werden, zum Beispiel die *transformative Wissenschaft*, die *transdisziplinäre Forschung* oder die *Bürgerwissenschaften* (vgl. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014, Bergmann et al. 2010, Finke 2014). Ihr gemeinsames Charakteristikum ist, dass „gesellschaftliche Akteure in die Problembeschreibung, Wissenserzeugung und Ergebnisverwertung“ aktiv mit einbezogen werden (vgl. Bien/Sassen 2019: 257). In einer späteren Publikation beschreiben Helga Nowotny, Peter Scott und Michael Gibbons diese Entwicklung als eine „Umkehrung der Kommunikationsrichtung“ (2014: 74): Befand sich die Gesellschaft zunächst ausnahmslos in der Position der Empfängerin, so „antworte“ diese nun auf die Wissenschaft. In Folge sei eine „erweiterte[n] Arena multilateralen Engagements“ (ebd.: 98) entstanden, an der eine Vielzahl von Expert*innen teilhaben und in der unterschiedliche Wissensformen hervorgebracht und ausgetauscht werden. Einst geschlossene Gemeinschaften von Wissenschaftler*innen wandeln sich im Zuge dessen, so die Autorinnen und Autoren, zu offenen Gemeinschaften wissensorientierter Menschen (vgl. ebd. 117).

Die hier skizzierte Entwicklung dokumentiert, inwiefern sich die Relation und das wechselseitige Zusammenwirken von Wissenschaft und Gesellschaft gewandelt haben: Sabine Maasen und Sascha Dickel (2016) haben das daraus resultierende, neue Verhältnis als einen Gesellschaftsvertrag beschrieben, der durch drei grundlegende Aspekte charakterisiert sei: *Responsivität*, *Partizipation* und *Nachhaltigkeit*. Im Kern gehe es darum, wie die Forschung Antworten auf wissenschaftsexterne Fragen finden kann. *Responsivität* fungiere hierbei, so die Autor*innen, als ein Antidot zu wissenschaftlicher Geschlossenheit und Selbstreferentialität (vgl. 2016: 231). Da eine technokratische Steuerung der Gesellschaft durch die Wissenschaft – im Sinne eines linearen Transfer- und Kommunikationsmodells – nicht mehr vorstellbar sei, erfolge die trans-wissenschaftliche Produktion von Wissen auf Basis der Aushandlung unterschiedlicher wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ansprüche (vgl. Maasen 2010, S. 247). Stefan Bösch und Simon Pfersdorf gehen sogar noch einen Schritt weiter, wenn sie postulieren, dass das Partizipationsmodell der Normalfall von Forschungsprojekten werden sollte: Forschung stehe vielfach im Dienst der Gesellschaft und damit auch der Zivilgesellschaft; Partizipation diene hier dazu, gesellschaftliche Probleme zu kontextualisieren (2015: 294).

Einhergehend mit dem Wandel der institutionellen Verhältnisse sowie vor dem Hintergrund der sukzessive sich etablierenden, alternativen Vorstellungen und Modelle von Wissenschaft haben sich auch die Anforderungen an die Wissenschaftskommunikation verändert: Standen ursprüngliche Modelle des *Public Understanding of Science and Humanities* (PUSH) im Vordergrund, die – wie eingangs dargelegt – auf eine Popularisierung von Wissenschaft zielten, so werden diese seit einiger Zeit u.a. durch Modelle des *Public Engagement with Science and Technology* (PEST) abgelöst (vgl. Stilgoe/Wilsdon 2014). Den weiteren Kontext für diese Entwicklung bilden die gestiegenen Ansprüche der Öffentlichkeit an die Möglichkeiten der Teilhabe ebenso wie die zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft (vgl. Weingart 2006: 21-23). Der Wandel vom *Public Understanding* zum *Public Engagement*

betreffe hierbei, wie Alexander Bogner dargestellt hat, den Unterschied von *Informieren* und *Beteiligen* (vgl. 2012: 379). Ihm unterliegt die Forderung, dass Wissenschaftskommunikation nicht mehr linear, sondern stärker *dialogisch*, *wechselseitig* oder *bidirektional* erfolgen soll. Schmidt-Petri und Bürger sprechen diesbezüglich von einem „dialogical turn in science communication“ (2019: 108). Die Forderung nach einer dialogischen Wissenschaftskommunikation wurde in jüngster Zeit um die Forderung erweitert, Bürger stärker aktiv zu beteiligen: *Wissenschaftskommunikation soll partizipativ gestaltet werden*. Mit diesem Wandel korrespondiert die Postulierung einer partizipatorischen Öffentlichkeit, die in Absetzung von einer deliberativen Öffentlichkeit entstanden ist, die nur kleine, wissenschaftsaffine Personengruppen einbezieht, und die eine verbindliche Einbeziehung des gesellschaftlichen Diskurses in die Wissenschaft sowie die Inklusion möglichst vieler Personen anstrebt (vgl. Seethaler/Beaufort 2018: 59). Wissenschaftskommunikation gewinnt im Zuge dieser Entwicklungen die Aufgabe hinzu, Räume zu schaffen und Interaktionen zu gestalten, in denen und durch die möglichst viele Bürger*innen ihre Perspektiven und ihr Wissen aktiv in die Prozesse der Wissenschaft einbringen können (vgl. Ober 2018: 376-379).

Obwohl sich die Paradigmen der Wissenschaftskommunikation somit von eher paternalistischen Ansätzen (PUSH) hin zu dialogorientierten Ansätzen (PEST) gewandelt haben, sei eine entsprechende Dialogkultur bisher jedoch bestenfalls „in Ansätzen zu beobachten“ (vgl. Weingart/Wormer 2016: 11). Partizipation beschränkt sich i.d.R. weiterhin auf die Teilhabe an öffentlich kommunizierten Informationen, sie umfasst jedoch keine direkte und aktive Beteiligung von Bürger*innen zum Beispiel an redaktionellen Prozessen, insbesondere nicht bei der Themenauswahl (Agenda-Setting) sowie bei der Recherche und der Erstellung medialer Beiträge. Die bisherige Integration und Nutzung partizipativer Formate an Hochschulen wird daher überwiegend kritisch beurteilt: Zwar sei eine zunehmende Öffnung gegenüber der gesellschaftlichen Öffentlichkeit erfolgt, vor allem durch eine neu entstandene Veranstaltungsvielfalt (z.B. Kinderuniversitäten, Wissenschaftsfestivals), entsprechende Formate erscheinen kritischen Beobachter*innen vielfach jedoch eher als Selbstzweck: Eine Diskussion über den „konkreten Nutzen, sinnvolle Ziele und adäquate Methoden partizipativer Formate“ fehle bislang, weshalb entsprechende Ansätze kaum über Absichtserklärungen hinaus kämen beziehungsweise oftmals an etablierten Hierarchien, Regeln und Routinen scheiterten (vgl. Fähnrich/Schäfer 2019: 232-234). Zudem würden primär Personen beteiligt, die bereits über eine hohe Affinität zur Wissenschaft verfügen. Eine breite und kontinuierliche Beteiligung von Bürger*innen an den Prozessen der Wissenschaftskommunikation erfolgt seitens der Hochschulen somit bisher nicht. Kritisch diskutiert wird mit Bezug auf die Forderung nach einem Mehr an Partizipation auch, dass Partizipation vielfach per se als positiv bewertet werde, ohne dass klar sei, ob ein positiver Einfluss überhaupt festgestellt werden könne (vgl. Schmid-Petri/Bürger 2019: 110f). Eine differenzierte Beschreibung komplexer Kommunikationsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren und Gruppen fehle aber weiterhin (vgl. ebd.). Das im Folgenden vorgestellte Modellprojekt „Wissenschaft in Bewegung: Responsive Wissenschaftskommunikation in regionalen Medien“ setzt genau hier an.

2. Realexperiment „Responsive Wissenschaftskommunikation“

Ziel des Modellvorhabens „Wissenschaft in Bewegung“ war die Entwicklung, Erprobung und Validierung eines mehrstufigen Partizipationsformats zur aktiven Beteiligung von Bürger*innen in Prozessen der Wissenschaftskommunikation. Den Ausgangspunkt für die Gestaltung des Beteiligungsverfahrens bildete die Idee einer responsiven Wissenschaftskommunikation. Als grundlegend für ein responsives Modell galt zunächst die Vorstellung, dass Kommunikation ausgehend von gesellschaftlichen Herausforderungen gestaltet werden sollte, auf die die Wissenschaft „antwortet“. Den Anlass für die Kommunikation sollten folglich nicht wissenschaftsinterne Ereignisse einer Hochschule bilden, also etwa die Bewilligung von Förderprojekten oder erfolgreich abgeschlossene Forschungsvorhaben, sondern gesellschaftliche Themen, die für die Menschen in einer Region von hoher Relevanz sind. Die leitende These des Projektes lautete zunächst: Die Beteiligung von Bürger*innen an der Wissenschaftskommunikation stärkt die Verankerung wissenschaftlicher Themen in regionalen Medien, erhöht die gesellschaftliche Relevanz wissenschaftskommunizierender Beiträge und deren kommunikative Wirksamkeit auf die Meinungsbildungsprozesse der regionalen Bevölkerung. Für die Umsetzung und Erprobung eines responsiven Ansatzes wurden zwei Prozessschritte als relevant erachtet: (1) das partizipative Agenda-Setting, d.h. die gezielte Integration gesellschaftlicher Fragestellungen in die Themenauswahl für die Wissenschaftskommunikation sowie (2) die Einrichtung einer Bürgerredaktion, d.h. aktive Beteiligung von Bürger*innen bei der redaktionellen Umsetzung von Medienbeiträgen zu den erfassten Fragestellungen. Mit dem Projekt verbunden war insofern der Anspruch, zu erproben, wie eine responsive Wissenschaftskommunikation möglich werden kann, die mit überkommenen Routinen und Handlungsmustern bricht und die Vorschläge für ein alternatives, an gesellschaftlichen Fragestellungen orientiertes Vorgehen entwickelt.

2.1 Institutioneller Kontext und Durchführung

Durchgeführt wurde das Vorhaben an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU), die sich entsprechend ihres Selbstverständnisses als eine engagierte und transformative Universität begreift (vgl. Schneidewind 2014, Bien/Sassen/Held 2017). Im Sinne ihres Leitbildes zielt die Universität darauf, durch Forschung, Lehre und Transfer einen Beitrag zur Gestaltung gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten. Die Durchführung des Projektes erfolgte im Kontext des sich an der Universität im Aufbau befindlichen Reallabors „Am Anger 18“ sowie vor dem Hintergrund der Zielsetzung, an der Universität bis 2022 eine Fakultät für Transformationswissenschaft zu gründen. Das Reallabor dient der Universität als Ort des Dialogs mit der Bevölkerung in der Region, es ist Transferoffice, Begegnungsraum und Medienlabor zugleich. Als solches bietet es einen institutionellen Rahmen, um neue Ansätze und Formate für den Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft in Kooperation mit Akteursgruppen z.B. aus den regionalen Kommunen, aus Bürgerschaft oder organisierter Zivilgesellschaft zu erproben, durch welche die Universität ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und sich an der Gestaltung gegenwärtiger Herausforderungen beteiligen kann. Inner-

halb dieses Kontextes war das hier dargestellte Projekt als ein *Realexperiment* auf sechs Monate angelegt (vgl. Groß 2005).¹ Charakteristisch dafür war nicht nur die Orientierung an konkreten regionalen Herausforderungen, sondern gleichermaßen der Anspruch, die Beteiligungsmodule unmittelbar in der Praxis zu erproben, um ausgehend von den gewonnenen Einsichten gezielt einen institutionellen Lernprozess gestalten zu können (vgl. Wagner/Grunwald 2019: 261). Neben der auf die redaktionelle Praxis orientierten Durchführung des Beteiligungsformates galt es daher, auf Ebene der Begleitforschung zugleich konkretes Handlungswissen für die Beteiligung von Bürger*innen in der Wissenschaftskommunikation zu erarbeiten, das nach Abschluss des Projektes in die Praxis der Wissenschaftskommunikation auch anderer Hochschulen integriert werden kann. Im Zentrum dieses explorativen Prozesses stand zunächst die Gestaltung eines Beteiligungsverfahrens; das übergreifende Ziel der Bürgerbeteiligung wurde dazu vorab in drei Teilziele untergliedert:

Zieldimension	Zielsetzung
(1) Emanzipatorische Zielsetzung	Gewinnung, Befähigung und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der kollaborativen Gestaltung von Beiträgen der Wissenschaftskommunikation in regionalen Medien.
(2) Legitimatorische Zielsetzung	Gezielte und systematische Orientierung der Prozesse und Ergebnisse der Wissenschaftskommunikation an gesellschaftlichen Fragestellungen durch einen mehrstufigen Beteiligungsprozess.
(3) Effektivitätsorientierte Zielsetzung	Entwicklung eines hybriden Ansatzes zur crossmedialen Nutzung der Potenziale analoger und digitaler Medienformate für das Einsammeln, Auswerten und Verwerten von Bürgerfragen (vgl. zu den Zielsetzungen des Beteiligungsverfahrens Newig 2011).

Für die Durchführung zuständig waren zwei Projektmitarbeiter*innen. Realisiert wurde das Projekt darüber hinaus in Kooperation mit der regionalen Tageszeitung DONAUKURIER sowie mit dem Bürgerhaus der Stadt Ingolstadt. Hochschulintern waren darüber hinaus zwei Professor*innen der Journalistik sowie zwei Mitarbeiter der Abteilung für Hochschulkommunikation eingebunden, die die praktische Umsetzung sowie die konzeptuelle Ausarbeitung mit ihrer Expertise begleiteten. Die Durchführung des Beteiligungsprozesses selbst erfolgte in zwei Phasen:

1. **Partizipatives Agenda-Setting:** Phase 1 (10/2020-11/2020) zielte auf die Sammlung von Themen und Fragestellungen aus der Bürgerschaft in der Planungsregion 10 (Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen a.d. Ilm). Dazu wurden direkte Befragungen zum Beispiel auf Wochenmärkten sowie an weiteren (Veranstaltungs-)Orten durchgeführt. Ergänzend dazu wurden Themen und Fragestellungen mit einem Online-Tool erfasst. Gefragt wurde nach Themen, die die Menschen in der Region beschäftigen und hinsichtlich derer sie einen Entwicklungsbedarf erkennen. In einem zweiten Schritt hatten die

¹ Definiert, aber auch kritisch diskutiert wird der Begriff des ‚Realexperiments‘ u.a. bei Parodi et al. (2016: 15f): Die Autor*innen stellen dar, dass es sich bei Realexperimenten um ein induktives Procedere der Erkenntnisgewinnung handele, dass zumindest unter teilweise kontrollierbaren Bedingungen stattfindet, in einem theoretischen Zusammenhang stehe, den Verlauf ausführlich dokumentiere und auf die Erschließung neuen Wissens ziele; vgl. dazu weiter Trenks/Waitz/Meyer-Soylu/Parodi (2018).

Bürger*innen darüber hinaus die Möglichkeit, konkrete Fragen zu diesen Themen an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität zu richten. Insgesamt konnten während des über sechs Wochen verlaufenden Prozesses 283 Themen und Fragen von 171 Bürger*innen zusammengetragen werden. Die erfassten Themen und Fragen wurden anschließend zu neun Themenschwerpunkten geclustert und in Form von Themenkarten für die weitere Redaktionsarbeit aufbereitet.

2. **Bürgerredaktion:** In Phase 2 (12/2020-02/2021) ging es um die gemeinsame Produktion von redaktionellen Beiträgen zum Zweck der Wissenschaftskommunikation. Dazu wurde eine Bürgerredaktion bestehend aus neun Bürgerredakteur*innen ins Leben gerufen, die möglichst alters-, gender- und wohnortheterogen aus rund 30 Bewerber*innen zusammengesetzt wurde. An den Redaktionssitzungen nahmen außerdem die Projektmitarbeitenden sowie Praxis-Expert*innen aus Journalistik und Hochschulkommunikation teil. Während der insgesamt sechs Redaktionssitzungen erfolgten die Einführung in das Projekt, die Auswahl redaktioneller Themen, die Recherche sowie die Umsetzung der redaktionellen Beiträge (Zeitungsbeiträge und Webvideos). Die Zusammenarbeit erfolgte dazu abwechselnd in der Gesamtgruppe sowie in Kleingruppen von jeweils drei Bürgerredakteur*innen. Im Anschluss an den Erarbeitungsprozess wurden die redaktionell verfassten Beiträge sukzessive in der Tageszeitung sowie auf den Webseiten der Universität veröffentlicht.

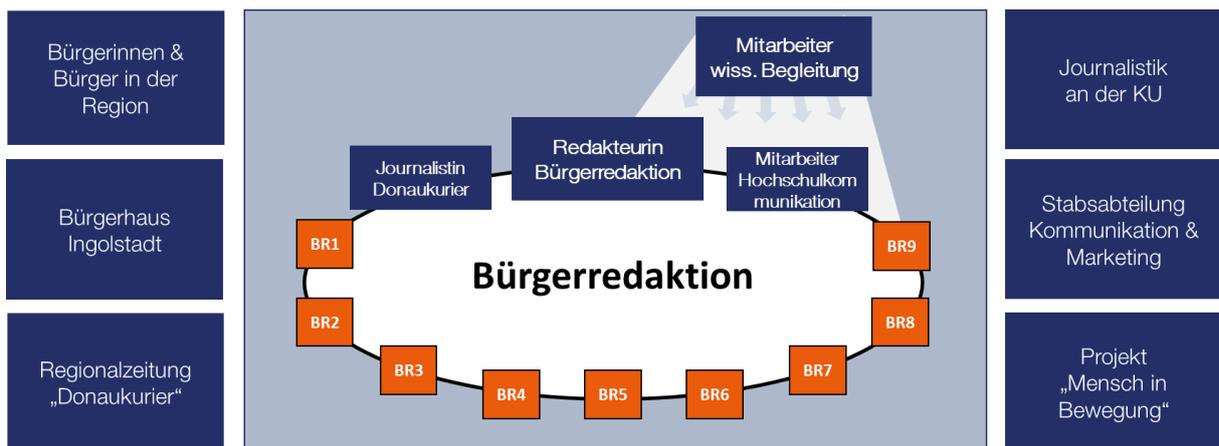


Abb. 1: Organigramm der Bürgerredaktion (BR = Bürgerredakteur*in) inkl. Kooperationspartner

Bezüglich der Umsetzung des Projektes ist gesondert hervorzuheben, dass aufgrund der Covid 19-Pandemie nahezu alle Arbeitstreffen sowie sämtliche der innerhalb von drei Monaten durchgeführten Redaktionssitzungen online (in Form von Zoom-Konferenzen) stattfinden mussten. Aufgrund der technischen Ausstattung der Universität war dies zwar problemlos möglich, allerdings hatte dies zur Folge, dass die im Rahmen des Projektes beteiligten Bürger*innen sowie die Projekt-Mitarbeitenden sich während der gesamten Umsetzungsphase nie persönlich begegnet sind. Informelle Gespräche am Rande von Arbeitstreffen oder Redaktionssitzungen, die ursprünglich im Bürgerhaus der Stadt Ingolstadt hätten stattfinden sollen, entfielen somit weitestgehend, wodurch sich die Interaktion nahezu vollständig auf die von Seiten der Projektinitiierenden festgelegten Treffen reduzierte.

2.2 Begleitforschung und empirische Analyse

Die Umsetzung des Projektes erfolgte, wie für Realexperimente charakteristisch, zum einen unmittelbar in der Praxis in enger Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen, zum anderen unter kontinuierlicher Beobachtung und Reflexion der hierbei realisierten Aktivitäten. Dazu gehörten regelmäßige Teamtreffen der Projektmitarbeiter*innen, insbesondere im Anschluss an die Redaktionssitzungen, zu denen der aktuelle Arbeitsstand, der Projektverlauf ebenso wie das weitere Vorgehen besprochen und diskutiert wurden. Zugleich wurde der Prozess des partizipativen Agenda-Settings, die Arbeit der Bürgerredaktion sowie die kollaborative Entstehung der redaktionellen Beiträge durch eine qualitative Begleitforschung systematisch erfasst. Die Dokumentation und die empirische Analyse des Prozesses erfolgten auf Basis der Kombination verschiedener Methoden wie der teilnehmenden Beobachtung, der Video- bzw. Interaktionsanalyse sowie narrativen Interviews (vgl. Breidenstein et al. 2013, Deppermann 2008, Lucius-Hoehne/Deppermann 2004). Übergreifendes Ziel war es, im Rahmen des Realexperimentes verstehen zu lernen, wie Bürgerbeteiligung in der Wissenschaftskommunikation zunächst möglich werden kann und welche Herausforderungen und Potenziale damit verbunden sind (*Wie lässt sich das Geschehen rekonstruieren und verstehen? Was sind relevante Ausgangspunkte und Aspekte, die zu dem vorliegenden Verlauf der Ereignisse geführt haben?*). Notwendig erschien ein qualitatives methodisches Vorgehen u.a. deshalb, da die Arbeit in der Bürgerredaktion nicht nur als „Heteropraxis“ (Waldenfels 2000: 72) beschrieben werden kann, an der Akteure mit stark unterschiedlichen beruflichen und persönlichen Hintergründen partizipieren, sondern auch, da die Beteiligung von Bürger*innen an der Wissenschaftskommunikation eine grundsätzlich neuartige Form der Interaktion darstellt, für die es zuvor keine „Blaupause“ gab. Diesbezüglich ging es u.a. darum, zu erfassen, wie die Bürger*innen diesen explorativen Prozess erlebt haben, was die Motive ihres Handelns waren und wie die redaktionellen Prozesse vor diesem Hintergrund verlaufen sind (vgl. hierzu u.a. Flick/von Kardoff/Steinke 2013).

Der gesamte Prozess inklusive der Arbeit in den einzelnen Redaktionssitzungen wurde durch eine *teilnehmende Beobachtung* begleitet und kontinuierlich in Form von Beobachtungsprotokollen dokumentiert. Erstellte wurden die Beobachtungsprotokolle durch den für die Begleitforschung zuständigen Projektmitarbeiter sowie eine weitere Projektmitarbeiterin; die Protokolle beziehen sich auf zwei Situationen: (1) auf die Teilnahme an Veranstaltungen, zu denen Themen und Fragestellungen der Bürger*innen aus der Region erfasst wurden; hier wurden die Gesprächssituation sowie der Verlauf der Gespräche (u.a. beteiligte Personen, Zielgruppen, etc.) dokumentiert; (2) auf die Redaktionssitzungen der Bürgerredaktion; zu diesen wurden die Ereignisse und der Verlauf der Sitzungen in einem eigens dafür vorbereiteten Beobachtungsprotokoll zunächst handschriftlich protokolliert, anschließend expliziert, mit den weiteren Projektmitarbeitenden diskutiert und in einem letzten Schritt vorschlagwortet. Zu den Redaktionssitzungen sind auf diese Weise insgesamt 19 Protokolle mit einem Umfang von 132 Seiten entstanden. Zugleich wurden alle sechs Redaktionssitzungen per Video aufgezeichnet, um die Interaktions- und Aushandlungsprozesse auf Mikroebene nachvollziehbar und analysierbar zu machen. Die Redaktionssitzungen, die innerhalb des Zeitraumes von Dezember 2020 bis Februar 2021 im Abstand von zwei Wochen stattfanden, dauerten durchschnittlich ca. zwei Stunden. Insgesamt liegen der Analyse der Interaktionsprozesse somit zwölf Stunden Videoaufzeichnungen zugrunde. Als relevant identifizierte Gesprächspassagen wurden im Anschluss durch eine Mitarbeiterin transkribiert, um diese einer detaillierteren Analyse zugänglich zu machen. Aufgezeichnet

und protokolliert wurden weiter zwei Interviews von Bürgerredakteur*innen mit Forschenden der Universität. Da die Aushandlung der Medienbeiträge jedoch nicht nur während der Redaktionssitzungen stattfand, sondern ebenso in den Zeiten dazwischen, erfolgte darüber hinaus eine Dokumentation und Analyse der Schreibprozesse bzw. der sich im Laufe dieser Prozesse sukzessive verändernden Dokumente, die insbesondere zwischen einzelnen Bürgerredakteur*innen und der Redaktionsleiterin sowie einem weiteren Projektmitarbeiter teilweise wiederholt hin und her gesendet sowie abwechselnd kommentiert und bearbeitet wurden. Die Bearbeitung fand i.d.R. im Überarbeitungsmodus der Textverarbeitungs-Software statt, sodass Änderungen zu einem späteren Zeitpunkt detailliert und chronologisch nachvollzogen werden konnten. Ergänzend dazu wurden E-Mail-Kommunikationen, die sich zur Erarbeitung der redaktionellen Beiträge als relevant erwiesen hatten, dokumentiert und in der Auswertung berücksichtigt.

Die weitere Auswertung und Reflexion des Projektes erfolgt im Anschluss an das Beteiligungsverfahren; sie setzte direkt an den Erfahrungen der beteiligten Bürger*innen sowie an den publizierten Beiträgen an: So fanden im Anschluss an die Veröffentlichung qualitative (narrative) Interviews mit allen neun Bürgerredakteur*innen statt, um die individuellen Erfahrungen in der Zusammenarbeit, insbesondere bzgl. der Schreibprozesse, aus Sicht der Beteiligten zu erfassen. Die Interviews dauerten im Durchschnitt zwischen 45 und 60 Minuten; sie wurden online durchgeführt und per Video aufgezeichnet. Anschließend erfolgte eine Transkription der Interviews zu Zwecken der besseren Auswertung. Zudem wurden der Beteiligungsprozess sowie die Medienbeiträge der Bürgerredaktion im Rahmen einer *Real-Time-Delphi*-Studie mit unterschiedlichen Akteuren (Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Medien) diskutiert, um ein Meinungsbild zu den kollaborativ verfassten Beiträgen bzw. zu den einhergehend damit entwickelten Darstellungsformen zu erheben. Dies bot den Projektbeteiligten eine weitere Quelle, um das Feedback unterschiedlicher Akteure in die Entwicklung des Beteiligungsprozesses für ein Modell responsiver Wissenschaftskommunikation einzubeziehen.

Erfasst werden konnte durch die begleitende Forschung u.a., wie die unterschiedlichen Orientierungen (z.B. Relevanzen, Qualitätsvorstellungen) aus Bürgerschaft, Journalismus und Hochschule während des Prozesses artikuliert, verhandelt und in die Entwicklung der Medienbeiträge integriert wurden, wie die Perspektiven von Forschenden hierbei aufgenommen wurden und welche Herausforderungen sich im Laufe dieses multi-direktionalen Prozesses zeigten. Ziel des explorativen Vorgehens war es u.a., ein vertieftes Verständnis des Beteiligungsprozesses sowie der sich hierdurch ergebenden Veränderungen von Perspektiven und Zugängen zu entwickeln. Dabei wurden die gewonnenen Einsichten schon währenddessen in die weitere Gestaltung des Beteiligungsprozesses integriert. So konnten beispielsweise bedarfsorientiert die kreative Arbeit in Kleingruppen von je drei Bürgerredakteur*innen, intensivere individuelle Unterstützung oder praxisorientierte Ratschläge der Expert*innen im Plenum priorisiert werden. Zudem konnte die Strategie zur Anbahnung, Vorbereitung, Durchführung und Einbindung der Interviews mit Wissenschaftler*innen an die diesbezüglich beobachteten Präferenzen, Unsicherheiten und Widerstände seitens der Bürgerredakteur*innen angepasst werden. Nicht zuletzt lieferten die fortlaufenden Beobachtungen auch eine Grundlage für die Neuverhandlung des Formats der Zeitungsbeiträge mit der beteiligten Regionalzeitung. Nach Abschluss der Beteiligungsphasen bildeten die aus der Analyse und Auswertung der unterschiedlichen Projektphasen gewonnenen Erkenntnisse zudem die Grundlage für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Modells „Responsive Wissenschaftskommunikation“ (vgl. Abschnitt 6). Die nachfolgende

Darstellung des Beteiligungsprozesses ist folglich das Ergebnis eines ausgehend von den dokumentierten Daten erfolgten iterativen Analyseprozesses. In diesem Zusammenhang lassen sich die für den Arbeitsbericht ausgewählten Beispiele („graue Boxen“ im Text) als „dichte Beschreibungen“ von Situationen verstehen, die einen möglichst konkreten Einblick geben sollen in den Prozess einer partizipativen Wissenschaftskommunikation (vgl. Geertz 1987: 7-43). Es versteht sich, dass es sich bei den Darstellungen nicht um die bloße Wiedergabe von Situationen handelt, sondern um eine mit Blick auf die Ziele des Projektes erfolgte Deutung der Geschehnisse (vgl. Strübing et al. 2018: 88).

2.3 Dissemination und Übertragbarkeit

Die Dissemination der Projektergebnisse erfolgte zunächst im Rahmen des zum Projektabschluss realisierten *Zukunftsforums Wissenschaftskommunikation*, das bundesweit als Plattform für die Ergebnispräsentation gegenüber interessierten Stakeholdern im Arbeitsfeld sowie für den Austausch mit der breiten Bevölkerung in der Region diente (insg. beteiligten sich daran 120 Personen). Der Austausch mit den unterschiedlichen Stakeholdergruppen (Politik, Journalismus, Hochschulen und Öffentlichkeit) erfolgte im Rahmen der Veranstaltung einerseits mit Blick auf ein weiterführendes Feedback, andererseits mit dem Ziel, den entwickelten Ansatz auch anderen Hochschulen zur Integration in die eigene Praxis der Wissenschaftskommunikation zur Verfügung zu stellen. Die zur abschließenden Ergebnisverwertung erstellte Toolbox beschreibt dazu Methoden und Prozesse zum Einsammeln, Auswerten und Verwerten von Bürgerfragen sowie zur aktiven Beteiligung von Bürger*innen im Rahmen einer Bürgerredaktion. Zu berücksichtigen ist, dass eine einfache Übertragbarkeit des Beteiligungsformates allerdings nicht gegeben ist (vgl. Krohn 2008: 40). Durch die Einbindung lokaler Akteure sowie die Nutzung regionaler Medien, Institutionen und Infrastrukturen erfolgte die Projektdurchführung in allen Phasen auf Basis spezifischer lokaler Voraussetzungen. Die Integration des hierdurch geschaffenen Ansatzes in die Arbeit der Wissenschaftskommunikation an anderen Hochschulen erfordert daher stets einen aktiven Aneignungsprozess („Kontextualisierung“), der die entwickelten Beteiligungsmodule kreativ und flexibel auf die vor Ort gegebenen Voraussetzungen bezieht.

3. Beteiligungsmodul „Partizipatives Agenda-Setting“

Das Konzept der Responsivität geht von einer dialogischen Interaktion aus; auf den *Anspruch* der einen Seite reagiert die andere Seite mit einer *Antwort* (vgl. Waldenfels 1994: 334). Um von responsiver Wissenschaftskommunikation sprechen zu können, sollte die Wissenschaft also auf Fragen antworten, die von Bürger*innen an sie adressiert werden. Im Rahmen des Modellvorhabens stand dazu zunächst das *partizipatives Agenda-Setting*, d.h. das Einsammeln von Bürgerfragen an die Wissenschaft auf drei unterschiedlichen Wegen im Zentrum: (1) durch die Ausschreibung eines Aufrufs an die Leser*innen der Regionalzeitung (offline, online), (2) durch eine breite und niederschwellige Postkarten-Kampagne (postalische Einsendung, QR-Code) sowie (3) durch eine gezielte Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen (z.B. im Bürgerhaus der Stadt Ingolstadt, zu Wochenmärkten oder Vereinstreffen). Die Ausgangsidee für das partizipative Agenda-Setting lautete hierbei, dass durch die Orientierung an konkreten gesellschaftlichen Fragestellungen eine Umorientierung im Relevanzsystem der Wissenschaftskommunikation ermöglicht werden soll. Die avisierte Umorientierung fand vor dem Hintergrund statt, dass die Auswahl von Themen in der Hochschulkommunikation oder im Journalismus i.d.R. aufgrund der geltenden Relevanzsysteme an den jeweiligen Institutionen erfolgt. Dem entgegen sollten zunächst nicht die Interessen von Universität oder Tageszeitung im Vordergrund stehen, sondern gesellschaftliche Herausforderungen, die die Menschen in der Region selbst zur Sprache bringen. Genau dies bezeichnet der Begriff des *partizipativen Agenda-Settings*: Entscheidend für die Themenauswahl sollten nicht institutionelle Präferenzen oder Selektionsmechanismen sein, vielmehr sollte die Themenfindung *konsultativ*, d.h. durch Adressierung und Einbezug von Bürger*innen erfolgen (vgl. Brinkmann et al. 2015: 11). Die Orientierung an gesellschaftlichen Fragestellungen, durch eine breite Integration von Fragen der Bürger*innen an die Wissenschaft, sowie eine Berücksichtigung der hiermit verbundenen Herausforderungen und Folgen für die Wissenschaftskommunikation stellt etwas Neues dar.

3.1 Einsammeln von Bürgerfragen

Das Einsammeln von Bürgerfragen an die Wissenschaft erfolgte, wie dargestellt, zunächst auf drei Wegen. Zu vernachlässigen ist der Rücklauf aus der Postkarten-Kampagne. Zwar wurde diese gestartet, aufgrund der Pandemie-Situation bzw. der Schließung von Ladenlokalen sowie sämtlichen weiteren öffentlichen Räumen während des Lockdown konnte diese von der regionalen Bevölkerung jedoch nahezu nicht wahrgenommen werden. Intensiver wahrgenommen wurde hingegen der öffentliche Aufruf in der Regionalzeitung, Fragen und Themen über eine Online-Plattform einzureichen. Auf diesem Weg konnten in einem Zeitraum von vier Wochen 85 Beiträge von 39 Personen zusammengetragen werden. Rund ein Drittel der Nutzer*innen der Online-Plattform formulierten konkrete Fragen an die Universität. Hierbei kann unterschieden werden zwischen: (1) Fragen nach einer wissenschaftlichen Perspektive auf konkrete, regionale gesellschaftliche Herausforderungen (z.B. das Verkehrssystem in Ingolstadt, sprachliche & kulturelle Vielfalt in Ingolstadt), (2) Fragen nach einer wissenschaftlichen Perspektive auf allgemeinere gesellschaftliche Herausforderungen (z.B. Lehrer*innen-Mangel, lebenswerte Dörfer) sowie (3) Fragen über Wissenstransfer und das Projekt selbst.

Als für die Umsetzung des Projektes entscheidend hat sich der dritte Weg zum Einsammeln von Fragen erwiesen: die Teilnahme an Wochenmärkten, öffentlichen Veranstaltungen oder Vereinstreffen.

Dieser Befragungsmodus ermöglicht eine reichhaltige Fragen- und Themensammlung, die durch den Dialog vor Ort, das Nachfragen in der Gesprächssituation, aber auch durch Erzählungen, Anekdoten oder die Bezugnahme auf frühere Erfahrungen der Bürger*innen an Tiefe gewinnt. Durch die Teilnahme an Veranstaltungen konnte die zunächst als *Konsultation* geplante Erfassung von Fragen *dialogisch* erweitert werden (vgl. Brinkmann et al. 2015); hierdurch wandelte sich die ursprünglich einseitig angelegte Kommunikation zum Einsammeln von Fragen in eine bidirektionale Kommunikation des Identifizierens regionaler gesellschaftlicher Herausforderungen. Orientiert waren die Gespräche vor Ort an qualitativen Interviews, um durch eine möglichst offene Gesprächssituation die Perspektiven der Bürger*innen angemessen erfassen zu können (vgl. Hopf 2013). Die Bereitschaft der Bürger*innen, sich auf das Gesprächsangebot einzulassen, kann als hoch eingeschätzt werden: Insgesamt konnten auf diese Weise 271 Themen und Fragen von 157 Personen eingesammelt werden. Oftmals konnten die Bürger*innen unmittelbar Themen und Herausforderungen benennen, die direkt mit ihrem Lebensalltag verbunden waren (Pflege Angehöriger im eigenen Haushalt, Kinderbetreuung, Interesse an Kulturangeboten, etc.). Dabei wurden die Präsenz der Universität vor Ort – zum Beispiel zu Wochenmärkten – sowie das damit einhergehende Gesprächsangebot von Seiten der Bürger*innen wiederholt positiv bewertet und als ernsthaftes Interesse an Bürgerthemen gewertet. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass mit der Auswahl eines Standortes bzw. einer Veranstaltung stets eine Festlegung auf ein spezifisches Publikum erfolgt. Das Erfassen von Bürgerfragen vor Ort kann daher als stark kontextgebunden gelten, weshalb es gilt, die Auswahl stets angemessen zu reflektieren und ggf. weitere, alternative Orte auszuwählen.

Im Projekt ging die Initiative zum Einsammeln von Fragestellungen somit zunächst von den Projektmitarbeitenden als Stellvertreter*innen der Wissenschaft aus: Bürger*innen wurden gefragt, welche Themen sie beschäftigen und wo sie Entwicklungsbedarfe in ihrer Region sehen. Daraufhin wurden sie eingeladen, konkrete Fragen an die Wissenschaft zu formulieren. Diese Vorgehensweise hatte die Sammlung von Fragen zum Ziel – ihr lag also die Annahme zugrunde, dass die Wissenschaft von den Befragten als qualifizierte Instanz zur Beantwortung möglicher Fragen angesehen werde. In der Umsetzung zeichnete sich jedoch bald ein anderes Verhältnis zwischen Bürger*innen und Wissenschaft ab: In den unmittelbar nach den Befragungsaktionen durchgeführten Reflexionen vermerkten die Projektmitarbeitenden wiederholt, dass die „Frage nach konkreten Fragen [...] kaum Ergebnisse [hervorbringt]“. Zur Bürger*innen-Befragung auf dem Neuburger Wochenmarkt am 11.11.2020 wurde notiert: „Einige Personen verweisen zunächst auf ihre vermeintliche Unwissenheit, besonders wenn es darum geht, Fragen an die Universität zu richten“. Ähnliches notierten die Projektmitarbeitenden im Anschluss an die Befragung auf dem Eichstätter Marktplatz am 28.10.2020: „Menschen sind zurückhaltend mit Fragen, weil sie ihre Meinungen, Themen und Probleme für irrelevant halten“.

Die Haltung der befragten Bürger*innen deutet auf eine empfundene Distanz zwischen Wissenschaft und der eigenen Lebenswelt hin. So nennt eine auf dem Neuburger Wochenmarkt befragte Bürgerin bei der Frage nach den für sie relevanten Themen zunächst die Stichworte „Barrierefreiheit in Geschäften“, „behindertengerechte Parkplätze“ und „Zugang zu Informationen“. Auf die Frage, ob sie diesbezüglich eine konkrete Frage an die Universität richten möchte, spricht die Bürgerin ein ganz anderes Thema an: Es solle mehr Energie in die Forschung nach einem Corona-Impfstoff gesteckt werden. Ein Zusammenhang zu den zuvor genannten persönlichen Schwerpunktthemen ist nicht erkennbar. Die Äußerung legt nahe, dass die Wissenschaft als „Löserin großer Probleme“ empfunden

wird, die jedoch die Lebenswelt der Bürger*innen nicht tangiert (vergleichbar äußerten sich Bürger*innen auch in anderen Gesprächssituationen). In derselben Befragungssituation fragt eine andere Bürgerin, wie „sich die Brücke von der Theorie zur Praxis schlagen“ lässt. Sie merkt an, dass Studierende „nicht nur Theoretisches lernen“ sollten, auch „Volksweisheiten“ seien wichtig. Erneut kommt hier zum Ausdruck, dass zwischen der Wissenschaft und der eigenen Lebenswelt eine Kluft empfunden wird, die ‚überbrückt‘ werden müsse. Das Narrativ der befragten Bürgerin verweist nicht nur auf eine Spaltung zwischen Theorie und Praxis, sondern verortet auch „Volksweisheiten“ auf einer von der Wissenschaft fernen Seite. Aus dieser Auffassung ergibt sich, dass es der Wissenschaft in den Augen der befragten Bürgerin an Verständnis für die Lebensrealität der Bürgerschaft mangelt. In Kombination mit der beobachteten Unsicherheit seitens der Befragten scheinen also beide Seiten die jeweils andere als eingeschränkt fähig zur Kommunikation auf gleicher Augenhöhe wahrzunehmen.

Während einige der Befragten diese empfundene Loslösung der Wissenschaft von den für sie relevanten Themen scheinbar gleichgültig zu akzeptieren schienen, zeigten sich andere Bürger*innen auch frustriert oder verärgert. Beispielsweise äußerte ein Bürger, dass „die studierten Leute [nicht] interessiert [...], was wir machen“. „Die studierten Leute“ bleiben dabei eine abstrakte Gruppe, obwohl die Befragenden offensichtlich als Repräsentanten der Universität auftreten. Die Äußerungen der befragten Bürger*innen umreißen eine der Herausforderungen, denen auch das Projekt begegnet ist: Einerseits sollen Laien „auf Augenhöhe“ in die Wissenschaftskommunikation einbezogen werden, andererseits wird die implizite Grundannahme erkennbar, dass Wissenschaft anderen Wissensformen oder auch Formen der Wissensgenerierung gegenüber überlegen scheint. Wenninger/Dickel sprechen in diesem Sinne von „einem immanenten Dilemma zwischen asymmetrischer Grundhaltung auf der einen Seite und Symmetrierversprechungen auf der anderen Seite“ (2019: 265). Dass sich dieses Dilemma auch in den Äußerungen der Bürger*innen zeigt, wird anhand der Aussage eines Mitglieds einer Eichstätter Bürgerinitiative deutlich: „Am Ende sind es ja doch wieder die dummen Bürger und die schlaue Wissenschaft“. Für das Projekt bedeutet das zum einen eine Herausforderung – nämlich die Überbrückung der empfundenen ‚Kluft‘ zwischen der Wissenschaft auf der einen Seite und der Lebenswelt der Bürger*innen auf der anderen Seite. Diese Überbrückung geht einher mit der Herausforderung, dass Wissenschaft nicht nur als Bearbeiterin großer Probleme wahrgenommen wird, sondern dass wissenschaftliche Ansätze auch von den Menschen in einer Region als relevant wahrgenommen werden. Zum anderen bestätigen die Erkenntnisse aus der ersten Projektphase die im Projektvorhaben formulierte Grundannahme, dass eine „Erhöhung der gesellschaftlichen Relevanz sowie der kommunikativen Wirkung von Wissenschaftskommunikation“ notwendig ist.

3.2 Erstellen von Themenkarten

Die auf verschiedenen Wegen erfassten Themen und Fragestellungen wurden in einem eigenen Prozess daran anschließend zu „Themenkarten offener Fragen“ zusammengefasst. Die Vorgehensweise hierfür war deren Gruppierung in unterschiedlichen Themenbereichen sowie die dem vorausgehende Verschlagwortung, um Schwerpunktthemen identifizieren und weitere, dazu passende Aussagen den entsprechenden Themenkomplexen zuordnen zu können. Ziel dieses Vorgehens war es, die erfassten Themen und Fragestellungen durch die Entwicklung einer „Metastruktur“ für die daran anschlie-

ßende Verwertung im Rahmen des Beteiligungsmoduls „Bürgerredaktion“ aufzubereiten und zugänglich zu machen. Dazu wurden die aufgenommenen Aussagen zunächst gesichtet und transkribiert. Um die verschriftlichten Gesprächs- und Befragungsergebnisse zur Bearbeitung in der Bürgerredaktion aufzubereiten, wurden den Aussagen sodann Schlüsselwörter zugeordnet, wobei eine möglichst treffende Kategorisierung der Aussagen angestrebt wurde. Schlüsselwörter können:

„Diskussionszusammenhänge, die für die Beteiligten häufig undurchschaubar, unübersehbar verzweigt sind, in ein routinemäßig handhabbares alltagsweltliches Format bringen. Diese Funktion zeigt sich besonders deutlich, wenn Laien sich mit Fragen auseinandersetzen, die sie existenziell tangieren, zu deren Verständnis und Beurteilung aber Expertenwissen erforderlich ist“ (Nothdurft 1996: 381).

In einem iterativen Prozess wurden daraufhin nach und nach alle weiteren Bürger*innen-Aussagen in die zuvor definierten Kategorien eingeordnet, wobei der Prozess insgesamt als ein Verfahren des Benennens, Vergleichens, Sortierens und In-Beziehung-Setzens von Aussagen beschrieben werden kann (vgl. Breidenstein et al. 2013: 139f). Die anfangs eingeführten Schlüsselwörter wurden in diesem Vorgang weiter differenziert, zusammengefasst oder anderweitig überarbeitet. Auf diese Weise blieben die Kategorien semi-permanent, bis alle Umfrageergebnisse ausgewertet waren. Am Ende dieses Prozesses kristallisierten sich 31 Schlüsselwörter heraus, die den Bürger*innen-Aussagen entweder einzeln oder mehrfach zugeordnet werden konnten. Zwischen den einzelnen Kategorien zeichneten sich hierbei Überschneidungen ab, beispielsweise zwischen der Kategorie „Partizipation“ und „Politikfrust“. In anderen Fällen bestehen inhaltliche Zusammenhänge, wie zum Beispiel zwischen den Kategorien „Fahrrad“, „ÖPNV“ und „Mobilität“. Letzteres Schlüsselwort fungiert zugleich als Oberkategorie für die Kategorien „Fahrrad“ und „ÖPNV“ (siehe Abb. 2).

Als Ergebnis dieses Prozesses sind insgesamt acht Themenkarten entstanden. Ziel der Erstellung der Themenkarten war es – neben der thematisch-inhaltlichen Aufbereitung –, hierdurch den Bürgerredakteur*innen die gesammelten Rückmeldungen der zuvor befragten Personen in möglichst übersichtlicher und handhabbarer Form zur Verfügung zu stellen. Die Themenkarte als Darstellungsform lässt sich insofern einordnen in die Tradition der Informationsvisualisierung (vgl. Bruhn 2008: 161-175). Sie übernimmt einige Grundeigenschaften diagrammatischer Darstellungsformen wie der *Mind Map*, insbesondere die Verzweigung von Ober- und Unterthemen. Insofern handelt es sich auch um eine klassifizierende Darstellungsform, die Ordnung herstellt, wobei erst die Systematisierung der Themen die Sammlung der Bürger*innenfragen praktisch nutzbar macht.² Auf den Karten sind die Aussagen aus den Befragungen dementsprechend in Unterthemen geclustert, die um ein Überthema herum gruppiert sind. Die Auffächerung von Teilthemen in der Fläche sowie die damit einhergehende Hierarchisierung und Zuordnung von Themen ermöglicht eine visuelle Darstellung von inhaltlich-thematischen Zusammenhängen, u.a. durch Schriftgrößen, Verbindungslinien sowie eine farbschematische Flächenaufteilung. Außerdem lassen sich inhaltliche Überschneidungen zwischen jeweils zwei Themen gut darstellen; bei Mehrfach-Überschneidungen stößt die hier gewählte Darstellungsform jedoch an ihre Grenzen. Insbesondere Querschnittsthemen wie zum Beispiel das Thema „Barrieren“

² Aufgrund der strukturierenden und gliedernden Funktion, die primär auf der Organisation von Begriffen und den diesen zugeordneten Aussagen beruht, lässt sich die Darstellung in die Tradition der ‚synoptischen Begriffsdiagramme‘ einordnen; vgl. Siegel (2009: 55).

müssen daher in mehreren Themenkarten inkludiert werden. Häufig genannte Themen wurden zugleich durch Fett-Setzung typographisch hervorgehoben, wodurch die Relevanz eines Themas kenntlich gemacht werden konnte. Durch die Visualisierung lassen sich Themenhierarchien und -relationen somit anschaulich darstellen, ohne auf das Detail- und Facettenreichtum der Bürger*innen-Aussagen im Einzelnen verzichten zu müssen.³ Die auf einer Themenkarte visualisierten Inhalte sind allerdings weniger als Information, sondern vielmehr als Wissen zu verstehen, das die Bürger*innen über die Region verfügen und hierüber in die redaktionelle Arbeit einbringen. Die Themenkarten bilden im Kontext der Beteiligungspraxis somit ein wichtiges Medium der Wissensintegration.

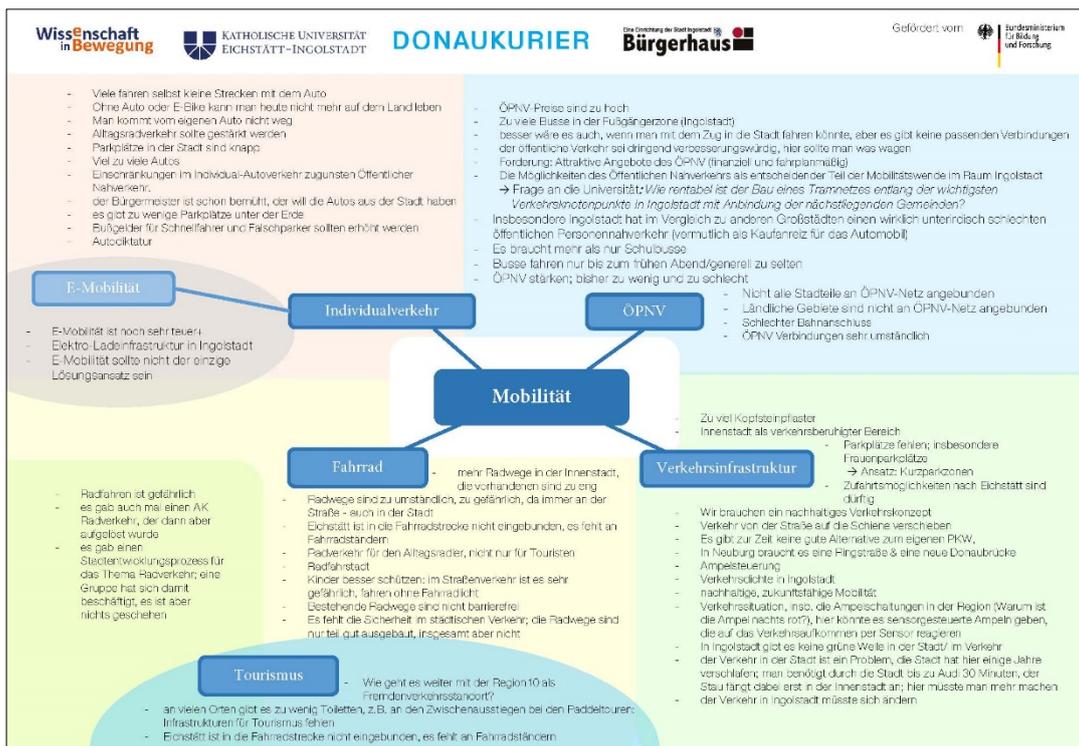


Abbildung 2: Themenkarte „Mobilität“

Die im Projektantrag ursprünglich implizit formulierte Annahme, dass es sich bei der Zusammenstellung/Clustering der Themenkarten um „Karten offener Fragen“ handelt, ist vor dem Hintergrund der zuvor dargelegten Erfahrungen allerdings zu korrigieren: Die Karten beschreiben primär lokale oder regionale gesellschaftliche Herausforderungen; sie sind Karten regionaler oder – eher noch – lokaler Entwicklungsbedarfe. Der Prozess der Clustering führt allerdings dazu, dass die benannten Herausforderungen nicht mehr nur individuelle Aussagen (Mikro-Ebene) darstellen, sondern durch die Clustering in Themenkomplexen eine von individuellen Interessen stärker unabhängige, höherstufige Qualität (Meso-Ebene) erhalten. Der einhergehend damit vollzogenen Ebenen-Wechsel impliziert somit einen Übergang von individuellen Bedarfen zu regionalen gesellschaftlichen Herausforderungen.

³ Der Begriff „Wissensvisualisierung“ (vgl. Eppler/Burkhard 2004) wird in der Literatur allerdings eher als eine Form der grafischen Darstellung von *Trägern* von Wissen behandelt. Auf den Gebrauch dieses Begriffs wird daher in dieser Publikation verzichtet.

Es handelt sich folglich weniger um „Fragen“, sondern eher um „Fragestellungen“. Kritisch zu hinterfragen ist der Prozess insofern, als dass durch die Einordnung regionalspezifischen Wissens in womöglich bereits bestehende wissenschaftliche Kategorien die Gefahr entstehen kann, dass die Clusterung zu einer Art „Übersetzungsversuch“ wird. Eine solche „Verwissenschaftlichung“ der Themen oder gar eine normative Systematisierung der gesammelten Themen und Fragen ist im Sinne einer responsiven Wissenschaftskommunikation jedoch kritisch zu reflektieren, da sie den Eigenwert und die genuine Qualität der Bürger*innen-Äußerungen wiederum negieren würde. Eine einheitliche Maßgabe für eine angemessene Clusterung und ggf. Reformulierung von Themen kann allerdings nicht angegeben werden; es gilt jedoch bewusst zu halten, dass es sich bei dem hier vorgeschlagenen *Procedere* um einen qualitativen Deutungsprozess handelt, der im Ausgang von den gewonnenen Aussagen erfolgen sollte, um deren responsives Potenzial auch für den weiteren Prozess zu erhalten.

3.3 Integration von Erfahrungswissen

Ziel des Einsammelns und Auswertens von Bürgerfragen (*partizipatives Agenda Setting*) war es, die gesellschaftliche Relevanz der aus der Wissenschaft heraus kommunizierten Themen zu erhöhen, indem ein direkter Bezug zu regionalen Themen und Fragestellungen hergestellt wird. Die dargestellte Befragung zeigte dahingehend nicht nur, dass das Formulieren von Fragen eine besondere Herausforderung darstellt, sondern auch, dass Themen, die in den Gesprächen benannt wurden, oftmals einen direkten Bezug zum Alltag der angesprochenen Personen hatten. Dazu gehörte z.B. die unbefriedigende Situation der Verkehrsführung in der Region, konkret auch fehlende Fahrradwege zwischen Ortschaften oder – noch konkreter – eine Fahrradspur von einem Stadtteil zu einem anderen. Insgesamt umfasste das hierbei ermittelte Themenspektrum die folgenden Themenfelder: *gesellschaftliches Miteinander, Bildung, lebendige Stadt, Mensch-Umwelt-Beziehungen, Mobilität, Politik, Versorgung* und *Wirtschaft* (dies sind die Schwerpunktthemen, die aus der Clusterung hervorgegangen sind). Grundlage für die Benennung der hiermit verbundenen Bedarfe und Desiderate waren vielfach die eigenen Erfahrungen der Bürger*innen, etwa der Versuch von einem Ort an einen anderen Ort zu gelangen. Hier zeigt sich: Probleme haben nicht nur eine *epistemische*, sondern vor allem auch eine *praktische* Seite, da sie zunächst aus der Organisation des Alltags resultieren (vgl. Gerhardt 2018: 52f). Die erfassten Themen und Fragestellung erwachsen aus dem subjektiven Erleben konkreter Herausforderungen; in sie eingegangen ist das Erfahrungswissen der Menschen, dass der Identifizierung und Beschreibung konkreter Herausforderungen vorausgeht. Folglich ging es im Zuge des partizipativen Agenda-Settings um mehr und anderes, als um das bloße Einsammeln von Wissensfragen, die durch Forschende im Anschluss einfach hätten beantwortet werden können. Im Vordergrund stand vielmehr die aus der Praxis hervorgehende Identifizierung regionaler gesellschaftlicher Herausforderungen, deren Benennung sowie – daran ggf. anschließend – das Formulieren einer Frage an die Forschung. Dabei hat sich die Form der Fragen nicht als entscheidend erwiesen; relevant war vielmehr, dass ein konkreter Bedarf bzw. eine lebensweltliche Herausforderung artikuliert werden konnte.

Die genuine Qualität der hierbei erfassten Themen und Fragestellungen wird deutlicher, setzt man diese in Kontrast zu Fragen, wie sie zum Beispiel im Wissenschaftsressort der österreichischen Tageszeitung *DIE PRESSE* beantwortet werden. Leser*innen haben dort die Möglichkeit, Fragen einzureichen, die im Anschluss von Wissenschaftler*innen beantwortet werden. Zu den Fragen gehören

zum Beispiel: *Wie schützt Sonnencreme vor Sonnenbrand? Oder: Schadet es Enten, wenn sie mit Brot gefüttert werden?* Die hier nur beispielhaft ausgewählten Fragen stellen klar abgrenzbare Wissens- bzw. Informationsfragen dar, die in der Regel durch Sachwissen (*knowing that*) relativ eindeutig beantwortet werden können. Die im Rahmen des Projektes erfassten Themen und Fragestellungen unterscheiden sich davon deutlich: Sie zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Beantwortung (1) eine *Veränderung* der lebensweltlichen Situation mit intendiert und hinsichtlich der Bearbeitung der mit den Fragen verbundenen regionalen Herausforderungen (2) ein *öffentliches Interesse* angenommen werden kann. Eine funktionierende, an den Bedarfen der regionalen Bevölkerung orientierte Verkehrsinfrastruktur, ein hohes Maß an gesellschaftlicher Integration oder chancengerechte Bildungsangebote sind Themen, die nicht alleine auf individuelle Interessen zurückgeführt werden können, sondern deren Bearbeitung im Interesse des Gemeinwohls liegt (vgl. Leßmöllmann 2018). Zwar können die damit verbundenen Fragestellungen rein wissenschaftlich beantwortet werden, als gelöst können die hiermit verbundenen Herausforderungen jedoch nur gelten, wenn eine Transformation der Alltagssituation erfolgt ist. Dafür ist nicht nur Sachwissen, sondern vor allem Handlungswissen (*knowing how*) gefragt.

Die vorhergehende Auswertung zeigt, dass sich die Idee des „Einsammelns von Bürgerfragen“ im Zuge der Umsetzung des Projektes somit wegbewegt hat von einem einfachen Frage-Antwort-Schema: der einen Seite fehlt das Wissen, die andere verfügt über das Wissen und kann daher die Frage beantworten. Damit würde den Bürger*innen auf Seiten der Gesellschaft auch wieder nur die Rolle der Nichtwissenden zugeschrieben, Forschende hingegen würden alleine als Wissende wahrgenommen, wobei das Verhältnis durch eine grundlegende Wissensasymmetrie geprägt wäre (vgl. *Defizit-Modell*, Abschnitt 1). Die Identifizierung und Benennung von regionalen Herausforderungen kann dem entgegen, wie das Projekt gezeigt hat, als eine Form der *Wissensintegration* beschrieben werden (vgl. Bergmann et al. 2010): Bürger*innen können durch die Benennung und Beschreibung von Desideraten zur Konkretisierung gesellschaftlicher Herausforderungen und regionaler Entwicklungsaufgaben beitragen; sie bringen ihr (Erfahrungs-)Wissen um die lebensweltlichen Kontexte und Herausforderungen ein und damit eine spezifische praktische Expertise, über die die Universität nicht verfügt. Insofern kann die Befragung von Bürger*innen auf Marktplätzen oder zu anderen Gelegenheiten auch als Dialog-Plattform fungieren. In diesem Sinn kann der Prozess des partizipativen Agenda-Settings als eine die verschiedenen Bereiche von Wissenschaft und Gesellschaft überschreitende Form der Wissensintegration beschrieben werden, die Parallelen aufweist zu Ansätzen, wie sie aus der transdisziplinären Forschung bekannt sind. Aus Sicht der Wissenschaften trägt die Integration regionalen Praxis- und Erfahrungswissens zum einen zur Erweiterung der Wissensbasis (vgl. Renn 2013: 401), zum anderen zu einer Kontextsensibilisierung bei, die das wissenschaftliche Wissen, das i.d.R. als allgemein und kontextfrei gilt, stärker anschlussfähig macht an konkrete regionale Handlungsbedarfe (vgl. Bogner/Gaube/Smetschka 2011: 82f, Behrich/Wright 2018: 310).

4. Beteiligungsmodul „Bürgerredaktion“

Die Verwertung der eingesammelten Bürger*innenfragen erfolgte im Rahmen des kollaborativen Beteiligungsmoduls „Bürgerredaktion“. Angedacht war zunächst, dass sich Forschende in Form von Video-Interviews, die durch die beteiligten Bürgerredakteur*innen geführt werden, zu den erfassten Bürgerfragen äußern. Im Rahmen der Bürgerredaktion sollten die Interviews anschließend in einer offenen Schreibwerkstatt zu redaktionellen Beiträgen verarbeitet und in der Regionalzeitung sowie auf der Projekt-Webseite veröffentlicht werden. Die Antworten auf die Fragen würden somit die Interviews mit den Wissenschaftler*innen sowie die Ergebnisse des Aushandlungsprozesses zwischen den beteiligten Akteursgruppen umfassen. Das Konzept der Bürgerredaktion sollte hierbei die Beteiligung von Bürger*innen in Form einer aktiven Mitwirkung bei der Recherche sowie dem eigenständigen Verfassen von Beiträgen ermöglichen. Im Anschluss an den Aufbau der Bürgerredaktion fanden dazu in der Zeit von Dezember 2020 bis Februar 2021 sechs Redaktionssitzungen statt, zu denen die Bürger*innen über verschiedene Arbeitsphasen hinweg Themen auswählten, recherchierten und in Form redaktioneller Beiträge (Texte, Webvideos) bearbeiteten. Wie zuvor dargestellt, wurde dieser Prozess systematisch wissenschaftlich begleitet; die folgenden Abschnitte zeichnen den Prozessverlauf nach und diskutieren damit einhergehende Herausforderungen und Besonderheiten.

4.1 Partizipation der Bürger*innen

Für den im Rahmen der Bürgerredaktion avisierten Beteiligungsprozess waren insgesamt neun Plätze für Bürger*innen vorgesehen. Im Anschluss an die Bewerbung der Bürgerredaktion in den regionalen Medien wurden die Bürgerredakteur*innen aus insgesamt rund 30 Bewerbungen ausgewählt, u.a. verbunden mit der Zielsetzung, eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Redaktion bezüglich Alter, Geschlecht, Tätigkeitsfeld und Wohnort zu erreichen. Die aus dem Auswahlprozess hervorgegangene Gruppe an Redakteur*innen umfasste sodann neun Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren mit stark heterogenen persönlichen Hintergründen und Lebenserfahrungen. Beteiligt waren u.a. eine Bundesfreiwilligendienstleistende, eine Studentin, ein Manager im Ruhestand, eine Berufsschuldozentin sowie auch eine ehemalige Erzieherin. Die beteiligten Bürger*innen brachten verschiedene persönliche und berufliche Perspektiven in die Redaktion ein; keine der beteiligten Personen war zuvor jedoch journalistisch oder in der Wissenschaftskommunikation tätig. Im Zuge der Begleitforschung wurde nun einerseits erfasst, welche Akteurskonstellationen sich im Rahmen der Zusammenarbeit ergaben und welche Effekte diese auf die Gestaltung des Prozesses hatten, aber auch, welche Relevanz die Befähigung der Bürgerredakteur*innen für den Beteiligungsprozess hatte.

4.1.1 Befähigung zur Mitarbeit

Vor dem Hintergrund, dass sämtliche Bürgerredakteur*innen zu Projektbeginn über keine journalistischen Erfahrungen verfügten, war es wichtig, die beteiligten Personen Schritt für Schritt zu befähigen, redaktionelle Beiträge selbständig zu erarbeiten und zu verfassen (*emanzipatorische Zielsetzung*, vgl. Newig 2011). Partizipation bedeutet hier *Empowerment*, d.h. sie umfasst einen Lernpro-

zess, „in dem diejenigen Kompetenzen erworben werden, die für eine tätige und mutige Mitbestimmung vonnöten sind“ (Sack 2019: 676). An der Bürgerredaktion waren zur Vermittlung der praktischen Expertise u.a. Expert*innen aus Journalismus und Hochschulkommunikation beteiligt. Zu dieser Gruppe gehörten der Chefredakteur der Lokalzeitung DONAUKURIER, zwei Vertreter der Hochschulkommunikation der Universität, sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projektes, die selbst langjährige journalistische Berufserfahrung mitbrachte. Die Rolle der Expert*innen bestand in der Anleitung und Befähigung der teilnehmenden Bürger*innen, sodass diese – theoretisch – als gleichwertige Redaktionsmitglieder agieren können. Die Umsetzung der redaktionellen Beiträge erfolgte im Anschluss an die Themenauswahl im direkten Austausch mit der leitenden Redakteurin der Bürgerredaktion sowie mit den weiteren Projektbeteiligten. Diese unterstützen die Bürgerredakteur*innen bei der Themenauswahl, bei der Vorbereitung von Interviews, ganz praktisch auch bei der Videoaufzeichnung der Gespräche, sowie beim Schreiben der redaktionellen Beiträge z.B. durch Hinweise und Empfehlungen zum Aufbau und zur Gliederung der Texte, zum Stil, mit Blick auf formale Aspekte (z.B., dass direkte Zitate mit Anführungszeichen dargestellt werden), aber auch hinsichtlich der inhaltlichen Darstellung sowie der Integration wissenschaftlicher Sachverhalte. Die Unterstützung war damit Teil eines Befähigungsprozesses, der es den beteiligten Bürger*innen ermöglichen sollte, selbstständig Beiträge im Rahmen der Bürgerredaktion zu verfassen.

Ausschlaggebend für das dabei zu vermeidende Ungleichgewicht zwischen Expert*innen und Laien in der Bürgerredaktion war die Kommunikation. Wenninger und Dickel (2019) erläutern,

„[...] dass es von der Kommunikation abhängt, ob und wie sich eine asymmetrisch angelegte Experten/Laien Differenz situativ äußert. Diese Differenz wirkt nicht automatisch, sie muss vielmehr immer wieder aufs Neue situativ angewendet und reproduziert werden. [Außerdem zeigt sich], dass es aber soziotechnische Rahmenbedingungen gibt, die eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür darstellen, dass Experten/Laien-Strukturen herausgefordert und gegebenenfalls modifiziert werden“ (ebd.: 261).

Vor diesem Hintergrund nahm die Redaktionsleiterin in den ersten Sitzungen der Bürgerredaktion zunächst primär eine moderierende Rolle ein. In einem der ersten Arbeitstreffen der Projektbeteiligten wurde zudem festgelegt, den Beteiligungsprozess möglichst offen zu gestalten, um eine echte Beteiligung der Bürger*innen zu ermöglichen. Ziel hierbei war es, dadurch der Kritik an Partizipationsprozessen zu begegnen, dass die konkrete Verfahrenspraxis den beteiligten Bürger*innen oftmals nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten offeriere (vgl. Bogner 2012: 390). Vermieden werden sollte somit, dass eine Situation der „Laborpartizipation“ (Bogner 2010) entsteht, bei der die Beteiligten lediglich Ausführende im Rahmen eines primär wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses sind. Einhergehend damit wurde festgelegt, dass Impulsvorträge von Seiten der Expert*innen aus Hochschulkommunikation und Regionalzeitung – die zunächst einer inhaltlichen und praktischen Orientierung, später dann zur Befähigung dienen sollten – nicht zu Beginn, sondern erst zur nachfolgenden Redaktions Sitzung erfolgen sollten. In den Vordergrund gestellt wurde stattdessen die Motivation und das spezifische Interesse der Bürgerredakteur*innen an konkreten Themen.

Praktisch wurde die Befähigung in Form kurzer Vorträge dann ab der zweiten Sitzung der Bürgerredaktion umgesetzt. Vorangegangen war in der ersten Redaktions Sitzung eine Vorstellungsrunde, in der die Bürgerredakteur*innen jeweils ihre persönlichen Motivationen erläuterten sowie die The-

men, mit denen sie sich beschäftigen wollten. Teilweise wurden zur Vermittlung wichtiger Rahmeninformationen auch visuelle Mittel wie Layout-Beispiele (unterstützt durch eine Präsentation) eingesetzt, etwa zur Veranschaulichung möglicher journalistischer Darstellungsformen und gängiger Artikel-Layouts in der Regionalzeitung. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Empfehlungen und Herangehensweisen an die Themenfindung wurde den Bürgerredakteur*innen nach der zweiten Redaktionssitzung auch schriftlich zugeschickt. Für die Auswahl und Konkretisierung der Themen wurden von verschiedener Seite Empfehlungen formuliert: Die Expert*innen aus Journalismus und Hochschulkommunikation betonten jeweils etwa die Orientierung an den Interessen der Adressat*innen; seitens der Hochschulkommunikation hieß es zum Beispiel, „der Wurm müsse dem Fisch schmecken, und nicht dem Angler“. Auch für die Recherche und die Durchführung der Interviews gaben die Expert*innen praktische Ratschläge: In der Vorbereitung eines Gesprächs sei es etwa wichtig, Informationen zum Thema, aber auch zur Biographie der Person zusammenzutragen, Ideen zu notieren und Fragen (z.B. eine Einstiegsfrage: „Eisbrecher“) vorzuformulieren; im Laufe eines Gesprächs können Interviewpartner*innen beispielsweise um klare und prägnante Aussagen gebeten werden, um die weitere Arbeit mit dem Interviewmaterial zu erleichtern. Im Nachgang könne man Aussagen dann auch straffen, kürzen und optimieren. Zudem riet der Chefredakteur der Regionalzeitung zu einer pragmatischen Herangehensweise an die Transkription von Interviews. In den letzten Sitzungen der Bürgerredaktion wurde schließlich die Ausarbeitung der Zeitungsbeiträge von den Expert*innen thematisiert. Zunächst wurde den Bürgerredakteur*innen der grundlegende Rahmen der zu erarbeitenden Zeitungsbeiträge vermittelt; dazu erklärte die mit der Redaktionsleitung beauftragte Projektmitarbeiterin die Gliederung eines Texts in Einleitung, Hauptteil und Schluss, stellte gängige journalistische Darstellungsformen vor, erörterte das Zitieren in direkter und indirekter Rede und präsentierte schematisch verschiedene Elemente von Zeitungsbeiträgen wie Info-Kästen und Bilder. Einen praktischen Ratschlag für diese Arbeitsphase formulierte u.a. ein Vertreter der Hochschulkommunikation: Die Bürgerredakteur*innen sollten das Thema auf die wesentlichen Aspekte herunterbrechen, so als würden sie dieses einem Freund schildern, der gleich in den Bus steigen muss. Um gut mit umfangreichen Materialsammlungen arbeiten zu können, empfahl die Redaktionsleiterin, diese als „Steinbruch“ zu betrachten; so falle es leichter, einzelne Elemente an verschiedenen Stellen für die Konstruktion eines Textes zu nutzen. Der Journalismus-Experte riet außerdem dazu, die ersten Textentwürfe von Bekannten oder Familienangehörigen gegenlesen zu lassen. Auf diese Weise lasse sich leicht ein Feedback zur Verständlichkeit des Artikels einholen.

Hauptsächlich ging die Befähigung innerhalb des Projektes somit von der Expertise der Praxis-Expert*innen und dem (vermuteten) Unwissen der Bürgerredakteur*innen aus. Nur in wenigen Fällen, etwa zum Beginn des Schreibprozesses, gingen die Ratschläge der Expert*innen von zuvor gestellten konkreten Fragen aus. Jedoch gaben sie keine Regeln vor, sondern boten eher Orientierung und praktische Hilfestellungen. Eine Bürgerredakteurin merkte diesbezüglich an, die Beiträge der Expert*innen seien als „Leitplanken“ durchaus hilfreich gewesen. Als besonders einprägsam stellten sich die bildlichen Formulierungen heraus; die Bürgerredakteur*innen beriefen sich zu späteren Zeitpunkten beispielsweise wiederholt auf die „Fisch & Angler“-Metapher des Hochschulkommunikationsvertreters. Mit der hier beschriebenen Befähigung – und der intensiven Begleitung der Recherche- und Schreibprozesse durch die Redaktionsleiterin (vgl. die Abschnitte 4.2.2 und 4.2.3) – wurde in erster

Linie die formale Anpassung der Texte an den Rahmen der Regionalzeitung verfolgt. Das Ziel des Beteiligungsprozesses war es hier also, einerseits die Perspektiven der Bürger*innen als solche, d.h. in ihrer Spezifik einzubinden, andererseits jedoch einen Befähigungsprozess zu gestalten, der eine aktive Beteiligung an der Umsetzung der redaktionellen Beiträge ermöglicht. Aus dieser doppelten Zielsetzung resultiert eine grundlegende Spannung, da der Prozess der Befähigung zugleich die Gefahr mit sich brachte, dass alternative Perspektiven von Seiten der Bürger*innen infolge wieder an bestehenden Normen und Perspektiven orientiert und an diese angenähert werden (vgl. Abschnitt 6.2). Was zur Ermöglichung eines hohen Grades an Beteiligung („Emanzipation“, vgl. Brinkmann et al. 2015) beitragen soll, kann umgekehrt dazu führen, dass alternative Vorstellungen und Sichtweisen abgeschwächt oder gänzlich angepasst werden. Hinsichtlich der Gestaltung des Befähigungsprozesses gilt es daher stets auch prozessbegleitend zu reflektieren, welche Personen die Bürger*innen mit welchen Mitteln wozu befähigen und inwiefern die Befähigung potenziell Limitationen bzgl. der erhofften Perspektivvielfalt und Eigenständigkeit der beteiligten Akteure mit sich bringt.

4.1.2 Partizipationskultur

Im Laufe des rund viermonatigen Realisierungszeitraums der Bürgerredaktion konnten – neben den Beobachtungen der Prozesse der redaktionellen Arbeit (vgl. den Abschnitt 5.2) – auch einige Beobachtungen zur Akteurskonstellation und Gruppendynamik innerhalb der Bürgerredaktion im Ganzen bzw. innerhalb der Kleingruppen von je drei Bürgerredakteur*innen gemacht werden. Die Wahl der teilnehmenden Beobachtung als Methode der Begleitforschung ermöglicht diese mikro-ethnografische Herangehensweise. Durch Betrachtung der redaktionellen Prozesse der Themenfindung, des Recherchierens, Schreibens und Gestaltens der Zeitungsbeiträge als kollaborative mediale Praktiken konnten so auch „weiche“ Faktoren, d.h. die Relevanz einer sich im Entstehen befindlichen *Partizipationskultur* für das Gelingen einer partizipativen Wissenschaftskommunikation untersucht werden. Der Begriff „Partizipationskultur“ wird meist im Kontext medien-, politik- und bildungswissenschaftlicher Beteiligungsprozesse verwendet. Er umfasst sowohl die Rahmenbedingungen, die eine Beteiligung ermöglichen, als auch die Praktiken der Beteiligung selbst. Jenkins et al. zählen z.B. eine Vielzahl von Partizipationspraktiken bzw. „skills“ auf, die als Merkmale einer „participatory culture“ verstanden werden können (vgl. Jenkins et al. 2009). Die meisten sind eher sozialer als fachlicher Natur (ebd.: xiv). Unter anderem nennen sie explizit die Praktik des Verhandeln bzw. des Aushandelns („negotiation“), die auch in der Partizipationskultur der Bürgerredaktion von hohem Stellenwert war. Darüber hinaus zeigten sich jedoch weitere Aspekte einer Partizipationskultur, die die Interaktion und das Miteinander prägten.

Bezüglich der Gruppendynamik fiel in der Bürgerredaktion zunächst etwa auf, dass einige Bürgerredakteur*innen sich schon aus anderen Kontexten kannten, wodurch vermutlich bereits vor Beginn der Redaktionsarbeit eine Vertrauensbasis für die Zusammenarbeit innerhalb des Projektes bestand. Jedoch etablierten sich auch unter den zuvor nicht miteinander vertrauten Bürgerredakteur*innen kollegiale und empathische Umgangsformen. Vor dem Hintergrund der rein virtuell durchgeführten Redaktionssitzungen war diese Entwicklung für die Projekt-Initierenden eine positive Überraschung. In zwei der drei Kleingruppen legten die Bürgerredakteur*innen untereinander bereits nach wenigen

Sitzungen das „Sie“ ab und duzten sich fortan. In diesen Gruppen unterstützten und halfen die Bürgerredakteur*innen sich in verschiedenen Situationen gegenseitig, etwa durch ermutigenden Zuspruch, praktische Ratschläge zur Recherche und das Angebot zum Gegenlesen von Textentwürfen. In der dritten Gruppe blieben die Bürgerredakteur*innen zwar bis zum Ende des Redaktionsprozesses per Sie, waren aber nicht weniger hilfsbereit. Die Bürgerredakteur*innen dieser Gruppe einigten sich zudem auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Themenseite für die Regionalzeitung, anstatt – wie durch die Projektmitarbeitenden nahegelegt – drei voneinander unabhängige Artikel zu verfassen. Dieselbe Strategie war zu Beginn auch in einer der anderen beiden Gruppen im Gespräch, wurde dann jedoch zugunsten individueller Zeitungsbeiträge wieder verworfen.

Die gemeinsame Erarbeitung, entweder durch die Aushandlung und die kollaborative Erarbeitung eines gemeinsamen Zeitungsbeitrags oder durch die gegenseitige Unterstützung bei individuell verfassten Artikeln, zeugt von einem hohen Maß an Kooperationsbereitschaft. Dabei entstanden trotz der teils erheblichen Alters- und Erfahrungsunterschiede keine erkennbaren Hierarchien unter den Bürgerredakteur*innen. Gegenüber den Expert*innen und Moderator*innen der Bürgerredaktionssitzungen konnte hingegen eine Tendenz zur Abgrenzung beobachtet werden. Diese äußerte sich vor allem semantisch durch den Gebrauch des „Wir“ in Bezug auf die Gruppe der Bürgerredakteur*innen und des „Sie“ in Bezug auf die Expert*innen und Projektmitarbeitenden in der Runde. Letztere spiegelten diese Praktik teilweise; in anderen Situationen inkludieren die Expert*innen sich jedoch sprachlich in die Gruppe der Bürgerredaktion. Diese Beobachtung deutet auf einen empfundenen Unterschied in der Zugehörigkeit der „Laien“ untereinander und zwischen den „Laien“ und den „Expert*innen“ hin.⁴ Dieser ist nicht durch vereinzelte vorherige Bekanntschaften zu erklären – einige Bürgerredakteur*innen kannten nämlich auch die Redaktionsleiterin aus einem dritten Kontext. Auch waren die Interaktionen zwischen den Bürgerredakteur*innen nicht intensiver oder länger – im Gegenteil. Zusätzlich zu den Interaktionen während der Redaktionssitzungen hatten alle Bürgerredakteur*innen auch teils ausführliche individuelle Gespräche mit der Redaktionsleiterin und anderen Projektmitarbeitenden. Vielmehr scheint das stärkere Gruppengefühl zwischen den Bürgerredakteur*innen, oder vielmehr die Wahrnehmung der Vertreter*innen von Regionalzeitung und Hochschulkommunikation als Außenstehende bzw. als gesonderte Gruppe, die bereits in der Themen- und Fragensammlung erfasste „Kluft“ zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit widerzuspiegeln.

Die Abgrenzung der „eigenen“ Gruppe gegenüber anderen war allerdings in Ansätzen auch zwischen einzelnen Kleingruppen zu beobachten. So äußerte ein Bürgerredakteur, dass er sich um den Arbeitsfortschritt „seiner“ Gruppe Sorge, weil die anderen Kleingruppen schneller vorankämen. Nichtsdestotrotz richteten mehrere Bürgerredakteur*innen auch Ratschläge und Angebote zur Unterstützung an Mitglieder anderer Kleingruppen; die kleinteilige Zugehörigkeitsdynamik hatte also anscheinend keinen erheblichen Einfluss auf die (Selbst-)Wahrnehmung der Bürgerredakteur*innen als Kollektiv. So wurde im Bürgerredaktionsplenum häufig gegenseitiges Lob für gelungene Zeitungsbeiträge ausgesprochen, und auch persönliche Gespräche entstanden – entgegen der Erwartung, dass die Online-

⁴ Die Begriffe „Laie“ und „Experte“ werden hier uneigentlich verwendet; sie verweisen nicht auf die eingangs beschriebene Wissensasymmetrie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft; vielmehr markieren sie den Unterschied zwischen einer bestehenden professionellen Expertise (Journalismus, Hochschulkommunikation) bzgl. der Erstellung von Zeitungsbeiträgen einerseits sowie andererseits der diesbezüglich bisher nicht vorhandenen Erfahrungen seitens der Bürgerredakteur*innen.

Situation genau dies nicht ermöglichen – am Rande der Redaktionstreffen in größerer Runde. Diese kleinen Beiträge zu einer kollegialen, vertrauensvollen Arbeitsatmosphäre sind für das Gelingen des Beteiligungsprozesses nicht zu unterschätzen. Vertrauen, gegenseitige Unterstützung sowie der Aufbau eines originären Selbstverständnisses als Bürgerredakteur*in bzw. Bürgerredaktion (Wir-Identität) können als Aspekte und Voraussetzungen einer gelingenden Partizipationskultur beschrieben werden. Oliver Parodi et al. (2021: 203) haben dahingehend festgehalten: Eine Wissenschaft

„die in der realen Welt wirkt, benötigt enge Kollaboration mit der Zivilgesellschaft und zwar mit festen Verbündeten, nicht allein mit lediglich vorübergehend, zufällig, anonym und kurzzeitig kontaktierten Interviewpartnern oder *Citizen Scientists*. Kollaboration ihrerseits benötigt Kommunikation, diese wiederum Vertrauen; und zu dessen Aufbau und Erhalt schließlich braucht man Zeit – viel Zeit.“

Im Sinne einer „Überbrückung“ der empfundenen Kluft zwischen wissenschaftlichen Praktiken und Erkenntnissen auf der einen, und lebensweltlichen Bezügen und Nutzen auf der anderen Seite wäre jedoch auch ein deutlicheres Aufbrechen der Grenzen zwischen „Expert*innen“ und „Laien“ im Rahmen einer partizipativen Wissenschaftskommunikation wünschenswert gewesen. Positiv zu bewerten ist hingegen, dass keineswegs nur die Projektmitarbeitenden und Expert*innen sich mit der Arbeit und den Resultaten des Projektes identifizieren, sondern insbesondere auch die Bürgerredakteur*innen. Auch die beobachtete *Identifikation* sowie das Selbstverständnis als Redaktions-*Kollektiv* bilden grundlegende Aspekte einer Partizipationskultur.

4.2 Redaktionsarbeit

Die folgenden Abschnitte diskutieren vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Befähigung zur Partizipation bzw. der einhergehend damit entstandenen Beteiligungskultur unterschiedliche Arbeitsschritte und Phasen der Redaktionsarbeit, ausgehend von der Themenauswahl über die Recherche bis hin zu Erstellung der Medienbeiträge. Wesentlich für den Beteiligungsprozess war hierbei die Aushandlung der Zielsetzung der Zeitungsbeiträge unter den Bürgerredakteur*innen; dabei wurde u.a. der Stellenwert der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse diskutiert. So plädierte zum Beispiel eine Bürgerredakteurin dafür, das Modell der Bedürfnispyramide des amerikanischen Psychologen Abraham Maslow als theoretische Grundlage in einem Zeitungsbeitrag zu nennen. Dieser Vorschlag fand bei den weiteren Bürgerredakteur*innen wenig Anklang. Eine andere Bürgerredakteurin formuliert daraufhin einen Ansatz, der letztendlich in allen Zeitungsbeiträgen der Bürgerredaktion erkennbar war:

„Wir sollen doch die Leute nicht aufklären, was sie für Bedürfnisse haben, sondern eben sagen, was [der Chefredakteur der Regionalzeitung „Donaukurier“] auch immer angesprochen hat: Welche Bedürfnisse die Menschen haben, denen wir begegnen sind. Oder was wir empfinden, welche Bedürfnisse Menschen haben könnten, und das aus unserem Umfeld dann in dieses Projekt einfließen lassen. [...] Also wir nehmen das, was die Menschen, denen wir begegnen sind, uns gesagt haben. Und was sie – was wir erleben mit den Menschen aus unserer Umgebung.“

Somit agierten die Bürgerredakteur*innen insgesamt *nicht* in aufklärerischer bzw. popularisierender Mission im Sinne einer „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ (Weingart 2006), sondern vielmehr als Sprachrohr ihrer persönlichen Lebenswelt; dies lassen die nachfolgend beschriebenen Prozesse erkennbar werden.

4.2.1 Themenauswahl

Wesentlich für die Orientierung der Medienbeiträge an gesellschaftlich relevanten Themen und Fragestellungen, war zudem die Festlegung eines Themenplans für die Bürgerredaktion. Diesem Schritt kommt eine hohe Bedeutung zu, da die Themenauswahl für die Berichterstattung von Tageszeitungen i.d.R. vor dem Hintergrund der Kriterien und Relevanzsysteme des professionellen Journalismus erfolgt (vgl. zum Thema Nachrichtenwerte Appel/Rodder 2020). Durch die Auswahl der Themen wird festgelegt, was öffentlich dargestellt wird, d.h. sie ist konstitutiv für die dadurch mit konstituierte Medienwirklichkeit. Allerdings stellte die Themenauswahl *ex negativo* auch einen Selektionsprozess dar, aufgrund dessen – und da der für die Berichterstattung verfügbare Platz begrenzt ist – andere Themen nicht aufgegriffen werden. Zwar folgt der Journalismus der allgemeinen Richtlinie, stets Themen von öffentlichem Interesse auszuwählen (vgl. Neuberger 2021: 2). Kritisch diskutieren lässt sich allerdings, was dies ist und ob die Selektion ebenso wie die Darstellungsweise nicht implizit limitiert sind, wodurch spezifische Themen unterrepräsentiert oder verzerrt wiedergegeben werden. Da dem Journalismus hierdurch eine Gatekeeper-Funktion zukommt, stellt sich die Frage, ob und aufgrund welcher Kriterien sich die Auswahl von Themen verändert, wenn diese durch Bürger*innen erfolgt. Im Rahmen des Projektes geschah die Aushandlung und Festlegung der Themen – bis zur vierten Sitzung der Bürgerredaktion – in Kleingruppen aus Bürgerredakteur*innen und Vertretern der Hochschulkommunikation sowie der Lokalzeitung. Für die redaktionelle Arbeit ausgewählt wurden die Themen: *Bildungsgerechtigkeit, Dialog der Religionen, nachhaltiges Bauen und nachhaltige Lebensstile, Cybermobbing, lebenswerte Donauregion und altersgerechtes Wohnen*.

In einem ersten Schritt erfolgte die Auswahl mit Bezug auf die zuvor erstellten Themenkarten (siehe Abschnitt 2.2), die eine Art Themenhorizont bildeten, innerhalb dessen sich die Bürgerredakteur*innen bei ihrer eigenen Auswahl orientieren konnten. Mit Bezug auf die dort benannten Themen wurden in einem zweiten Schritt sodann konkrete Themen festgelegt, die anschließend in redaktionellen Beiträgen bearbeitet werden sollten. Die Bürgerredakteur*innen brachten in diesen Prozess allerdings auch eigene Themen ein, die nicht auf den Themenkarten aufgeführt waren. In den Gesprächen und Diskussionsrunden des Auswahlprozesses zeichneten sich zugleich die Kriterien der verschiedenen Akteursgruppen ab: Zu den Auswahlkriterien der Bürgerredakteur*innen gehörte u.a., dass die avisierten Themen einen *Bezug zum eigenen Leben* bzw. *zur eigenen Lebenswelt* haben und dass es eine hohe *persönliche Relevanz* bzw. ein großes *persönliches Interesse* an diesen Themen gibt. Zugleich wurde das Thema wiederkehrend auf eine höhere Ebene skaliert und herausgestellt, dass dieses auch *für andere Personen in der Region* relevant sei bzw. weitere Personen betreffe. Auch die *Aktualität* und *Außergewöhnlichkeit* eines Themas wurden als Anlass benannt, um darüber zu berichten. Besonders charakteristisch für die Auswahl, und in diesem Sinn grundlegend für die Bürgerredaktion, waren darüber hinaus die folgenden drei Begründungen bzw. Kriterien für die Themenauswahl: Wiederkehrend benannt wurde, dass (1) das Thema eine *gesellschaftliche Herausforderung* bzw. ein *Desiderat* darstelle, das man durch die Berichterstattung adressieren möchte. Darüber hinaus entscheidend für die Auswahl von Themen waren (2) der Anspruch und die Motivation, durch die Wahl des Themas eine *gesellschaftliche Veränderung* bewirken bzw. *zur Transformation der eigenen Lebenswelt* beitragen zu können. Für die Auswahl von Teilthemen bzw. die Umsetzung erwies sich (3) weiter als relevant, dass einerseits über die Situation informiert bzw. darüber aufgeklärt, zugleich aber neue Ideen und Lösungsansätze hinsichtlich der Herausforderungen vermittelt werden sollten.

Beispiel „Themenaushandlung Mehrgenerationen-Haus“

In einer Kleingruppe zur dritten Redaktionssitzung diskutieren drei Bürger*innen und die Redaktionsleiterin, wie eine Eingrenzung und Festlegung der Themen, die in Folge bearbeitet werden sollen, erfolgen kann. In einer vorhergehenden Gesprächsrunde kam bereits der Vorschlag auf, das Thema Mehrgenerationen-Wohnen zu bearbeiten. Das daran anschließende Gespräch zeigt, wie die Bürger*innen die Themenauswahl angehen und mit welchem Anspruch sie die Themen bearbeiten wollen. Dabei wurden (1) konkrete Bedürfnisse benannt und die bestehende Situation in Wohnheimen für ältere Menschen kritisch diskutiert, (2) erfolgte eine Verständigung auf einen gemeinsamen Ansatz und (3) wurden Ideen sowie konkrete Beispiele benannt, wie die angesprochenen Herausforderungen gestaltet und gelöst werden können.

Schon zu Beginn des Gesprächs hinterfragte eine Bürgerredakteurin, welchen gemeinsamen Fokus sie in der Gruppe wählen wollen: Sollen sich die Beiträge ausschließlich auf Senioren konzentrieren oder gehe es um ein Mehrgenerationen-Wohnen? Im weiteren Gespräch verständigten sich die Bürger*innen darauf, dass ein generationenübergreifender, inklusiver Ansatz verfolgt werden sollte. Mit Blick auf die bestehende Situation wurde zugleich als problematisch beschrieben, dass ältere Menschen in der Gesellschaft vielfach separiert würden und zunehmend vereinsamen, es fehle das Miteinander, zudem sei die Lage von Seniorenwohnheimen oftmals ungünstig („an einer stark befahrenen Straße“), es fehle an Wohnqualität („Hühnerhaltung von Senioren“, „Legebatterie“) und die entsprechenden Gebäude seien oftmals reine Investitions- und Rendite-Objekte („was einen Bauträger treibt, ist einfach die Rendite“). Die beschriebene Ausgangssituation wird in verschiedenen Aussagen als Desiderat und Problem erfasst; so fragt ein Bürgerredakteur gezielt nach: „Wo ist das eigentliche Problem, über das wir reden?“ Der Anspruch auf Problemlösung wird auch dann erkennbar, wenn eine Redakteurin äußert: „dann könnte man da ein ‚dagegen wettern‘ ableiten. Das will ich eigentlich nicht, sondern es soll ja darum gehen, was sind die Bedürfnisse.“

Einhergehend mit der Problembeschreibung wurden zugleich Ideen formuliert, die zu einer Lösung beitragen sollen: Als grundlegend hierfür galt ein Mehrgenerationen-Konzept. Konkret benannt wurden Tage für Großeltern in Kindergärten, die Zusammenarbeit von Kindergärten und Seniorenwohnheimen, Freiflächen sowie die Möglichkeit zur Gartennutzung an Wohnanlagen. Bezug genommen wurde hierbei auf eigene Erfahrungen sowie Gespräche mit Bekannten, wobei u.a. Ansätze aus der Türkei, Italien (Mailand) und Frankreich benannt wurden, die die individuellen Erfahrungen und Lebenshintergründe der Redakteur*innen erkennbar werden ließen. In der weiteren Diskussion wurden konkrete Beispiele benannt, mit denen sich die Redakteur*innen auseinandersetzen wollten. Im Zuge der Diskussion um Ideen und Perspektiven zur Problemlösung fragte eine Redakteurin auch kritisch nach: „Haben wir damit wirklich ein Problem gelöst?“ Charakteristisch für die Diskussion des Themas war dabei, dass einerseits eine eindeutige Orientierung an konkreten Problemen der Lebenswelt zu erkennen war, andererseits wurde das Ziel deutlich, diese durch die Vermittlung von neuen Ideen oder mit Bezug auf konkrete Positivbeispiele angehen und bearbeiten zu wollen. Die Diskussion trug dabei wesentlich dazu bei, nicht nur die Themenauswahl zu klären, sondern auch Präferenzen, normative Orientierungen und die Bewertung von Sachlagen (vgl. Renn 2013: 403).

Die benannten Kriterien und die Auswahl der Themen spiegeln das ‚transformative Engagement‘ der beteiligten Bürger*innen wider, das sie zur Mitarbeit an der Redaktion, konkret aber auch zur Auswahl spezifischer Themen bewegt hat.⁵ Zur Transformation im kleinen Rahmen ermutigte in einer Sitzung der Bürgerredaktion auch der Chefredakteur der Regionalzeitung: Zwar könne man die Welt im Großen nicht verändern, aber im Kleinen schon. Ob durch die Beteiligung der Bürger*innen jedoch ganz andere Themen eingeführt werden, lässt sich auch kritisch hinterfragen: Festgestellt werden

⁵ Der Begriff des „transformativen Engagements“ geht auf einen Vortrag von Armin Grunwald (ITAS, Karlsruher Institut für Technologie) am 11. Februar 2021 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt zurück. Beschreiben ließe sich die Rolle der Bürger*innen allerdings auch als die eines „transformativen Bürgers“; vgl. dazu die Darstellung von Uwe Schneidewind (2018: 459).

konnte, dass die Bürger*innen bei der Auswahl ihrer Themen auch angaben, thematisch vergleichbare Beiträge in der Regionalzeitung gelesen zu haben oder durch einen Fernsehbeitrag auf ihr Thema aufmerksam geworden zu sein. Diesbezüglich fiel bei der Beobachtung des Auswahlprozesses auf, dass die Bürgerredakteur*innen häufig die am Projekt beteiligte Regionalzeitung als Orientierung heranzogen. So nutzt ein Bürgerredakteur die kürzlich erfolgte Nennung „seines“ Themas im DONAUKURIER als Einstieg in die Themenbesprechung; an den Chefredakteur der Regionalzeitung gewandt scherzt er, dieser sei „daran schuld“, dass er sich jetzt mit dem Thema befasse. Eine weitere Bürgerredakteurin macht an anderer Stelle die Aktualität eines Themas daran fest, dass es „jetzt in den letzten Tagen auch nochmal im Donaukurier“ behandelt wurde. Anhand dieser Situationen wird die Herausforderung erkennbar, dass die Themenauswahl von Seiten der Bürger*innen nicht per se bedeutet, dass hierdurch bestehende Medienlogiken durchbrochen und tatsächlich alternative Themen in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden können (vgl. Christmann/Tadic 2018).⁶

Dem Ensemble von Auswahlkriterien der Bürgerredakteur*innen standen in der Bürgerredaktion die Relevanzsysteme der Hochschulkommunikation und der Regionalzeitung gegenüber: Vertreter beider Institutionen waren in die Themenaushandlung involviert. Tatsächlich zeigte sich jedoch, dass die Kriterien gegenüber denen der Bürgerredakteur*innen weitaus weniger divergierten als zunächst vermutet. So stellte etwa der Chefredakteur der Regionalzeitung heraus, dass er es als seinen Auftrag verstehe, Themen der Menschen in der Region aufzugreifen und in die Öffentlichkeit zu heben:

„Man kann Themen auch über das Internet recherchieren oder finden. Aber für mich und für viele ist das Wichtige: Rausgehen, die Nase in den Wind halten und auch einfach mal zuhören. Beobachten, schauen, was passiert um mich herum. Und dann haben sie eigentlich schon eine ganz gute Basis für Themen. Wenn Sie mit offenen Augen durchs Leben gehen und schauen, wer ist denn da eigentlich betroffen.“

Ergänzend benannt wurde für die Themenauswahl der Regionalzeitung allerdings auch die Bezugnahme auf andere, meist überregionale Medien (,intermediales Agenda-Setting‘, vgl. Maurer 2016: 426): Themen würden z.B. aus der bundesweiten Berichterstattung übernommen und für die regionalen Kontexte aufbereitet. Auch Themen, die sich bereits in Bearbeitung befänden, würden gezielt wieder aufgegriffen, um zu verfolgen, wie sich eine Thematik entwickle. Im Vergleich dazu erfolgt die Themenauswahl an der Universität, wie der beteiligte Pressesprecher erläuterte, vornehmlich aus institutioneller Perspektive: Die Öffentlichkeit habe zunächst einen Anspruch zu erfahren, was mit öffentlichen Geldern in der Universität geschehe. Motivation für die Themenauswahl sei hierbei u.a. die Legitimation von Forschung, aber auch das Sichtbar-Machen von aktuellen Forschungsthemen und Ereignissen. Zugleich werde bei der Themenauswahl auf aktuelle Themen in der Öffentlichkeit Bezug genommen (z.B. Corona-Pandemie).⁷ Voraussetzung für die Themenauswahl sei hierbei u.a.

⁶ Stefan Moebius hat als Response zu einer Projektvorstellung im Rahmen einer Tagung (,Praktiken des Wissens“, 1./2. März 2021, Universität Graz) diesen Punkt angesprochen und kritisch hinterfragt, inwiefern überhaupt neue und andere Themen benannt werden. Gleichzeitig zeigt sich mit Bezug auf konkrete, lokale Themen und Herausforderungen, inwiefern durch die Beteiligung von Bürger*innen neue Diskursräume eröffnet werden können, die – wie Pranz und Sauer (2017: 108) herausgestellt haben – einen Gegenpol zu den zunehmend auch algorithmisch geprägten Öffentlichkeiten im Netz darstellen.

⁷ Die von Seiten der Universität benannten Punkte entsprechen insofern den Kriterien, die in der Literatur benannt werden: z.B. Relevanz für die Leserschaft, Orientierung an gesellschaftlichen Themen oder „organisationale Legitimität“; vgl. Lehmkuhl (2019: 301).

ein Perspektivwechsel, um die Relevanz für die Leserschaft zu prüfen: „Da müssen Sie eigentlich immer von dem zurücktreten, was sie selbst interessant finden, und sich anschauen, was könnte mein Nachbar davon haben.“

Setzt man die in den Redaktionssitzungen artikulierten Begründungen für die Themenauswahl in Bezug zu den so genannten Nachrichtenfaktoren, die i.d.R. der Themenauswahl im Journalismus zugrunde liegen, zeigt sich: Lediglich die Kriterien *Aktualität* und *Außergewöhnlichkeit* entsprechen den klassischen Nachrichtenfaktoren. Auch das Kriterium *Relevanz* ist im Journalismus zentral, allerdings beziehen die Bürger*innen ‚Relevanz‘ vor allem auf das eigene, regionale Umfeld. Auch die in der Bürgerredaktion beteiligten Vertreter von Journalismus und Hochschulkommunikation betonten das Kriterium ‚regionaler Bezug‘; insofern ergab sich hierdurch keine Diskrepanz zwischen den Ansprüchen der Bürgerredakteur*innen sowie den weiteren Beteiligten. Der Bezug zum eigenen Lebensumfeld spitzt sich dort zu, wo die *persönliche Betroffenheit* als Auswahlkriterium herausgestellt wird. Dies ist ein Aspekt, der im Journalismus nicht vorkommt, der jedoch eng verbunden ist mit dem ‚transformativen Engagement‘ der Bürgerredakteur*innen, das eigene Lebensumfeld mit zu gestalten. Aspekte wie die Konflikthaftigkeit eines Themas, die Negativität von Ereignissen oder die Bekanntheit oder Prominenz von Personen spielten dem entgegen keine Rolle. Kurz zusammengefasst: *Es ging den Bürgerredakteur*innen vor allem darum, regionale gesellschaftliche Herausforderungen zu adressieren und dahingehend eine Veränderung anzustoßen, in dem sie über die Situation informierten und neue Ideen und Lösungsansätze in die öffentliche Diskussion einbrachten.*

Dahingehend zeigte sich, dass es einen wesentlichen Unterschied zu den seitens Journalismus und Hochschulkommunikation angeführten Begründungen gibt: Konstitutiv für die Auswahl von Themen war für die Vertreter aus Journalismus und Hochschulkommunikation die Beobachtung und Antizipation der Perspektive der anderen, insbesondere der Leserschaft, sowie die Skalierung eines Themas auf weitere Adressatenkreise. Dabei zielten diese stets darauf, von der eigenen Perspektive abzusehen. Die persönliche Betroffenheit und das Eigeninteresse an einem Thema bildeten seitens der Bürger*innen jedoch gerade den Antrieb dafür, das eigene Lebensumfeld mitgestalten zu wollen. Die Einrichtung einer Bürgerredaktion ermöglicht es hier, von der *Antizipation* zu einer tatsächlichen *Integration* alternativer Perspektiven durch den hier dargestellten Beteiligungsprozess zu gelangen. Dabei weist die von Seiten der Bürgerredakteur*innen entwickelte Perspektive eine spezifische Nähe auf zu Ansätzen des *Konstruktiven Journalismus*. Kerngedanke ist dort: Im Rahmen der Berichterstattung sollen Ideen und Lösungsansätze als Antworten auf gesellschaftliche Probleme präsentiert werden (vgl. Beiler/Krüger 2018: 169). Damit einher geht der Anspruch, die Orientierung und Handlungsfähigkeit der Leser*innen zu erhöhen und gesellschaftliche Transformationsprozesse zu befördern (vgl. ebd.: 183). Als zusätzlicher Nachrichtenfaktor gilt daher das Kriterium „Problemlösung“.

Betrachtet man die Themenkarrieren abschließend noch einmal retrospektiv, d.h. vom Ende des Projektes her, zeigt sich zudem: In den bis zum Projektabschluss verfassten Zeitungsbeiträgen und Webvideos konnten einige Themen, die zu Beginn der Tätigkeit der Bürgerredaktion diskutiert wurden, nicht berücksichtigt werden. Zum Themenkomplex „tradierte Werte“ etwa war bereits in den ersten Redaktionssitzungen eine Recherchestrategie entwickelt worden. Die geplanten Interviews mit Vereinen und Gruppen, die sich der Wahrung von Traditionen verschreiben, wurden jedoch zugunsten anderer Themen nicht weiterverfolgt. Ebenso wurde ein Arbeitsansatz zur „Digitalisierung

verschiedener Lebensbereiche“ und daraus resultierender Herausforderungen fallengelassen. Ein weiteres Thema, dessen Bearbeitung im Laufe des Redaktionsprozesses eingestellt wurde, war die von einer Bürgerredakteurin beobachtete Diskrepanz zwischen einem vielfältigen kulturellen Angebot in Ingolstadt und der Wahrnehmung vieler Bewohner*innen der Region, die in der im Projekt durchgeführten Befragung angegeben hatten, es mangle an ebendiesen Angeboten. Insbesondere im letzten Fall scheiterte die Umsetzung nicht an der empfundenen Relevanz des Themas selbst, sondern an einem Überschuss von Ideen bzw. einem Mangel an Zeit und personellen Ressourcen zur Bearbeitung aller in die engere Auswahl gezogener Themen. Gegenüber den Expert*innen aus Journalismus und Hochschulkommunikation zeigten sich die Bürgerredakteur*innen in vielen Fällen als durchsetzungsfähig. Die letztendlich ausgewählten Themen sind mehrheitlich die, die bereits in den ersten beiden Sitzungen von Seiten der Bürgerredakteur*innen zur Auswahl vorgeschlagen wurden. Zusammenfassend konnte das Projekt damit der im Rahmen des Antrags formulierten Zielvorgabe, die redaktionellen Beiträge durch das partizipative Agenda-Setting sowie die anschließende Themenauswahl an den Vorstellungen der beteiligten Bürger*innen zu orientieren, gerecht werden.

4.2.2 Recherche und Expert*innen-Interviews

Ausgangspunkt für die Umsetzung der redaktionellen Beiträge bildete in einem ersten Schritt die Recherche, die eigenständig von Seiten der Bürger*innen erfolgte. In vielen Fällen hatten die Bürgerredakteur*innen bereits konkrete Vorstellungen davon, wie sie ein Thema angehen und mit wem sie dazu sprechen wollten. In die Recherche bezogen sie z.B. Personen ein, die ihnen mit Bezug auf ihr Thema persönlich bekannt waren (befreundete Unternehmer), sie sprachen mit Bürger*innen aus der Region, die sie vor Ort aufsuchten (Spaziergänger an der Donau) oder sie kontaktierten gezielt Personen, die in einem spezifischen Arbeitsbereich oder Berufsfeld tätig waren (Händler auf dem Wochenmarkt, eine Ladenbesitzerin). Der Chefredakteur der Regionalzeitung regte in einer der Kleingruppen während der Redaktionssitzung auch an, Menschen vor Ort zu kontaktieren, um ein „Potpourri an Stimmen“ einzufangen, das als „Spiegel der Gesellschaft“ dienen könne; komplementär dazu könne ein Experte aus dem passenden Berufsfeld einen „Blick über den Tellerrand“ einbringen. Die damit vollzogene Einordnung der Personen zeigt, dass die Rolle von Expert*innen hier mit einem Überblickswissen verbunden wird, wohingegen die Aussagen der Menschen aus der Region eher als subjektive Perspektiven auf ein Thema wahrgenommen werden. In die Recherche einbezogen wurden allerdings auch andere (Wissens-)Quellen: In einer Kleingruppe wurde während einer Redaktionssitzung diskutiert, wie z.B. ein Thema mit Daten statistisch unterlegt werden könne und wie Verbände oder Pressestellen belastbare Daten zu einem Thema beisteuern können. In einem Gespräch, das begleitend zum Schreibprozess einer Bürgerredakteurin stattfand, wurde auch überlegt, welche Optionen bestehen, um das Thema „Cybermobbing“ statistisch einzuordnen. Die Bürgerredakteurin hatte ihren Beitrag bereits verfasst; um den Leser*innen zusätzlich die Information vermitteln zu können, wie viele Fälle jährlich in der Region verzeichnet werden, kontaktierte sie ergänzend dazu die lokale Polizeidirektion. Eine weitere Bürgerredakteurin kontaktierte – auf den Vorschlag eines Projektmitarbeiters hin – die Integrationsstelle der Stadt, um zu erfahren, wie viele Religionsgemeinschaften im Stadtgebiet existieren und welche Angebote zur interreligiösen Begegnung seitens der Kommune organisiert werden. Als Informationsquellen wurden insofern unterschiedliche Personengruppen, Behörden, aber auch Berichte und Statistiken einbezogen, wobei die Bezugnahme auf die

erfassten Aussagen oder Informationen mit unterschiedlichen Zwecken verknüpft war; zum Beispiel: Einordnen eines Ereignisses, Herstellen eines lokalen Bezugs, Überblick bzgl. eines Themas geben, Perspektivenvielfalt aufzeigen.

Zur redaktionellen Umsetzung der ausgewählten Themen wurde seitens der Projektmitarbeitenden zudem das Angebot formuliert, Kontakte zwischen den Bürgerredakteur*innen und Wissenschaftler*innen der Universität herzustellen. Auch in dieser Phase des Projektes erfolgte die Ansprache nicht unmittelbar von Seiten der Bürgerredakteur*innen, sondern wurde – ähnlich wie schon im Prozess der Fragensammlung auf Marktplätzen – von Mitarbeiter*innen des Projektes angestoßen. Diese unterstützten die Bürgerredakteur*innen in Folge bei der Kontakt-Anbahnung, bei der Vorbereitung und Durchführung der Interviews sowie bei der Aufbereitung der Interview-Ergebnisse. Die Unterstützung war teils fachlicher Natur, etwa bei der Erstellung von Interviewfragen und Gesprächsleitfäden; außerdem halfen sie bei der Umsetzung der Interviews mit der Videokonferenz-Software Zoom.

Beispiel „Vorbereitung von Expert*innen-Interviews“

Die Vorbereitung der Expert*innen-Interviews mit Wissenschaftler*innen der Universität erfolgte in Kleingruppen während der Redaktionssitzungen sowie, ergänzend dazu, in Einzelgesprächen zwischen Projektmitarbeiter*innen und Bürgerredakteur*innen. Beispielhaft wird hier die Vorbereitung eines Interviews dargestellt; beteiligt waren an dem Gespräch drei Bürgerredakteurinnen, ein Projektmitarbeiter, eine studentische Hilfskraft sowie ein Vertreter der Hochschulkommunikation. Auf Basis einer Dokumenten-Vorlage, die ein Projektmitarbeiter zuvor erstellt hatte, sollte je Thema ein Interview-Leitfaden erarbeitet werden. In der hier beschriebenen Situation stand das Thema „Interreligiöser Dialog“ im Vordergrund.

Eingeleitet durch den Projektmitarbeiter benennt der am Gespräch beteiligte Vertreter der Hochschulkommunikation zunächst mehrere Forschende, die als Interviewpartner in Frage kommen. Ausgehend von der Darstellung der Forschungsbereiche der benannten Personen entsteht in der Kleingruppe eine Diskussion, zu der alle Beteiligten Vorschläge für Interview-Fragen einbringen, die der Projektmitarbeiter gesprächsleitend und für alle sichtbar notiert. Die Formulierung erster Fragen erfolgt dabei kollaborativ: Ausgehend von den beschriebenen Forschungsfeldern wird diskutiert, was wichtig über die Religionen zu wissen wäre und ob die Religionen etwa aus „Vogelperspektive“ dargestellt werden sollen. Im Gespräch werden dazu unmittelbar Fragen eingebracht, von anderen Personen aufgegriffen und diskutiert (zum Beispiel: „Inwieweit werden auch die Inhalte anderer Religionen an der Schule vermittelt?“ „Was gibt mir die Religion für einen Lebensinhalt?“). Ergänzend merkt eine Bürgerredakteurin hierbei an, dass sie es als wichtig erachte, dass der Beitrag „eine Gegenüberstellung“ der verschiedenen Religionen umfasse; hierzu brauche es „faktenbasiertes Hintergrundwissen“. Dem entgegen stellt die verantwortliche Bürgerredakteurin im Anschluss heraus, dass das Hauptthema ihres Beitrags das den Religionen Gemeinsame sei („das Verbindende wäre dann aber eigentlich das Hauptthema“). Daraufhin meldet sich die während des Gesprächs anwesende studentische Hilfskraft zu Wort und schlägt einen wissenschaftlichen Mitarbeiter als Interviewpartner vor, den sie aus einem eigenen Seminar kenne und von dem sie angibt, dass dieser zu diesem Thema forsche. Der Vertreter der Hochschulkommunikation bestätigt, dass die benannte Person in einem Projekt tätig ist, das von einem der zuvor benannten Professoren durchgeführt wird. Der Projektmitarbeiter nimmt dies wiederum zum Anlass, um vorzuschlagen, dass man mit der Person nun zeitnah in Kontakt treten könne. Die für das Thema verantwortliche Redakteurin scheint dahingehend jedoch skeptisch; sie weist ergänzend dazu darauf hin, dass sie berücksichtigen möchte, ob es seitens der Stadt Ingolstadt bereits Angebote für einen interreligiösen Dialog gebe. Diese Perspektive wird von einer weiteren Redakteurin gestützt; es folgt der Hinweis des Projektmitarbeiters, dass das Herstellen eines regionalen Bezugs sicher auch seitens des Chefredakteurs der Regionalzeitung positiv aufgenommen werde. Im Laufe des weiteren Gesprächs wird sodann diskutiert, ob weitere Expert*innen einbezogen werden sollen, zum Beispiel der Imam einer Moschee oder der Priester einer lokalen Gemeinde. Anhand der Aussagen der Bürgerredakteurin wird u.a. deutlich, dass ihr der Bezug zu Personen außerhalb der Wissenschaft wichtig ist; zugleich nimmt sie die Situation zum Anlass, ihre eigene

Haltung zu diesem Thema sowie die für sie damit verbundenen Werte („gegenseitige Hilfe“, „gegenseitige Achtung“) darzustellen. In der abschließenden Gesprächsphase schlägt der Vertreter der Hochschulkommunikation sodann verschiedene Strategien zur Umsetzung vor, z.B., das an sich eher „trockene Thema“ des interreligiösen Dialogs „an Personen aufzuhängen“. Die vorgeschlagene Personalisierungsstrategie wird mit Verweis darauf begründet, dass diese „erfahrungsgemäß einen ganz guten Nachrichtenwert“ habe. Im nachfolgenden Gespräch darüber, ob weitere Aspekte im Interview berücksichtigt werden sollen, weist der beteiligte Vertreter der Hochschulkommunikation darauf hin, dass der Platz in der Zeitung begrenzt sei, weshalb man sich auch thematisch begrenzen müsse („wenn sie auf die Pizza zu viele Beilagen draufmachen, wird das ein bisschen schwer verdaulich“). Unterstützt wird er hierbei durch den Projektmitarbeiter, der darauf verweist, dass weitere Teilthemen durch die notierten Fragen bereits abgedeckt seien.

Das Gespräch zeigt, wie die Vorbereitung der Expert*innen-Interviews kollaborativ und in einem Aushandlungsprozess in der Kleingruppe erfolgte; dabei kommen Haltung und Werte der Bürgerredakteurin ebenso wie Strategien zur Umsetzung zur Sprache. Typisch für die Wissenschaftskommunikation im Rahmen des Projektes ist dabei der seitens der Bürgerredakteurin ins Spiel gebrachte Anspruch, eher allgemeine Aussagen (von Seiten der Forschenden) auf konkrete Beispiele bzw. auf die Situation vor Ort zu beziehen, um das Thema hierdurch weiter zu konkretisieren. Gleichzeitig zeigt sich im Gespräch eine Spannung zwischen einer wissens- und sachorientierten Darstellung sowie der Integration einer engagierten Perspektive auf das Thema und der damit verbundenen Werteorientierung.

Das Angebot der Vermittlung wissenschaftlicher Interviewpartner*innen nahmen die Bürgerredakteur*innen in unterschiedlicher Weise wahr. Insgesamt führten sechs der neun Bürgerredakteur*innen Interviews mit wissenschaftlichen Gesprächspartner*innen. Dem Anspruch der Wissenschaftskommunikation können dementsprechend nicht alle Zeitungsbeiträge der Bürgerredaktion gerecht werden.⁸ Das zuvor skizzierte Beispiel zeigt hier nicht nur, wie die Expert*innen-Interviews vorbereitet wurden, sondern auch, wie schon während der Erarbeitung von Interviewfragen die verschiedenen Perspektiven der Bürgerredakteure, Themen der Wissenschaft sowie konkrete Beispiele aus der Region berücksichtigt und einbezogen wurden. In anderen Gruppen zeigte sich ein ähnliches Vorgehen: Eine Bürgerredakteurin erläutert im Vorfeld eines Interviews etwa, dass sie sich von dem Gespräch mit dem Green Office – dem Nachhaltigkeitsbüro der Universität – erhoffe, „allgemeine Informationen zu bekommen [...] warum es nochmal genau wichtig ist, nachhaltig zu handeln“. Die Aussage spiegelt, dass der Wissenschaft die Funktion zugeschrieben wird, Informationen auf einer höheren Abstraktionsebene einzubringen, aber auch eine Begründung („warum“) für nachhaltiges Handeln zu geben. Dabei zeigt sich: Abstrakte Konzepte wie „Nachhaltigkeit“ sind für die Bürgerredakteur*innen zwar von Interesse, sollen aber durch den Bezug zur eigenen Lebenswelt bzw. auf konkrete Beispiele greifbar gemacht werden. In der somit konstituierten Unterscheidung – Wissenschaft gilt als allgemein, als konkret gelten hingegen lebensweltliche Beispiele – wird eine Strategie zur Vermittlung von Wissenschaft sichtbar, die in der Bürgerredaktion wiederholt praktiziert wurde: das Benennen und Vorstellen von Beispielen guter Praxis. Den Beispielen kommt zum einen die Funktion zu, allgemeine Informationen und Aussagen, wie sie nach Meinung der Bürgerredakteur*innen die Wissenschaft bietet, zu konkretisieren. Zum anderen handelt es sich um Beispiele, die als gelungene Ansätze zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen eingebracht werden. Dies zeigt auch das

⁸ Zu den Interviews war zu beobachten, dass sich alle wissenschaftlichen Interviewpartner*innen auf das direkte Gespräch mit Bürger*innen einließen und sich bemühten, auf konkrete Fragen einzugehen. Bemerkenswert hinsichtlich der Ansprache der Forschenden war dabei, dass Professor*innen, obwohl sie direkt adressiert wurden, teilweise nicht selbst die Interviews führten, sondern die Redakteur*innen an wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ihres Lehrstuhls vermittelten, die in thematisch passenden Projekten tätig waren.

Vorgehen eines Bürgerredakteurs: Auch er begreift die Aussagen der von ihm interviewten Wissenschaftlerin als allgemein; im Beitrag werden diese sodann durch konkrete Projekte ergänzt. Die Ausführungen interviewter Wissenschaftler*innen werden so als „Hintergrund“ oder „Rahmen“ für einen Artikel verstanden, dessen eigentlicher Gegenstand hingegen ein konkretes Beispiel mit regionalem Bezug ist. Diese Vermittlungsstrategie hält sich bis in die Umsetzung der Beiträge durch, auch wenn eine vollständige Integration der wissenschaftlichen Perspektiven letztlich nicht erfolgt. Stattdessen werden diese teils in Form eines eigenständigen Beitrags (Info-Box, Kurzinterview) gesondert präsentiert, während im Hauptbeitrag primär konkrete Beispiele vorgestellt werden.⁹

Setzt man die so entstandenen Beiträge in Relation zu anderen Beiträgen der Regionalzeitung, die Wissenschaft thematisieren, zeigt sich unmittelbar der dadurch geschaffene Mehrwert. Wissenschaft wird in der Regionalzeitung in der Regel auf zwei Weisen sichtbar: (1) In der Wochenendausgabe präsentiert die Zeitung wöchentlich eine Wissensseite. Gegenstand dieser Themenseite sind Berichte und Meldungen aus der Wissenschaft sowie Kurzrezensionen von Sachbüchern. Die Artikel weisen nie einen regionalen Bezug auf, stammen überwiegend aus den Wissensbereichen *Naturwissenschaft, Umwelt oder Gesundheit* und adressieren zumeist Themen, die von hoher Relevanz und/oder Aktualität sind (z.B. Klimawandel, Himmelsereignisse) oder die für Leser*innen mit einer Serviceleistung verbunden werden (z.B. Heuschnupfen, Asthma).¹⁰ (2) Informationen über die Hochschulen der Region werden ausschließlich in den Lokalteilen der Zeitung präsentiert. Dabei handelt es sich zumeist um Veranstaltungshinweise (wissenschaftliche Tagungen, Vorträge), um Nachberichte zu Veranstaltungen, um Meldungen zu Projekten, zu Auszeichnungen oder um Personalien. Regelmäßig äußern sich Forschende zudem zu aktuellen, überregionalen Ereignissen bzw. werden dazu interviewt (z.B. Präsidentschaftswahlen in den USA). Ausgangspunkt für die Darstellungen sind zumeist Pressemeldungen der regionalen Hochschulen. Der Bezug zur Region besteht darin, dass sich die Hochschulen im Einzugsgebiet der Regionalzeitung befinden; das Kriterium für die Berichterstattung ist also ‚räumliche Nähe‘. Die Beiträge der Bürgerredaktion unterscheiden sich davon nun dadurch, dass sie einen inhaltlichen Bezug zur Region herstellen und Wissenschaft direkt in die Gestaltung regionaler gesellschaftlicher Herausforderungen einbeziehen. Zwar wird die Spannung zwischen einer „allgemeinen“ Wissenschaft und konkreten Fragestellungen in den Beiträgen nicht final aufgelöst, eine direkte Bezugnahme erfolgt dennoch. Berücksichtigt man daher die bisherigen Kontexte, in denen Wissenschaft in der Regionalzeitung aufgegriffen wurde, zeigt sich, dass Wissenschaft durch die Bürgerredaktion in einen alternativen Kontext („Lösung regionaler Herausforderungen“) integriert wird.

Insgesamt kann der Prozess der Recherche somit ebenfalls als Praxis der Wissensintegration beschrieben werden. So brachte die Auswahl eines Themas i.d.R. bereits mit sich, dass – wie zuvor beschrieben – lebensweltliches Wissen von Bürger*innen in die Beschreibung konkreter Herausforderungen eingegangen ist. Die im Anschluss daran ausgewählten Themen bildeten sodann einen Gegenstand,

⁹ Die Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis, die hier erneut deutlich wird, tritt auch dann hervor, wenn ein Bürgerredakteur in einer anderen Situation seine Motivation bzgl. der Mitarbeit in der Bürgerredaktion erläutert: „Mir macht das Spaß [...] die Kommunikation zwischen den Wissenschaftskasten und den normalen Menschen und anderen Kasten aufzubrechen“, wobei er mit einer Geste signalisiert, dass die Wissenschaftskaste weit oben verortet ist, die normalen Menschen hingegen, wie eine zweite Geste zeigt, räumlich weit darunter.

¹⁰ Tatsächlich wird Wissenschaftsjournalismus vielfach mit einer Berichterstattung über diese Bereiche gleichgesetzt; vgl. dazu Merkel (2013: 247f).

der aus verschiedenen Perspektiven mit Informationen angereichert werden konnte; die Integration einer wissenschaftlichen Perspektive stellt dabei ein wesentliches Moment dar. Zu beobachten bleibt allerdings, ob die von Seiten der Bürger*innen identifizierten regionalen Herausforderungen umgekehrt auch mittel- und langfristig in die wissenschaftliche Arbeit Eingang finden. In einem Interview wurden diesbezüglich bereits Möglichkeiten diskutiert, regionale Schwerpunktthemen aus der Bürgerredaktion in den Themenpool für Bachelor- oder Masterarbeiten aufzunehmen. An anderer Stelle konnte ein weiterführender Kontakt zwischen einer Wissenschaftlerin und einem regionalen Akteur hergestellt werden; beide waren zuvor Interviewpartner desselben Bürgerredakteurs gewesen.

4.2.3 Kollaborative Schreibprozesse

Auf die Themenauswahl, die Rechercheprozesse und die Interviews folgte mit der kollaborativen Ausarbeitung der Zeitungsartikel die zentrale Arbeitsphase der Bürgerredakteur*innen. Wie schon in der vorbereitenden Phase hatten die an den Redaktionssitzungen beteiligten Personen aus Journalismus und Hochschulkommunikation die Aufgabe, mit ihrem Praxiswissen aktiv zur Prozessgestaltung sowie zur Befähigung der Bürgerredakteur*innen beizutragen (*emanzipatorische Zielsetzung* bzw. Befähigung der Redakteur*innen). So brachten sie u.a. Strategien zur praktischen Umsetzung der redaktionellen Beiträge für den DONAUKURIER in die Redaktionssitzungen ein; als textuelle Strategien benannt wurden hierbei z.B.: eine Darstellung konkretisieren, Bezüge zur Praxis herstellen, Personalisieren oder komplexe Sachverhalte erklären. Gleichzeitig führte die leitende Redakteurin wiederkehrend Konzepte und Anregungen bzgl. der Möglichkeiten der (journalistischen) Darstellung ein. Festgelegt wurde allerdings auch, dass die Vermittlung professionellen Wissens nicht einfühend in der ersten Redaktionssitzung, sondern sukzessive in den nachfolgenden Sitzungen erfolgen sollte. Hintergrund war, dass die Bürger*innen zunächst ihre eigenen Präferenzen und Vorstellungen einbringen können sollten, ohne zu sehr durch die Perspektiven anderer Beteiligter beeinflusst zu werden (vgl. Abschnitt 4.1.1). Die Vermittlung von Strategien zur Umsetzung erfolgte in den nachfolgenden Redaktionssitzungen sodann auf drei Weisen: (1) im Rahmen der Einführung bzw. Moderation durch die leitende Redakteurin, (2) durch Impulsbeiträge der beteiligten Experten aus Journalismus und Hochschulkommunikation sowie (3) direkt in der Diskussion der vorgeschlagenen Themen bzw. im Austausch über die konkreten Beiträge.

Anhand der exemplarischen Analyse der Schreibprozesse verschiedener Bürgerredakteur*innen wird im Folgenden die formale und inhaltliche Ausarbeitung der Zeitungsbeiträge im Rahmen der Bürgerredaktion skizziert. Bezüglich des finalen Formats der Zeitungsbeiträge gab es zu Beginn des Redaktionsprozesses keine konkreten Vorgaben oder Richtlinien für die Bürgerredakteur*innen (lediglich die Gesamtzeichenzahl eines Artikels war zunächst auf ca. 5.000 Zeichen begrenzt). In zwei der drei Kleingruppen etablierte sich schon in der zweiten Sitzung die Vorgehensweise, jeweils einen Zeitungsbeitrag pro Bürgerredakteur*in zu produzieren. Die Redakteur*innen übernahmen ausgehend davon unmittelbar die Verantwortung für die Umsetzung ihrer Beiträge und betrachteten diese auch während des weiteren Prozesses als ihre Beiträge (vgl. die nachfolgende Darstellung).

Beispiel „Verantwortungsübernahme“

Die folgende Darstellung bezieht sich exemplarisch auf ein Gespräch zwischen einem Bürgerredakteur, einem Journalistik-Experten und einem Projektmitarbeiter während der dritten von insgesamt sechs Sitzungen der Bürgerredaktion. In der Situation sind außerdem zwei weitere Bürgerredakteurinnen anwesend. Die Sequenz beginnt mit einem ausführlichen Redebeitrag des Bürgerredakteurs, in dem er seine Herangehensweise an sein Thema vorstellt und Gründe für die Themenwahl benennt. Bereits vor der Redaktionsitzung hat er einiges an eigenständiger Redaktionsarbeit geleistet: Zum einen hat er das Thema recherchiert und ein Beispiel aus der Region identifiziert, zum anderen hat er zwei Interviewpartner ausfindig gemacht und bereits ein Interview geführt. Der weitere Verlauf des Gesprächs gibt Aufschluss darüber, wer in der Bürgerredaktion welche Rolle annimmt.

Für die Erarbeitung des Themas Nachhaltigkeit – einem von drei Themen, mit denen sich die Kleingruppe befasst – sieht der Bürgerredakteur sich in der Hauptverantwortung. Darauf deutet in erster Instanz sein überwiegender Redeanteil hin. Zudem reagiert er kontinuierlich mit zustimmenden Interjektionen („mhm“) auf Anregungen und Kommentare anderer Personen. Nicht zuletzt bringt er auch verbal zum Ausdruck, dass er sich in der Verantwortung für das Thema sieht („kann ich gut mit umgehen“). Auf die Frage einer Bürgerredakteurin, ob sie und die weitere Bürgerredakteurin noch Vorschläge in die Redaktionsarbeit einbringen könnten, antwortet er: „Einfach mich anschreiben und wenn ich das mit reinbringen kann dann, dann reden ma drüber“.

Die übrigen Gesprächsteilnehmer*innen bestärken ihn in seiner federführenden Rolle; der Projektmitarbeiter lobt ihn für „das Aufmachen des Themas [...] und das [...] Strukturieren“ und formuliert Vorschläge („also als Idee und Anregung Herr [...] wenn Sie Lust hätten“). Dabei lässt er stets die Möglichkeit, diese anzunehmen oder abzulehnen. Auch der Chefredakteur der Regionalzeitung lobt die Herangehensweise des Bürgerredakteurs, wobei er zwar gelegentlich in der ersten Person spricht („dann ham wa ja eigentlich ein sehr konkret dieses Beispiel“; „ich könnt mir das gut vorstellen das man [...]“), sonst aber keinerlei Einwände gegen die Vorschläge und die Rolle des Bürgerredakteurs äußert.

Die Relevanz des Themas „Nachhaltigkeit“ ist für den Bürgerredakteur dabei zugleich durch den Bezug zur eigenen Lebenswelt gegeben. Für ihn ist Nachhaltigkeit anscheinend eine Herzensangelegenheit; er formuliert nachhaltiges Arbeiten und Denken als Aufgabe auch für sich selbst („wenn *wir* erfolgreich sein woll'n mit nachhaltigen Arbeiten und Denken“; „ich fühl' mich betroffen, ich hab' Kinder, ich hab' Enkel, ich möchte auch was tun.“). Aus seinem Fokus auf den Bezug zur eigenen Lebenswelt bzw. auf das Greifbar-Machen des Themas für „uns als normale [...] Menschen“, folgt die Intention des Zeitungsartikels: Er soll ein Gefühl von Betroffenheit bei den Leser*innen auslösen. Ferner soll der Zeitungsartikel ein konkretes Beispiel aus der Region beinhalten, anhand dessen das komplexe Thema „Nachhaltigkeit“ veranschaulicht wird. Auch für diese Zielsetzung erhält er Zustimmung von Seiten des Journalisten.

Die vorhergehende Sequenz lässt nicht nur die Motivation des Bürgerredakteurs erkennbar werden, sondern auch, wie diese mit der Verantwortungsübernahme für den Beitrag bzw. für die zu bearbeitende Fragestellung („Problem Ownership“) verknüpft ist (vgl. Brinkmann et al. 2015: 13). Der durch die Bürgerredaktion geschaffene Kontext ebenso wie die Befähigung zur redaktionellen Arbeit tragen dazu bei, dass sich der Bürgerredakteur als persönlich Betroffener ebenso wie als Mitglied der Bürgerredaktion in der Verantwortung sieht, die Bearbeitung des Themas anzugehen bzw. an der Lösung der Fragestellung mitzuarbeiten. In der Interaktion zeigt sich dabei u.a., inwiefern der Bürgerredakteur spezifische Begründungen für die Themenauswahl gibt; dazu gehören neben Hinweisen auf die persönliche Betroffenheit u.a. der fehlende Bezug zur Alltagswelt bzw. die fehlende Handlungsorientierung in Strategiepapieren zur Nachhaltigkeit, die Unverbundenheit verschiedener Perspektiven zum Thema, aber auch die Neuigkeit der Perspektive. Die Kriterien gleichen in diesem Fall stark den Kriterien, die auch der Chefredakteur der Regionalzeitung benennt: Praxisbezug und Nutzen stiften,

aber auch Wissen vermitteln. Tatsächlich benennt er jedoch stärker konkrete journalistische Strategien für die Umsetzung wie Personalisieren oder Konkretisieren. Vor diesem Hintergrund zeigt die nachfolgende Umsetzung des Themas zugleich, wie Partizipation bzw. ein hohes Maß an Handlungsautonomie und Entscheidungsfreiheit, wie sie im Rahmen des hier realisierten Beteiligungsprozesses ermöglicht wurden, die kontinuierliche Mitarbeit an der Gestaltung der mit einer „nachhaltigen Entwicklung“ verbundenen Herausforderungen befördern. Eine solche Verantwortungsübernahme für den eigenen Beitrag zeigt sich bei allen Bürgerredakteur*innen, da diese nicht nur ihre Recherchen und Interviews, sondern auch den Schreibprozess weitestgehend selbständig gestalteten. Im Unterschied zur hier vorgestellten individuellen Verantwortungsübernahme einigten sich allerdings die Mitglieder der dritte Kleingruppe nach längerer Diskussion darauf, gemeinsam eine gesamte Zeitungsseite zu gestalten. Der Aushandlungsprozess über das Format dieser „Themenseite“ wird im Folgenden beschrieben.

Beispiel „Eine Themenseite gestalten“

Die Bürgerredakteur*innen in der Kleingruppe verbindet ein gemeinsamer Themenschwerpunkt: Wohnen und Leben in verschiedenen Lebenssituationen. In den ersten Redaktionssitzungen stellten die Bürgerredakteur*innen sich gegenseitig vor, welche Aspekte dieses Themenkomplexes sie behandeln möchten. Dabei kristallisierten sich die Einzelthemen „Wohnen im Alter“ bzw. „Senioren-WGs“ und „Bedürfnisse älterer Menschen“ heraus. Im Anschluss suchten die drei Bürgerredakteur*innen nach Schnittstellen und Querverbindungen zwischen ihren Themen. Parallel zur Aushandlung der genauen Themenausrichtung begann in der vierten Redaktionssitzung die Aushandlung des Formats der Themenseite.

Die Bürgerredakteur*innen der Kleingruppe waren in Anbetracht der allgemeinen Einigkeit über den Themenbereich offensichtlich davon ausgegangen, dass sie gemeinsam *einen* Zeitungsbeitrag erarbeiten sollen. Die Projektmitarbeiterin kommunizierte daraufhin, dass über die generelle Machbarkeit einer solchen Themenseite zunächst mit der Redaktion der Regionalzeitung verhandelt werden müsse – zuvor waren sowohl das Projektteam als auch die Zeitung von einzelnen, etwa halbseitigen Artikeln ausgegangen. Eine der Bürgerredakteur*innen merkte an, dass die abweichende Arbeitsweise der Kleingruppe im Sinne des Pilotprojektes doch etwas Gutes sei. Dieser Einschätzung stimmt die Projektmitarbeiterin zu und merkte an, dass eine Verhandlung über die Darstellungsform der Beiträge durchaus erwünscht sei und dass das „Zeitungsformat gesprengt“ werden dürfe.

Zu einer späteren Redaktionssitzung lag dann die Zustimmung der Redaktion der Regionalzeitung zur Themenseite vor. Zudem hatte die Projektmitarbeiterin einen Layout-Entwurf vorbereitet, der jedoch entgegen der Aussage über das „Sprengen“ des Zeitungsrahmens klar an journalistische Gestaltungskonventionen angelehnt war. Die Redakteur*innen nahmen den Gestaltungsvorschlag positiv auf; eine von ihnen äußerte ganz explizit, dass sie darin ein Entgegenkommen der Regionalzeitung sehe. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass die Bürgerredakteur*innen nie selbst mit ihrem Anliegen an die Regionalzeitung herantraten, obwohl ein hochrangiger Vertreter der Regionalzeitung regelmäßig an den Bürgerredaktionssitzungen teilnahm. Stattdessen nahm eine Projektmitarbeiterin eine vermittelnde Rolle im Aushandlungsprozess des Formats der Themenseite ein. Die genaue Aufteilung und Gewichtung der einzelnen Themen auf der Zeitungsseite war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt. Hier zeichnete sich zunehmend das Spannungsfeld zwischen der subjektiv empfundenen Relevanz der jeweiligen Themen – und den damit verbundenen Ansprüchen auf entsprechende Textlängen – und der praktischen Umsetzbarkeit der Themenseite im vorgegebenen Rahmen ab.

Die von der Regionalzeitung vorgegebene maximale Dimension der Themenseite wurde nicht weiter infrage gestellt, sodass sich die Verhandlung über die Länge der einzelnen Texte ausschließlich zwischen den drei Bürgerredakteur*innen der Kleingruppe abspielte. Eine etwaige Doppelseite in der Zeitung kam zwar an-

fangs kurz ins Gespräch, die Idee wurde jedoch nicht weiterverfolgt. Schließlich legte auch die Regionalzeitung selbst ein Layout-Konzept vor, welches weitgehend an die Skizze der Projektmitarbeiterin angelehnt ist. An diesem Konzept wurde auf Anregung der Projektmitarbeiterin und Wunsch der Bürgerredakteur*innen noch ein Platzhalter für ein Bild getilgt und dadurch mehr Platz für Text geschaffen.

Hinsichtlich der oben beschriebenen Erarbeitung des Formats der Zeitungsbeiträge zeigt sich die Regionalzeitung offen gegenüber den Ideen der Bürgerredakteur*innen. Tatsächlich schien die Idee der Themenseite beim Projektteam auf mehr Widerstand zu stoßen als bei der Zeitung, was wohl auf ein anfängliches Missverständnis zwischen den Projektmitarbeitenden und den Bürgerredakteur*innen zurückzuführen ist. Über die Beziehung zwischen Regionalzeitung und Bürgerredaktion wird dabei zweierlei deutlich: Zum einen scheint die Offenheit gegenüber den Vorschlägen der Bürgerredakteur*innen letztere in ihrem Vorhaben zu bestärken, zum anderen bestätigt sich die Entscheidungsmacht der Regionalzeitung; die Bürgerredakteur*innen sind also auf ihr Entgegenkommen angewiesen. Dies zeigt sich auch bei der späteren Veröffentlichung der Beiträge in der Zeitung: Als ungeklärt erweist sich hier, wie die Prozesse von Bürgerredaktion und Regionalzeitung im Detail ineinandergreifen. So beklagt eine Bürgerredakteurin nach Veröffentlichung ihres Beitrages, dass die Überschrift seitens der Zeitungsredaktion – ohne Rücksprache – verändert worden sei. Tatsächlich ist dies ein Vorgehen, dass die Lokalredaktion auch bei Beiträgen eigener Redakteure praktiziert; die Bürgerredakteurin nimmt dies hingegen als einen nicht illegitimen Eingriff in ihre Gestaltungsfreiheit wahr.

Anhand der exemplarischen Analyse der Schreibprozesse wird sodann deutlich, wie die weitere formale und inhaltliche Erarbeitung und Aushandlung der Zeitungsbeiträge in der Bürgerredaktion erfolgte. Während manche Redakteure ihre Beiträge weitestgehend eigenständig und in erstaunlich kurzer Zeit entwarfen, kam für andere erschwerend der Zeitdruck hinzu, der durch die zuvor festgelegten Abgabetermine für die Texte entstand (alle Beiträge entstanden insgesamt über den Zeitraum von mehreren Wochen). Die individuelle Begleitung und Beratung durch die redaktionsleitende Projektmitarbeiterin wurde in dieser Phase von mehreren Bürgerredakteur*innen als hilfreich wahrgenommen. Mehrere Bürgerredakteur*innen signalisierten in diesem Prozess jedoch, dass sie das Eingrenzen der Themen sowie das damit einhergehende Kürzen der Textentwürfe als Herausforderung empfanden. Im Anschluss an die Recherche sowie die Interviews mit unterschiedlichen Akteuren (u.a. mit den Forschenden) galt es dazu zunächst, relevante Aussagen bezüglich des eigenen Themas zu identifizieren, die in den Beitrag aufgenommen werden sollten. Eine Herausforderung stellte dabei nicht nur die Selektion von Aussagen dar, als schwierig gestaltete sich zugleich die Integration der verschiedenen, aus den Interviews gewonnenen Perspektiven in einen Gesamttext: Auf Basis einzelner Interviews entstanden so vielfach zunächst eigenständige Textteile; ergänzt werden mussten diese in Folge z.B. um Einleitung und Schlussteil. Neben der Strukturierung des Gesamtbeitrages über die verschiedenen Textteile hinweg galt es dabei auch, Überleitungen zwischen den Teilthemen zu gestalten, um die thematische Kohärenz des Beitrags insgesamt zu gewährleisten.

Beispiel „Schreibprozess Nachhaltigkeit“

Zwischen dem Bürgerredakteur und der für die Leitung der Bürgerredaktion zuständigen Projektmitarbeiterin entfaltet sich in einer Zoom-Besprechung und via E-Mail ein Aushandlungsprozess, im Rahmen dessen die Projektmitarbeiterin in erster Linie als Journalistin agiert. Der ausgewählte Artikel thematisiert primär zwei Initiativen für Nachhaltigkeit in der Heimatregion des Bürgerredakteurs unter dem Titel „Lust auf Zukunft“. Dieses Thema hat der Bürgerredakteur in Anlehnung an die Themenkarten (s.o.) gewählt; die konkreten Beispiele hat er selbstständig identifiziert, wobei u.a. auch Beiträge in der Regionalzeitung als Anregung dienten. Ausgehend davon folgten insgesamt drei Interviews – mit einer Wissenschaftlerin der Universität sowie mit zwei nicht-wissenschaftlichen Interviewpartnern aus dem Unternehmensbereich. In einem ersten Aufschlag erarbeitet der Bürgerredakteur sodann die Struktur des Artikels und verfasst mehrere Textbausteine in separaten Dokumenten. Ein anschließendes Zoom-Gespräch zwischen der Projektmitarbeiterin und dem Bürgerredakteur ergibt einen ersten zusammenhängenden Text, der inhaltlich größtenteils auf den zuvor formulierten Bausteinen des Bürgerredakteurs basiert. Die Struktur des Artikels wird in Folge weiter überarbeitet, wobei die seitens des Bürgerredakteurs verfassten Textbausteine zu einem kohärenten Artikel mit nebengestellter Info-Box verbunden werden. Am Schreibstil des Artikels wurde in diesem Schritt eine auffällige Änderung vorgenommen: Obwohl die vom Bürgerredakteur verwendete Ich-Perspektive nicht der journalistischen Norm entspricht, wird im Gespräch mit der Projektmitarbeiterin sogar noch ein weiterer Satz in der ersten Person in den Artikel aufgenommen. Dieser ersetzt eine Passage mit einer direkten Ansprache der Leser*innen („Ihnen [die Projekte] hier vorzustellen“). Außerdem werden zwei Sätze in Wir-Perspektive getilgt. Diese Abstufung ist ein Indiz dafür, dass die Bürgerredakteur*innen einen gewissen Spielraum innerhalb journalistischer Normen haben, der jedoch beispielsweise beim Gebrauch eines generischen „Wir“, beziehungsweise „Sie“ seine Grenzen erreicht.

Aufbauend auf dem mit der Projektmitarbeiterin erarbeiteten Text verfasst der Bürgerredakteur im nächsten Schritt eine neue, eigene Version. In der Einleitung hebt er persönliche Bezüge zum Thema hervor und kürzt einige andere Aspekte. Weitere inhaltliche Veränderungen erfolgen – auf Wunsch der Interviewpartner – in den Interviewpassagen des Artikels. Eine kleine, aber wesentliche inhaltliche Veränderung findet sich im letzten Absatz: Zuerst stand dort, dass nachhaltiges Denken und Handeln „zu größerer Stabilität und wirtschaftlicher Rendite führen“; in der zweiten Version ist an dieser Stelle von „Stabilität und qualitativem Wachstum“ die Rede. Auch taucht eine Formulierung aus dem ersten Textvorschlag des Bürgerredakteurs wieder auf, der in Zusammenarbeit mit der Projektmitarbeiterin geändert worden war. An der Form des Artikels änderte der Bürgerredakteur den Zitierstil: Alle Anführungszeichen wurden entfernt und in Fettschrift hervorgehoben. Auch die von der Projektmitarbeiterin eingeführte indirekte Rede wurde in derselben Form wieder in direkte Zitate umgeschrieben. Zudem wurden alle Absätze entfernt. Eine mögliche Erklärung für diese Änderungen ist die intendierte Kürzung des Textes. Trotz einer Reduzierung um rund 20 Prozent war der Text an dieser Stelle noch immer länger als die Vorgabe. Im Anschluss an die Schreibe arbeitete der Bürgerredakteur die Projektmitarbeiterin wiederum einige Änderungen an diesem neuen Text vor. Neben vereinzelt lexikalischen Änderungen wurden zwei Zitate aus den nichtwissenschaftlichen Interviews gekürzt. Die zuvor vom Bürgerredakteur vorgenommenen Änderungen am Zitierstil wurden wieder rückgängig gemacht. Diese ‚finale‘ Version der Projektmitarbeiterin wurde vom Bürgerredakteur nochmals überarbeitet: Die Namen der drei Interviewpartner*innen wurden im Fließtext ergänzt und die zuvor modifizierte Passage über die Wirkung nachhaltigen Denkens (s.o.) wurde inhaltlich nochmals verändert. Schließlich fügte der Bürgerredakteur – in Absprache mit dem Projektteam – dem Artikel eine kurze Passage zur Vorstellung seiner eigenen Person hinzu.

Parallel zur Erstellung des Hauptbeitrags durch den Bürgerredakteur wurde das Interview mit einer Wissenschaftlerin der Universität in einen eigenständigen Beitrag (Info-Box) überführt; das so verschriftlichte Interview wird der Wissenschaftlerin anschließend zur Abstimmung vorgelegt. Die wissenschaftliche Interviewpartnerin korrigierte hierbei einige inhaltliche Ungenauigkeiten und nahm durch die Umformulierung diverser Passagen in gender-neutrale Sprache („Studierende“) auch stilistische Modifikationen vor. Inhaltliche Korrekturen erfolgen hierbei durch Präzisierungen der Referenzgegenstände („Campusmanagement“, „Professur“) oder bzgl. des Geltungsbereichs von Aussagen („Studierende des Lehramtes ...“). Die Änderun-

gen betreffen insofern die sozialen Darstellungskonventionen ebenso wie die sachliche Korrektheit der Darstellung. Bemerkenswert ist an beiden Beiträgen, Haupttext und Info-Box, dass – entgegen journalistischer Konventionen – der Bürgerredakteur selbst als Schreibender („ich denke“. „wie ich einen Beitrag leisten kann“) hervortritt. Auch wird die Interviewsituation als solche thematisiert („Im Gespräch stellen wir gemeinsam fest“). Hierdurch werden die Beitragsentstehung ebenso wie die Autorschaft, die in regulären journalistischen Darstellungsformen nicht thematisiert werden, eigens markiert. In den Beiträgen des Redakteurs bleiben somit auch abschließend die individuelle Perspektive, das Eigeninteresse an der dargestellten Thematik sowie eine prozessual-performative Qualität des Beitrags präsent.

Der zuvor beschriebene Entstehungs- und Aushandlungsprozess eines Beitrags zwischen dem Bürgerredakteur und der Projektmitarbeiterin geht von einem Verständnis des Schreibens als „Heteropraxis“ (Waldenfels 2000: 72) aus: Schreiben mit journalistischem Anspruch ist nicht gleich Schreiben für die Bürgerredakteur*innen. Das oben erläuterte Beispiel zeigt, wie dabei unterschiedliche Mikropraktiken aufeinandertreffen. Im Schreibprozess zeigt sich, dass einige als selbstverständlich angenommene Konventionen (z.B. Anführungszeichen bei Zitaten) den Bürgerredakteur*innen nicht bekannt sind. Auch die Analyse des Schreibprozesses einer anderen Bürgerredakteurin legt offen, dass ihr Textentwurf im Austausch mit der Redaktionsleiterin stilistisch und gestalterisch eindeutig an ein für Zeitungsartikel übliches Format angeglichen wird. Konkret betrifft dies z.B. Anführungszeichen für wörtliche Zitate, die Umwandlung von Interview-Aussagen in indirekte Rede, aber auch das Herstellen von Verständlichkeit für Dritte oder die Prüfung der Relevanz von Aussagen und Textpassagen mit Bezug auf das Thema des eigenen Beitrags (Herstellen inhaltlicher Kohärenz). Dabei zeichnet sich ab, dass die Aushandlung der Schreibpraktiken der verschiedenen Akteure nicht auf Augenhöhe stattfindet: Das „Expertenwissen“ wird den „Laien“ im Rahmen der Bürgerredaktion vermittelt; davon abweichende Praktiken werden in Folge teilweise vom Projektteam „korrigiert“ – also an journalistische Normen angepasst. Vertreten wurden die Bedürfnisse und Interessen von Hochschule und Journalismus allerdings nicht nur von Projektmitarbeitenden, sondern auch durch die wissenschaftlichen Interviewpartner*innen selbst. Teilweise forderten diese mehrere Korrekturschleifen zur Abnahme der Texte ein – und nahmen im Zuge dessen Veränderungen am Wortlaut der Artikel vor. So ergaben während der Ausarbeitung der Zeitungsbeiträge der Bürgerredaktion mehrstufige, rekursive Prozesse des Entwerfens, des Zusammenfügens von Textbausteinen, des wechselseitigen Reformulierens und Korrigierens von Textpassagen sowie des damit einhergehenden Aushandelns von Inhalt und Form.

5. Resultate und Rezeption

In der Bürgerredaktion des Projektes sind von Dezember 2020 bis April 2021 sechs Zeitungsartikel, sechs Webvideos, sowie eine „Themenseite“ – bestehend aus drei Artikeln und einem Kommentar – entstanden. Die Druckerzeugnisse wurden in der Regionalzeitung DONAUKURIER veröffentlicht; die Videos sind auf der Internetseite des DONAUKURIER sowie der Universität abrufbar.

5.1 Delphi-Studie

Zur Erfassung der Rezeption der Beiträge aus der Bürgerredaktion wurde vom 15. bis 31. März 2021 eine Onlinebefragung nach dem „Real-Time-Delphi“-Prinzip (RTD) durchgeführt¹¹. Dieses Format ermöglicht den Teilnehmenden die Einsicht der anonymisierten Antworten ihrer Ko-Befragten und bietet so eine Plattform für Dialog und Diskussion (vgl. Niederberger/Renn 2019: 5). Die Grundlage der Befragung bildeten drei Zeitungsartikel und die dazugehörigen Webvideos. An der Delphi-Studie beteiligten sich 16 Personen aus der Bürgerschaft der Region 10 (9), aus der Kommunalpolitik (5), der Wissenschaft (4) und Hochschulkommunikations- bzw. Transfereinrichtungen (4)¹². Die Größe der Gruppe lässt selbstverständlich keine Rückschlüsse auf das Meinungsbild ganzer Berufs- oder Bevölkerungsgruppen zu, dennoch liefern die Rückmeldungen der Befragten blitzlichtartige Einblicke in die Rezeption des Projektes. Insbesondere die teils divergierenden Einschätzungen des Potenzials von Bürger*innen-Beteiligung in der Wissenschaftskommunikation bilden somit einen wertvollen Beitrag zur Einschätzung des Projektes.

Dem Desiderat von mehr Bürger*innen-Beteiligung an der Wissenschaftskommunikation stimmt der Großteil der Befragten zu, nur eine befragte Person drückt Zweifel an dieser Zielsetzung aus. Die Perspektive der Bürger*innen ist in den Produkten der Bürgerredaktion anscheinend für einige der Befragten nicht deutlich genug erkennbar. Ähnlich verhält es sich mit der Abgrenzung zwischen den Produkten der Bürgerredaktion und herkömmlichen Zeitungsbeiträgen und Webvideos. Diese Wahrnehmung ist zum einen durch die Rahmenvorgaben des für die Veröffentlichung gewählten Mediums zu erklären; zum anderen dürfte die Befähigung der Bürgerredakteur*innen durch Expert*innen aus dem Journalismus dazu beigetragen haben, dass die Zeitungsbeiträge der Bürgerredaktion denen professioneller Journalisten stark ähneln. Insofern ist die diesbezügliche Wahrnehmung der Befragten als Indiz für die Erreichung der emanzipatorischen Zielsetzung des Projektes einzuordnen. Allerdings sollte dieses Zwischenergebnis auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass keine Medienschaffenden an der Befragung teilgenommen haben, die mit besonders geschultem Auge auf die formalen Aspekte der Artikel aus der Bürgerredaktion hätten blicken können. Weniger positiv zu bewerten ist hingegen die Tatsache, dass die bürgernahe Perspektive der Bürgerredakteur*innen an-

¹¹ Durchführung mithilfe der Software des Anbieters „Calibrium“.

¹² Bei der Abfrage des Tätigkeitsfelds waren Mehrfachangaben möglich, weshalb die Summe der einzelnen Expertisenbereiche (22) größer als die Gesamtzahl der Studienteilnehmenden (16) ist.

scheinend nicht vordergründig erkennbar ist. In dieser Hinsicht ist es möglicherweise nötig, die Balance zwischen den Ansprüchen an Professionalität und Bürgernähe neu auszutarieren.¹³ Die Teilnehmenden der Delphi-Studie beurteilen die Resultate der Arbeit der Bürgerredaktion weniger kritisch; es gibt eine deutliche Tendenz zur positiven Bewertung der allgemeinen Umsetzung. Die Themenauswahl und der Informationswert der Zeitungsbeiträge der Bürgerredaktion werden allgemein positiv bewertet, lediglich für die überregionale Öffentlichkeit werden die ausgewählten Themen als eher irrelevant erachtet, was vor dem Hintergrund der gewählten Strategien, einen regionalen Bezug herzustellen, leicht nachvollziehbar ist. Allgemeine Zustimmung gibt es auch für die Relevanz der Zeitungsbeiträge. Nur eine befragte Person gab an, die Umsetzung der Artikel sei eher nicht gelungen.

Über die These, dass die aktive Beteiligung von Bürger*innen dazu beitrage, wissenschaftliche Perspektiven und Erkenntnisse stärker in die Gestaltung von regionalen Fragestellungen zu integrieren, herrscht Uneinigkeit unter den Befragten. Einige befürworten die These; andere drücken Zustimmung zum Ziel der Integration wissenschaftlicher Perspektiven und Erkenntnisse aus, stellen aber die Beteiligung von Bürger*innen als adäquates Mittel zu diesem Zweck infrage. Eine befragte Person äußert, dass Bürger*innen-Beteiligung zwar ein angemessenes Mittel zur Integration regionaler Fragestellungen in die Wissenschaft sei, nicht aber zur umgekehrten Integration wissenschaftlicher Perspektiven in regionale Herausforderungen. Übertragen auf das Projekt bildet diese Diskussion die Frage ab, ob ein responsiver Ansatz der Wissenschaftskommunikation tatsächlich eine reziproke Integration von Wissenschaft und Öffentlichkeit bewirken kann – was die zugrundeliegende These des Modellvorhabens war. Die Einbindung der Wissenschaft in die Berichterstattung über regionale Themen wird von allen Befragten grundsätzlich befürwortet. Als Mehrwert dieser Praxis nennen die Befragten u.a. die „Erweiterung des Horizontes“ der Leser*innen und ein gestärktes Verständnis für wissenschaftliche Praktiken. Im Kontext des Projektes wird dieser Aspekt größtenteils als gelungen wahrgenommen. Einige Befragte nennen konkrete Verbesserungsvorschläge: Zum einen wird gefordert, der wissenschaftliche Anteil der Zeitungsbeiträge solle erweitert werden. Zum anderen wird angeregt, nicht nur Expert*innen einer Disziplin je Thema zu befragen, sondern die Themen der Zeitungsbeiträge interdisziplinär anzugehen. Beide Forderungen sind im Einklang mit dem transdisziplinären Anspruch des Projektes, zeigen aber gleichzeitig auf, dass bei der Umsetzung noch Optimierungsbedarf besteht.

5.2 Feedback der Bürgerredakteur*innen

Auch die neun beteiligten Bürgerredakteur*innen wurden zum Abschluss des Projektes im Rahmen qualitativer, narrativer Interviews um ihre Rückmeldungen gebeten. Dabei standen, anders als bei der Delphi-Studie, weniger die Produkte der Bürgerredaktion als deren Entstehungsprozesse sowie die subjektiven Erfahrungen hierbei im Vordergrund. Außerdem bilden die Rückmeldungen der Hauptakteure im Realexperiment „Bürgerredaktion“ eine wichtige Ressource für dessen wissenschaftliche Begleitung und für die Planung eines möglichen Folgeprojektes.

¹³ Möglicherweise verweist diese Einsicht auch auf das so genannte „Partizipations-Effizienz-Dilemma“, d.h. darauf, dass Bürgerbeteiligung zeit- und kostenintensiv ist, nicht aber per se oder von sich aus zu besseren Ergebnissen führt; vgl. Glaab (2016: 16).

In den abschließenden Rückmeldungen der Bürgerredakteur*innen werden zunächst die individuell empfundenen Ansprüche an die Arbeit sowie an die Resultate der Bürgerredaktion deutlich. Neben einigen bereits in früheren Phasen der Projektumsetzung geäußerten Zielsetzungen (siehe Abschnitt 3.1) nannten mehrere Bürgerredakteur*innen jedoch auch einen neuen Aspekt: Bei den Zeitungsbeiträgen wurde eine Balance zwischen lebensweltlichem Bezug und wissenschaftlichen Perspektiven angestrebt. Wiederholt wurde dabei der Begriff „Zugänglichkeit“ genannt, insbesondere im sprachlichen Kontext. Ein Bürgerredakteur verstand sich gar als „Übersetzer“ zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Außerdem legten einige Bürgerredakteur*innen Wert auf eine stilistisch ansprechende Gestaltung und auf gender-neutrale Sprache in ihren Zeitungsbeiträgen. Im Vergleich zu den anfänglich beobachteten Relevanzkriterien ist hier eine Entwicklung zu beobachten, die auf ein vertieftes Verständnis von wissenschaftsjournalistischer Arbeit hinweist. Die im Modellvorhaben angestrebte Befähigung der Bürgerredakteur*innen scheint hierdurch bestätigt und wird auch von den Beteiligten selbst anerkannt. So wurde etwa zurückgemeldet, dass die Tipps und Hinweise der Expert*innen in den Bürgerredaktionssitzungen als „angemessen und befähigend“ empfunden wurden. Außerdem äußerte eine Bürgerredakteurin, sie fühle sich durch die Bürgerredaktion dazu befähigt, ein breites Publikum mit konstruktiven Botschaften zu erreichen. Gleichzeitig habe sie sich frei gefühlt, stilistisch von journalistischen Normen abzuweichen. Zudem gaben mehrere Bürgerredakteur*innen an, auch methodische Lernziele erreicht zu haben, die sie unter anderem zur Recherche im persönlichen Umfeld, aber auch in kommunalpolitischen und akademischen Sphären befähigten.

Gemischer fiel das Feedback der Bürgerredakteur*innen in puncto „Dialog mit der Wissenschaft“ aus. Zum oben genannten Ziel, wissenschaftliche Themen zugänglich zu machen, fühlten sich einige der Beteiligten nur bedingt befähigt. Das ist zum einen auf die kurze Laufzeit der Bürgerredaktion, zum anderen aber auch auf eine missverstandene Kommunikation zu Beginn des Projektes zurückzuführen; dass die Wissenschaftskommunikation ein übergeordnetes Ziel des Projektes darstellte, war einigen Bürgerredakteur*innen zu Beginn nicht klar. Die Bürgerredakteur*innen, die keine Interviews mit wissenschaftlichen Expert*innen führten, äußerten sich darüber bedauert. Ein Bürgerredakteur, der selbst nur eigenständige Recherche betrieben hat, merkte an, dass eine wissenschaftliche Komponente die Zeitungsbeiträge der Regionalzeitung im Allgemeinen bereichern könne. Sein Blick dafür habe sich durch die Bürgerredaktion geändert; er hofft, dass mittel- bis langfristig mehr Wissenschaftler*innen in der Regionalzeitung zu Wort kommen. Die Bürgerredakteur*innen, die in Interaktion mit wissenschaftlichen Expert*innen traten, zeigten sich überwiegend zufrieden mit dem Ablauf. Die Gespräche seien insgesamt „angenehm“ und weniger durch Theorie „überladen“ gewesen als erwartet. Als wichtig für die erfolgreiche Durchführung der Interviews kennzeichneten die Bürgerredakteur*innen die Unterstützung der Projektmitarbeitenden bei der inhaltlichen Vorbereitung sowie bei der Anbahnung und Begleitung der Videotelefonate.

Insgesamt ist eine Identifizierung mit der Arbeit und den Produkten der Bürgerredaktion seitens der beteiligten Bürger*innen zu erkennen. Eine Bürgerredakteurin sprach sich dafür aus, die Zeitungsbeiträge mit gut erkennbaren Autor*innen-Fotos zu versehen. Als die bevorstehende Abschlussveranstaltung des Projektes im Rahmen des „Zukunftsforums Wissenschaftskommunikation“ in der Bürgerredaktion angesprochen wurde, erklärten sich mehrere Bürgerredakteur*innen spontan zur aktiven Teilnahme daran bereit. Ein Bürgerredakteur erkundigte sich zudem, ob er selbst Bekannte zur

Veranstaltung einladen könne. Die Bürgerredakteur*innen sind also offenbar zufrieden mit ihrer Arbeit, identifizieren sich mit dieser und verstehen sich als Teilhabende an den im Projekt entstandenen Beiträgen zur Wissenschaftskommunikation.

6. Responsive Wissenschaftskommunikation – ein alternatives Modell?

Die eingangs knapp skizzierte Bestandsaufnahme des Status quo der Wissenschaftskommunikation zeigt: Partizipation wird zwar von vielen Seiten gefordert, doch die Umsetzung erfolgt bisher nur selten oder geht kaum über schwache, unidirektionale Formen der Beteiligung (z.B. Teilhabe an Information, Konsultation) hinaus. Zum Aufbau einer Partizipationskultur, im Rahmen derer Bürger*innen nicht nur informiert oder konsultiert werden, sondern auch deren Kollaboration, Kooperation und Emanzipation angestrebt wird (vgl. Brinkmann et al. 2015), wird hier das Konzept der „responsiven Wissenschaftskommunikation“ vorgeschlagen. Neben *Partizipation* und *Nachhaltigkeit* identifizieren Maasen und Dickel (2016) *Responsivität* als wesentliche Qualität einer Wissenschaft, die sich gegenüber der Gesellschaft öffnet. Eine solche Öffnung und Orientierung an gesellschaftlich relevanten Fragestellungen im regionalen Kontext hat das Projekt „Wissenschaft in Bewegung“ angestrebt. Dazu wurde in zwei Projektphasen – (1) dem *Partizipativen Agenda-Setting* und (2) der *Bürgerredaktion* – der Versuch unternommen, unter qualitativ hochwertiger Beteiligung von Bürger*innen regionale gesellschaftliche Herausforderungen und wissenschaftliche Perspektiven zu integrieren. Aus der Umsetzung des Projektes können einige Lehren über die Rahmenbedingungen, die Umsetzbarkeit und das Potenzial responsiver Wissenschaftskommunikation gezogen werden. Zunächst skizzieren wir dazu noch einmal die Ausgangsidee, um anschließend auf einige Herausforderungen und Spannungsfelder einzugehen, die in der Umsetzung sichtbar wurden.

6.1 Responsivität und Partizipation

Leitend für die Konzeption des Projektes war die Idee der Responsivität; der Begriff ist inzwischen zwar in die Felder von Wissenschaftsforschung und Wissenstransfer eingegangen (vgl. Maasen/Dickel 2016), seinen Ursprung hat er aber in der Philosophie. Im Anschluss an die Traditionen der phänomenologischen und der poststrukturalistischen Philosophie hat der Bochumer Philosoph Bernhard Waldenfels seit den 1990er Jahren ‚Responsivität‘ zu einem Grundbegriff seines Denkens ausgearbeitet (vgl. Waldenfels 1994). In seiner Philosophie schließt er an grundlegende Fragen der Intersubjektivität sowie der Alterität an, wie sie in der Philosophie des 20. Jahrhunderts wiederholt diskutiert wurden. Wesentlich für die von ihm entwickelte Phänomenologie des Fremden ist, dass das Subjekt nicht primär als aktives und tätiges Zentrum gedacht wird, dass es in seinem Sprechen und Handeln nicht von sich ausgeht, sondern darin auf andere *antworte*: „Es handelt sich um ein Reden und auch um ein Tun, das nicht bei sich selbst, sondern anderswo beginnt und deswegen stets Züge einer fremden Eingebung an sich trägt“ (Waldenfels 2010: 45). Dieses kurze Zitat verdeutlicht, worum es Waldenfels geht: um eine Öffnung auf Andere hin, die es ermöglicht, Unbekanntes oder Nicht-Vorhergesehenes zu integrieren, ohne dass dieses einfach antizipiert oder den eigenen Verständnissen und Handlungslogiken eingepasst werden kann. Der Anspruch des Anderen unterbreche vielmehr das Gewohnte und Vertraute, so Waldenfels, und bringe Neues in Gang (vgl. Waldenfels 2010: 58 u. 67).

Der Konzeption des hier dargestellten Realexperiments lag dieser Gedanke zugrunde: Wissenschaftskommunikation sollte ausgehend von Fragen gestaltet werden, d.h. die Gestaltung der Kommunikation erfolgt von Seiten der Universität nachträglich und als Response zu den seitens der Bürger*innen geäußerten Themen und Fragestellungen. Nicht die Ziele und Interessen der Wissenschaft bildeten folglich den Ausgangspunkt, sondern die Fragestellungen der Bürger*innen, um hierdurch Neues und

Anderes für die Wissenschaft ins Spiel zu bringen. Es versteht sich, dass das Projekt nicht dem anspruchsvollen Vorhaben einer *Phänomenologie des Fremden*, wie sie Bernhard Waldenfels formuliert hat, gerecht werden kann; das Denken der Responsivität diene vielmehr als Leitfaden und Orientierung, um eine alternative Vorstellung von Wissenschaftskommunikation zu entwickeln. Eine *responsive Wissenschaftskommunikation* verbindet im Anschluss daran zwei Aspekte miteinander: (1) Wissenschaft tritt nicht mehr primär als sendende Instanz auf, sondern rückt zunächst in eine empfangende, antwortende Position; (2) wesentliche Impulse für die Gestaltung der Kommunikation gehen von Seiten der Gesellschaft beziehungsweise der Bürgerschaft aus. In der Erprobung der daraus resultierenden Beteiligungsmodule ging es darum, einen Ansatz zu entwickeln, durch den die Universität ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und sich an der Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen aktiv beteiligen kann (vgl. Flatscher 2011: 100). Zugleich war damit der Anspruch verbunden, die seit rund zwei Jahrzehnten von Seiten der Wissenschaftspolitik wiederkehrend formulierte Forderung aufzugreifen, Wissenschaftskommunikation stärker dialogisch zu gestalten. Eingegangen ist diese – wie erwähnt (vgl. Abschnitt 1) – in Förderprogramme, sie bestimmt die Positionspapiere von Ministerien, aber auch die fachwissenschaftliche Diskussion in der „Science of Science Communication“ (vgl. Schäfer/Kristiansen/Bonfadelli 2015, Rhombert 2017). Dabei hat sich die Forderung sukzessive verschoben: Gefordert wird inzwischen nicht mehr nur eine *dialogische* oder *bidirektionale*, sondern explizit eine *partizipative* Wissenschaftskommunikation.

Angesichts dessen stellt sich rückblickend allerdings die Frage: *Ist eine partizipative Wissenschaftskommunikation tatsächlich neu?* Selten wird über Wissenschaft geschrieben, ohne dass unterschiedliche Personen oder Akteursgruppen beteiligt sind. Jede Pressemeldung, die eine Hochschule verlässt, durchläuft verschiedene Hände, und damit einen komplexen Bearbeitungs- und Abstimmungsprozess, bevor sie z.B. von einer Journalistin in ihrer Berichterstattung aufgegriffen werden kann. Dies gilt umso mehr, wenn das Medium der Darstellung ein Webvideo ist: In der Regel erfolgt hier nicht nur eine direkte Beteiligung von Forschenden, sondern insbesondere auch eine Umsetzung durch Video-Journalist*innen, die bei den Aufnahmen, beim Schnitt oder beim Sounddesign wesentliche Aufgaben übernehmen. Texte oder Videos zur Wissenschaftskommunikation können daher kaum als homogene Medienprodukte beschrieben werden, vielmehr handelt es sich um vielstimmige, hybride Erzeugnisse, in die unterschiedliche Aussagen und Perspektiven, Formulierungen und Gestaltungsideen eingegangen sind (vgl. dazu Metten/Pinkas/Niemann/Rouget 2016, Metten 2019). Ihnen liegt zumeist ein komplexer, mehrfach rekursiver Prozess zugrunde, an dem unterschiedliche Personen beteiligt sind. Dennoch: Die Kommunikation erfolgt auch hier stets in eine Richtung, sie ist *unidirektional*. Zudem ist in der Außerdarstellung von Hochschulen oder in wissenschaftsjournalistischen Beiträgen die innere Vielstimmigkeit der Medienbeiträge nicht mehr zu erkennen bzw. wird in aller Regel unkenntlich gemacht. Perspektivenvielfalt wird dem entgegen bestenfalls immanent, etwa durch die Zitation von Forschenden, hergestellt. Bürger*innen werden insofern weiterhin primär in einer rezipierenden Rolle adressiert und bleiben so weitestgehend passiv.

Die Forderung nach einer partizipativen Wissenschaftskommunikation setzt genau hier an: Sie öffnet die Felder von Hochschulkommunikation und (Wissenschafts-)Journalismus und erweitert etablierte Akteurskonstellationen um die Gruppe der Bürger*innen, sodass deren Perspektiven unmittelbar integriert werden können. Partizipation meint hier: Bürger*innen können Wissen, Präferenzen oder

Bewertungen in Prozesse einbringen, hinsichtlich derer sie aufgrund ihrer Position regulär keinen Anspruch auf Mitwirkung haben (vgl. Renn 2013: 401). Zu den Zielsetzungen des hier beschriebenen Realexperimentes gehörte es dabei, dass Bürger*innen nicht nur in Prozesse der Entscheidungsfindung (z.B. Themenauswahl) eingebunden sind, sondern sich auch an der Umsetzung von Wissenschaftskommunikation beteiligen können. Damit stand nicht nur das „Was“ der Wissenschaftskommunikation, sondern auch das „Wie“ der Umsetzung unter dem Vorzeichen der Beteiligung. Voraussetzung hierfür war die kontinuierliche Einbeziehung der Bürger*innen in allen Phasen der Umsetzung. Im Rahmen des Projektes sind die Projektinitiierenden dazu zunächst von drei Beteiligungsdimensionen ausgegangen: (1) von einer *emanzipatorischen*, (2) von einer *legitimatorischen* und (3) von einer *effektivitätsorientierten* Wirkung der Beteiligung (vgl. Newig 2011).¹⁴ Rückblickend stellt sich nun die Frage: *Wie erfolgte die Beteiligung praktisch?* Der Beteiligungsprozess kann, basierend auf der vorhergehenden Darstellung, als *Partizipationshybrid* beschrieben werden (vgl. Meyer-Soylu/Parodi/Trenks/Seebacher 2016: 36f). Ausgangspunkt dafür ist das Partizipationsmodell nach Brinkmann (2015), das fünf Stufen der Beteiligung (*Information, Konsultation, Kooperation, Kollaboration* und *Empowerment*) unterscheidet. Die Beteiligung von Bürger*innen erfolgte im Projekt über mehrere Stufen hinweg:

- (1) Beteiligungsmodul „Partizipatives Agenda-Setting“:** Das partizipative Agenda-Setting lässt sich als *Konsultationsprozess* beschreiben (vgl. Brinkmann 2015: 11): Konsultiert wurden die Bürger*innen auf mehreren Wegen, um Themen, Meinungen und Fragestellungen bzgl. der in der Region 10 zu bearbeitenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu erfassen. Tatsächlich verlief die Konsultation jedoch nicht alleine als Umfrage, sondern überwiegend dialogisch in Form von Gesprächen, die vor Ort zu unterschiedlichen Anlässen und Gelegenheiten geführt wurden. Damit wurde die für Konsultationsprozesse charakteristische Einwegkommunikation zumindest partiell aufgebrochen. Durch das Wechselspiel von (Nach-)Frage und Antwort konnten Aussagen konkretisiert, aber auch weitergehende Informationen über das Projekt vermittelt werden, wodurch auch mehr Transparenz hergestellt werden konnte. Gleichzeitig konnte auf diese Weise der lebensweltliche Hintergrund einer Fragestellung besser erfasst werden. Durch den unmittelbaren Bezug zu lebensweltlichen Problemstellungen bildeten die erfassten Themen bzw. die zunächst entwickelten Themencluster und -karten in Folge dann nicht nur die Ausgangsbasis für die weitere Themenauswahl, sondern fungierten innerhalb des Projektes auch als Grenzobjekte (*boundary objects*, vgl. Star/Griesemer 1986) und Schnittstellen, durch die eine Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen sowie eine Integration heterogener Wissensbestände bei der Bearbeitung der Themen möglich wurde. Kaldewey hat in genau diesem Sinn herausgestellt, dass so genannten „gesellschaftlichen Herausforderungen“ eine Integrationsfunktion zukomme, wenn ihre transdisziplinäre Bearbeitung an der Grenze unterschiedlicher Institutionen und Gesellschaftsbereiche erfolge (vgl. Kaldewey 2017). Darüber hinaus hat die Clusterung der Fragen in Form von Themenkarten dazu beigetragen, die Fragestellungen auf einer Meso-Ebene zu reformulieren, wodurch sich diese von individuellen Präferenzen und Interessen abheben.
- (2) Beteiligungsmodul „Bürgerredaktion“:** Die Beteiligung von Bürger*innen erfolgte im Rahmen der Bürgerredaktion sodann auf mehreren Ebenen: Nicht nur das (Mit-)Entscheiden z.B. bei der Auswahl der Themen, sondern die aktive Beteiligung während des gesamten, sich über mehrere

¹⁴ Analog dazu lautete die Zielsetzung: (1) Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, sich aktiv an der Wissenschaftskommunikation zu beteiligen, (2) die Prozesse und Ergebnisse der Wissenschaftskommunikation an gesellschaftlichen Fragestellungen zu orientieren sowie (3) analoge und digitale Formate crossmedial zu nutzen, um Wissenschaftskommunikation zu verbessern.

Monate erstreckenden Redaktionsprozesses stand im Fokus. Die Einbeziehung erfolgte hierbei bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wodurch die Bürger*innen von Beginn an der Themenauswahl sowie allen weiteren Arbeitsschritten beteiligt waren (vgl. Geißel 2008: 33). Vorrangiges Ziel war es zunächst, die Redakteur*innen zum eigenständigen Handeln („Empowerment“) zu befähigen, indem u.a. Kompetenzen für die redaktionelle Arbeit und die Wissenschaftskommunikation vermittelt wurden. Befähigung war insofern daran geknüpft, am Wissen von Regionalzeitung und Hochschule teilhaben zu können. Dazu gehörte auf Projektebene u.a. das Informieren über den Charakter des Projektes, aktuelle Arbeitsstände und nächste Schritte, aber auch das Teilen von Zielsetzungen ebenso wie die Einladung der Bürger*innen zur Abschlussveranstaltung des Projektes. Auf Umsetzungsebene gehörte dazu das Teilen von Expert*innen-Wissen aus den Bereichen Journalismus und Hochschulkommunikation, also etwa bzgl. der Redaktionsabläufe oder der Strategien zur Umsetzung und Gestaltung von Beiträgen. Die Realisierung der Medienbeiträge ist sodann *kollaborativ* erfolgt; die Bürger*innen haben die journalistischen Beiträge weitestgehend selbst verfasst, dabei aber weitere Personen hinsichtlich ihrer praktischen oder fachlichen Expertise eingebunden. Gerade hier wird die Qualität des Beteiligungsprozesses deutlich: Die Bürger*innen konnten in hohem Maße selbstbestimmt darüber entscheiden, welche Themen sie angehen, wie sie diese bearbeiten und welche Form die Beiträge abschließend annehmen sollten. Im Laufe des Prozesses konnten sie zugleich selbständig festlegen, welche Akteure sie ansprechen und in die Recherche einbinden wollen, um deren Perspektiven und Wissen in die Umsetzung von Beiträgen zu integrieren. Hierdurch erfolgte nicht nur eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, vielmehr ging die Entscheidungsgewalt partiell auf die beteiligten Bürger*innen über, wodurch ein relativ hohes Maß an Autonomie seitens der Bürgerredaktion entstehen konnte. Aufgrund des hohen Maßes an Selbstbestimmung konnten die Bürger*innen ihr „transformatives Engagement“ aktiv einbringen, um durch ihre Beiträge an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt mitzuwirken (vgl. Renn 2013: 402). Im Rahmen des Realexperiments bestätigt sich somit, dass die mit Beteiligungsprozessen verbundenen Erwartungen sich am ehesten dort erfüllen, wo diese mit dem Eigeninteresse und der lebensweltlichen Betroffenheit der Beteiligten verbunden sind (vgl. Bogner/Gaube/Smetschka 2011: 76).

Bürgerbeteiligung konnte, wie diese kurzen Zusammenfassungen zeigen, also auf mehreren Ebenen stattfinden. Dabei wurden einerseits die beteiligten Bürger*innen zur Integration und Beteiligung u.a. von Wissenschaftler*innen befähigt; andererseits konnte eine Annäherung an die Perspektive der Bürger*innen seitens der beteiligten Vertreter*innen der Wissenschaft erreicht werden. Sowohl bei der Auswahl der Themen, als auch bei der Gestaltung der Interviews ließen die beteiligten Wissenschaftler*innen sich auf die Vorschläge und Beiträge der Bürgerredakteur*innen ein. Insofern kann also von einer gegenseitigen Annäherung gesprochen werden, wobei insbesondere die durch die Kommunikation geleistete Annäherung der Wissenschaft an die Gesellschaft einen wesentlichen Mehrwert des im Projekt erprobten Partizipationsformats darstellt. Partizipation wird im Rahmen eines responsiven Ansatzes somit nicht bloß als Integration von vermeintlichen „Laien“ in den Prozess der Wissenschaftskommunikation realisiert, sondern vielmehr als Öffnung wissenschaftskommunikativer Praktiken gegenüber lebensweltlichen Herausforderungen. Dabei bilden die Perspektiven und Expertisen der beteiligten Bürger*innen die Basis für die Gestaltung und Umsetzung der Wissenschaftskommunikation und tragen dazu bei, diese im Sinne einer partizipativen „Vergesellschaftung der Wissenschaft“ (vgl. Weingart 2006) neu zu formen.

6.2 Herausforderungen und Spannungsfelder

Im Rahmen dieses Realexperiments wurden Medienbeiträge in Kollaboration mit Expert*innen aus Journalismus, Hochschulkommunikation und Wissenschaft erarbeitet. Die an der Bürgerredaktion beteiligten Bürger*innen, die Forschenden der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und die Vertreter der Regionalzeitung DONAUKURIER waren allesamt an einer Zusammenarbeit interessiert; jede dieser Akteursgruppen profitierte auf ihre Weise vom responsiven Ansatz des Projektes. Das geht zum einen aus der im Anschluss an die Implementation der Bürgerredaktion durchgeführten Delphi-Studie hervor, zum anderen äußerten die beteiligten Akteure sich selbst überwiegend positiv zum Projekt und dessen Ansatz. Mit der Befähigung der Bürgerredakteur*innen ging dabei ein relativ hohes Maß an Emanzipation und Autonomie einher, was sich nicht zuletzt darin zeigte, dass die beteiligten Bürger*innen auch nach Abschluss ihrer Beiträge weiterhin den Austausch mit Vertreter*innen der Universität suchten, sich selbständig an Redakteur*innen der Lokalzeitung wandten sowie ihr Interesse an einer künftigen Fortsetzung der Redaktionsarbeit aktiv äußerten und auf eine Fortsetzung drängten.

Mit Blick auf die zuvor beschriebenen Prozesse der Bürgerbeteiligung zeichnen sich zugleich jedoch Herausforderungen und Spannungsfelder ab, die im Folgenden kurz zusammengefasst und reflektiert werden. Herausforderungen zeigten sich auf Ebene der Voraussetzungen vor allem in individueller sowie institutioneller Hinsicht:

- (1) Herausforderung „Individuelle Befähigung“:** Trotz des allseitigen Interesses bedurfte der Dialog zwischen Vertreter*innen der Wissenschaft und Bürger*innen teils intensiver Vermittlung und Begleitung durch das Projektteam. Insbesondere die Interviews von Wissenschaftler*innen durch Bürgerredakteur*innen – ohne die die Bürgerredaktion kaum als Beitrag zur Wissenschaftskommunikation hätte gewertet werden können – erwiesen sich nur unter Mitwirkung der Projektmitarbeitenden als umsetzbar. Solche Interviews konnten von zwei Dritteln der Bürgerredakteur*innen geführt und für die Erarbeitung von Beiträgen für die Regionalzeitung verwendet werden. Hier zeigt sich, dass die „Investitionskosten“ zur erstmaligen Befähigung als Bürgerredakteur*innen zunächst hoch sind; basierend auf den erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen kann die künftige Umsetzung sodann jedoch deutlich leichter erfolgen. Angedacht ist hier u.a. die Zusammenarbeit von etablierten Bürgerredakteur*innen mit Personen, die sich zum ersten Mal an der Umsetzung beteiligen („Tandem“-Prinzip), sodass Erfahrungen und Praxiswissen innerhalb der Gruppe der Bürgerredakteur*innen selbst vermittelt werden können.
- (2) Herausforderung „Institutionelle Rahmenbedingungen“:** Die Bürgerredakteur*innen konnten durch praktische Tipps und das Angebot von individueller Begleitung in den verschiedenen Arbeitsschritten zur aktiven Partizipation befähigt werden. Jedoch wären sie ohne die Schaffung und Bereitstellung eines institutionellen Rahmens, insbesondere des Zugangs zum Medium DONAUKURIER, nicht eigenständig zur Realisierung und Weiterführung der Redaktionsarbeit in der Lage. Auch der Dialog zwischen Bürgerredakteur*innen und Wissenschaftler*innen würde ohne das Zutun von Vertreter*innen der Hochschulkommunikation wohl nicht oder nur erschwert zustande kommen. Hier zeigt sich, dass es etablierte Institutionen, wie sie eine Hochschule darstellt, braucht, um die sozialen und infrastrukturellen Voraussetzungen für den Aufbau einer Bürgerredaktion zu schaffen bzw. um Ressourcen zur Verfügung zu stellen (z.B. Schnittplätze für die Videoproduktion), die eine aktive Beteiligung über einen längeren Zeitraum hinweg ermöglichen.

Über die hier skizzierten Herausforderungen hinaus stellt sich die Frage, wie die heterogenen Perspektiven, Vorstellungen und Erwartungen, die seitens der Bürgerschaft, des Journalismus, der Hochschulkommunikation und der Wissenschaft in die Interaktion hineingetragen werden, innerhalb des Prozesses eingebunden werden können und welcher Stellenwert diesen zukommt. Vorrang sollten im Rahmen des Projektes die Anerkennung und der Anspruch der Bürger*innen vor den Kriterien einer professionellen Medienarbeit in Hochschule und Journalismus haben. Tatsächliche Teilhabe muss es den Bürger*innen ermöglichen, so eine der Prämissen des Vorhabens, eigene Ideen und Themen einzubringen und gezielt zu verfolgen. Es sollte keine Situation der „Laborpartizipation“ entstehen, bei der die Beteiligten den Eindruck gewinnen, dass sie alleine für die wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung herangezogen werden (vgl. Bogner 2010). Vielmehr sollten die Bürgerredakteur*innen eigenständig eine responsive Wissenschaftskommunikation gestalten können. Dabei vollzogen sich die Umsetzung der Beiträge sowie die Abstimmung in der Redaktion jedoch stets im Spannungsfeld der unterschiedlichen Positionen und Perspektiven, ohne dass sich diese einfach auflösen ließen; besonders hervorzuheben sind drei Spannungsfelder:

- (1) Spannungsfeld „Befähigung vs. Gestaltungsfreiheit“:** Die Bürger*innen sollten im Rahmen des Beteiligungsprozesses journalistische Kompetenzen erwerben und dazu befähigt werden, mit Forschenden in Kontakt zu treten und Interviews zu führen. Die Zielsetzung konnte realisiert werden, gezeigt hat sich allerdings, dass die Befähigung auch die Gestaltungsfreiheit bei der Herangehensweise und Realisierung von Medienbeiträgen einschränkt sowie mit der im Projekt angestrebten Anerkennung der lebensweltlichen Expertise der Bürger*innen konfligiert. Zwar betrifft die Expertise der Bürger*innen zunächst primär deren Lebenswelt. Allerdings umfasst dies auch die Frage, was aus Sicht der Bürger*innen eine gelungene Integration von Wissenschaft auszeichnet (z.B. hinsichtlich Relevanz, Verständlichkeit). Die Einführung bzw. Aneignung von Vermittlungsstrategien, die über die basalen Konventionen journalistischen Schreibens hinausgehen, kann daher in Folge ggf. zu einer Begrenzung der kreativen Entfaltung bei der Entwicklung alternativer medialer Darstellungsformen führen.
- (2) Spannungsfeld „Institutionelle Autonomie vs. Anschlussfähigkeit“:** Es gehört zu den Spannungsfeldern eines transdisziplinären Ansatzes, den Bürger*innen einerseits die Freiheit zu lassen, eigenständig Themen und Darstellungsformen auszuwählen, andererseits aber den Ansprüchen von Hochschulkommunikation und Regionalzeitung gerecht zu werden. Eine Spannung resultierte hier daraus, dass die Beiträge in Umfang, sprachlicher Gestalt oder Bebilderung in eine regionale Tageszeitung „passen“ müssen sowie, ob die Vertreter*innen der Hochschulkommunikation die Hochschule als durch den Beitrag angemessen repräsentiert sehen. Dazu gehört auch die Frage, ob ein Beitrag der Bürgerredaktion nachträglich in der Zeitungsredaktion im Rahmen der üblichen Verarbeitungsprozesse verändert werden darf. Einerseits hat sich die Bürgerredaktion im Rahmen des Projektes somit zwar als intermediäre Institution weitestgehend selbständig etabliert, andererseits steht sie damit auch im Spannungsfeld und in Interaktion mit weiteren Institutionen.
- (3) Spannungsfeld „Gemeinwohlorientierung vs. Privatinteresse“:** Ein weiteres Spannungsfeld entstand aus der Vorgabe der möglichst eigenständigen Erarbeitung der Zeitungsbeiträge durch die Redakteur*innen auf der einen Seite und die Zielsetzung, durch den Dialog mit der Wissenschaft auf der anderen Seite einen Beitrag zur Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten. Einerseits galt es hier, möglichst offen mit den Ansprüchen und Vorstellungen der Bürger*innen umzugehen, um deren Perspektiven und Relevanzen gezielt integrieren zu können. Andererseits brachten Bürgerredakteur*innen teilweise Themen und Akteure ein, die sich z.B. stark an

eigenen zivilgesellschaftlichen oder unternehmerischen Interessen orientierten, sodass die Grenze zwischen Gemeinwohlorientierung und Privatinteresse hier zu verschwimmen drohte.

Das Auftreten der oben beschriebenen Spannungen ist nicht ungewöhnlich, vielmehr kann deren Aushandlung als die eigentliche Aufgabe/Funktion des Beteiligungsverfahrens verstanden werden. Ziel ist hierbei aber nicht die „Lösung“ der Spannungen, sondern eine für alle Akteursgruppen akzeptable Balance zwischen den verschiedenen Ansprüchen. Im Sinne einer „Heteropraxis“ (vgl. Waldenfels 2000: 72), bei der die beteiligten Personen vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Erfahrungen, Expertisen und institutioneller Interessen interagieren, ist die absolute Übereinstimmung aller Interessen und Verständnisse weder zu erwarten, noch wünschenswert; vielmehr kann dadurch, dass im Dialog der verschiedenen Akteursgruppen Anderes und Neues Eingang findet, eine neue Form der Wissenschaftskommunikation entstehen. Innerhalb des Projektes hat sich dahingehend gezeigt: Die angesprochenen Wissenschaftler*innen konnten die Perspektiven und Erkenntnisse, wie auch die Grenzen ihres jeweiligen Fachbereichs im Dialog mit den Bürgerredakteur*innen verständlich kommunizieren. Die Aufbereitung der Interviews, etwa durch Transkripte oder Paraphrasierungen durch die Bürgerredakteur*innen, trug dabei zu einer aus Sicht der Bürger*innen adressatengerechten Wissenschaftskommunikation bei. Vor dem Hintergrund dieser angestrebten neuen Form ergibt sich für alle Beteiligten die Herausforderung, einen Abschluss des Aushandlungsprozesses festzulegen. In der praktischen Umsetzung des Projektes waren es teils auch äußere Faktoren – etwa ein arbiträr festgelegtes Veröffentlichungsdatum für die Zeitungsbeiträge – die dem Aushandlungsprozess ein Ende setzten. Diese Lösung beugt der Etablierung einer „letzten Instanz“ bei der Erarbeitung der Zeitungsbeiträge aus der Bürgerredaktion vor. Zwar hat die Redaktion der Regionalzeitung das letzte Wort über die zu veröffentlichenden Beiträge, aber die Praxis zeigt, dass in diesem Schritt nur minimale Anpassungen vorgenommen werden. Der Chefredakteur der am Projekt beteiligten Regionalzeitung erklärte diesbezüglich im Gespräch mit einer Bürgerredakteurin: „Natürlich bieten wir die Plattform an, aber eine Bürgerredaktion hat ja auch ein mündiges Gremium“.

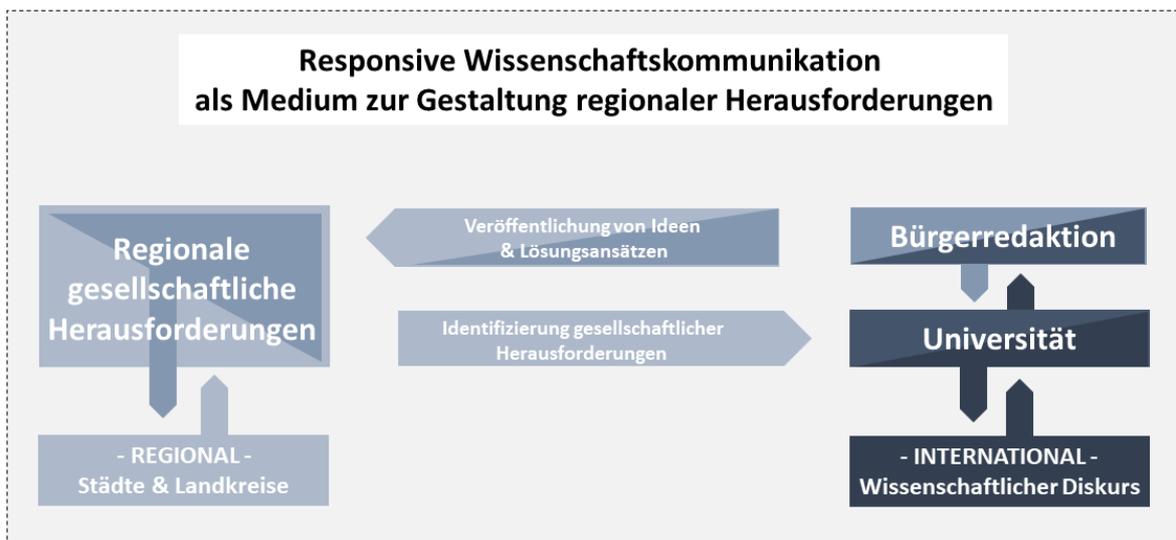
7. Fazit und Ausblick

Die Bürgerredaktion wurde als ‚Schnittstelle‘ zwischen Bürgerschaft und Wissenschaft wahrgenommen (das zeigt sich u.a. in der Delphi-Studie). Die Bürgerredakteur*innen können als Laien in dieser Hinsicht als legitimatorische Instanz für die Perspektive der Wissenschaft verstanden werden: Letztere gewinnt an Legitimität, weil sie für die Kontextualisierung und Gestaltung von regional relevanten Fragestellungen herangezogen wird (*‚legitimatorische Zielsetzung‘*). Darüber hinaus kann die Wiedergabe wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Worten der Bürgerredakteur*innen zu deren Verständlichkeit für ein breites Publikum beitragen (*‚effektivitätsorientierte Zielsetzung‘*). Eine Bürgerredakteurin äußert dazu: „Ich find‘ diese Art unheimlich charmant, weil wir alle Laien sind“. Sie erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität oder Neutralität, weil sich das von ihr bearbeitete Thema aus einer persönlichen Fragestellung entwickelt hat. Zugleich versteht die Bürgerredakteurin dies als Stärke ihrer Arbeit: „Als Laien sprechen wir [...] eine ganz große Breite an Menschen an“. Demnach kommt das Projekt dem von Fähnrich und Schäfer formulierten Ziel einer konstruktiven Einbeziehung der Laienperspektive tatsächlich sehr nah (vgl. 2019: 238). Darüber hinaus kann der Wissenschaft die Perspektive der Bürger*innen nähergebracht werden. Allerdings setzt dies voraus, dass die Bürgerredakteur*innen in erster Linie als Repräsentant*innen der Bürgerschaft agieren. Einzelne Bürgerredakteur*innen formulierten diesen Selbstanspruch im Projekt – allerdings sollte eine neunköpfige Bürgerredaktionsgruppe, so divers diese auch sein mag, nicht als repräsentativ für eine breite Bürgerschaft verstanden werden. Insbesondere in Anbetracht der oben genannten persönlichen Agenden einzelner Bürgerredakteur*innen muss festgehalten werden, dass die angestrebte Gemeinwohlorientierung der Wissenschaft nicht automatisch durch die Beteiligung von Bürger*innen sichergestellt ist; sie muss vielmehr stets aufs Neue im Rahmen der Bürgerredaktion unter Einbezug heterogener Expertisen ausgehandelt werden.

Die Idee der „Befähigung“ der Bürgerredakteur*innen zeigt zugleich auf, wo der Anspruch der responsiven Wissenschaftskommunikation an praktische Grenzen stößt: Mit der Regionalzeitung als Rahmen für die Publikation der Beiträge ist gleichzeitig auch eine spezifische Vorstellung von Praktiken und Konventionen verbunden. Diese können zwar – je nach Flexibilität der beteiligten Akteure – in Aushandlungsprozessen modifiziert werden (vgl. Abschnitt 4.2.2). Wenn aber der Ausgangspunkt der Verhandlung die Norm eines Akteurs ist, muss das als struktureller Vorteil verstanden werden. Auch dort, wo die Praktiken der Redaktionsarbeit nicht von vornherein bestimmt waren, sondern zwischen den Akteuren ausgehandelt wurden, zeigt die Praxis eine Herausforderung für den Anspruch der Partizipation auf Augenhöhe. Im Sinne von Waldenfels‘ Konzept einer „Heteropraxis“ (2000: 72) ist auch im Dialog eine abschließende Einigung nicht immer möglich. So kommen Aushandlungsprozesse – etwa beim Schreiben der Artikel – nicht von alleine zu einem Ende. Vielmehr bedarf es einer bewussten Entscheidung, wann ein gemeinsam erarbeitetes Produkt für beide Seiten „gut genug“ ist. In der Bürgerredaktion wurde dieser Punkt in den meisten Fällen durch im Voraus vom Projektteam definierte „Deadlines“ markiert; auch hier waren die beteiligten Bürger*innen also strukturell benachteiligt. Der Anspruch, Bürger*innen zu befähigen, ist im Rahmen des Projektes somit zwar geglückt, dennoch bleibt – wie diese wenigen Hinweise deutlich machen – implizit stets die Angewiesenheit auf die seitens der Universität geschaffenen institutionellen Voraussetzungen bestehen. Letztlich geht etwa auch die Auswahl der beteiligten Bürger*innen auf die Projektmitarbeitenden zurück, d.h. diejenigen, die das Projekt initiiert haben, sind bei einem Beteiligungsverfahren, das

auf einer ‚eingeladenen Beteiligung‘ (vgl. Bösch 2005: 257f) basiert, in einer aktiveren Rolle, wodurch sich in den Prozess der Integration „auf subtile Weise traditionelle Abgrenzungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein[schreiben]“ (vgl. Felt et al. 2013: 28). Das für Beteiligungsprojekte vielfach formulierte „Ideal einer gleichberechtigten Partizipation“ kann daher, sieht man von den institutionellen Rahmenbedingungen ab, primär projektintern als Maßstab herangezogen und erfüllt werden.

Die strukturelle Hürde, die sich hier zeigt, und die immer dann zu einer basalen Asymmetrie des Beteiligungsverfahrens führt, wenn – wie in diesem Fall – die Universität als Institution zur Beteiligung einlädt, könnte durch eine Verstärkung der Partizipation im Sinne einer responsiven Wissenschaftskommunikation angegangen und ggf. auch überwunden werden. Hierzu kann das in dieser Arbeit vorgestellte Modellvorhaben als konzeptuelle Referenz dienen. Gut vorstellbar ist etwa, das künftig an den Kommunikationsabteilungen von Hochschulen neben einer Pressesprecherin oder einem Social Media-Manager zusätzlich eine Mitarbeiterin für partizipative Wissenschaftskommunikation, sprich: für die Beteiligungspraxis angestellt wird. Aus den in diesem Realexperiment gewonnenen Erfahrungen lässt sich für die konkrete Beteiligungspraxis dabei auch ein Modell (vgl. nachfolgende Abbildung) ableiten, in dem Bürger*innen einer Region eng mit der sich in einer Region befindlichen Universität verbunden sind. Dabei greift die Universität über das *partizipative Agenda-Setting* regionale gesellschaftliche Herausforderungen auf, verwertet diese im Rahmen einer *Bürgerredaktion* unter aktiver Beteiligung der Bürger*innen und spielt Ideen und Ansätze für die Lösung dieser Herausforderungen über die Medien einer Region wieder aus (‚Ideentransfer‘). Auf diese Weise wird nicht nur ein „Mechanismus“ von Identifizierung regionaler Herausforderungen einerseits und Ideengenerierung bzw. Ideentransfer andererseits sichtbar, sondern auch die Verzahnung regionaler Praxisdiskurse und Herausforderungen mit internationalen Fachdiskursen.



Modell-Darstellung „Responsive Wissenschaftskommunikation als Problemlöserin“

Den Hochschulen kommt hierbei zugleich eine „Antennenfunktion“ für ihre Region zu, da die Wissenschaftler*innen über ihre Fachdisziplinen in internationale Diskurse eingebunden sind, aus denen heraus sie Entwicklungen und Ansätze in die Gestaltung regionaler gesellschaftlicher Herausforderungen integrieren können (vgl. Fritsch/Henning/ Slavtchev/Steigenberger 2007: 20). Gleichzeitig trägt die Integration des praktischen, lebensweltlichen Wissens aus einer Region dazu bei, wissenschaftliches Wissen, das als allgemein und kontextfrei gilt, zu spezifizieren bzw. zu kontextualisieren (vgl. Böschen/Pfersdorf 2014: 50). Einhergehend damit zeigt sich, inwiefern ein responsiver Ansatz insgesamt zu einer Transformation des Verständnisses von Wissenschaftskommunikation führt, die diese nicht mehr als Popularisierung, sondern als Praxis der Teilhabe begreift (vgl. Metten 2021).

An der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt ist die Verstetigung der Bürgerredaktion bereits in die Wege geleitet; sie kann den Charakter einer intermediären Organisation gewinnen, die über ein hohes Maß an Autonomie verfügt. Hartmut Rosa hat deutlich gemacht, dass Institutionen die Achsen und Intensitäten der Beziehungen ihrer Mitglieder zur institutionellen Außenwelt mitbestimmen, dass sie „Resonanzsensibilitäten“ erzeugen ebenso wie verhindern (vgl. Rosa 2016: 663). Die institutionelle Verankerung von Beteiligungsverfahren kann in diesem Sinn dazu beitragen, routinierte und habitualisierte Handlungsformen und Praktiken ebenso wie etablierte akademische Denkstile zu öffnen und zu erweitern. In institutioneller Hinsicht vermag hieraus eine weitergehende Öffnung der Universität zu resultieren: Stephan Jansen hat die Universität des 21. Jahrhunderts als eine „beziehungsfähigere Universität“ beschrieben, die zu einer eigenen zivilgesellschaftlichen Akteurin und zu einem Resonanzkörper für die Gesellschaft werde (Jansen 2014: 183). Eine responsive Wissenschaftskommunikation lässt sich in diesem Sinn als Medium zur Realisierung von gesellschaftlichen Beteiligungs- und Gestaltungsprozessen begreifen; sie hat es zur Aufgabe, „Kommunikation so aufzubauen, dass sie auf Resonanz stößt [...], Auseinandersetzungen fördert, die Gestaltungsräume eröffnet“ (Ober 2018: 381). Um die Nutzung der hier entwickelten Beteiligungsmodule auch an anderen Hochschulen zu ermöglichen, werden die praktischen Einsichten des Vorhabens auch in Form einer Toolbox mit praktischen Hilfestellungen zur Durchführung von responsiven und partizipativen Wissenschaftskommunikationsvorhaben nach dem Modell der Bürgerredaktion gebündelt (vgl. Metten/Poese 2021). Da es sich bei dem hier vorgestellten Projekt jedoch auch um ein kontextspezifisches Unikat handelt, ist die Übertragbarkeit und der Transfer von Problemlösungen und konkreten Ideen aus einem Reallabor in andere Kontexte stets auf eine aktive Aneignung vor Ort angewiesen (vgl. Wagner/Grunwald 2019: 262). Hochschulprojekte, die auf eine intensive Beteiligung externer Akteure setzen, können per se nur im Austausch mit allen Beteiligten angemessen realisiert werden. Das vorliegende Arbeitspapier kann einhergehend damit dazu dienen, ein tieferes Verständnis für die Umsetzungsprozesse zu entwickeln und konkrete Herausforderungen, die hierbei potenziell entstehen, frühzeitig zu antizipieren, um ggf. weiterführende Schritte und Ideen für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen in der Wissenschaftskommunikation zu entwickeln.

8. Literatur

- Appel, Markus/Roder, Marc (2020): Nachrichtenfaktoren: Worüber ist es wert zu berichten? In: Appel, Markus (Hg.): *Die Psychologie des Postfaktischen. Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait & Co.* Berlin: Springer, S. 33–43.
- Bauernschmidt, Stefan (2018): Öffentliche Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation & Co. Zur Kartierung zentraler Begriffe in der Wissenschaftskommunikationswissenschaft. In: Selke, Stefan/Treibel, Annette (eds.): *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 21–42.
- Beiler, Markus/Krüger, Uwe (2018): Mehr Mehrwert durch Konstruktiven Journalismus? In: Gonser, Nicole (ed.): *Der öffentliche (Mehr-)Wert von Medien. Forschung und Praxis an der FHWien der WKW*: Springer VS, S. 167–191.
- Bergmann, Matthias/Jahn, Thomas/Knobloch, Tobias/ Krohn, Wolfgang/ Pohl, Christian/Schramm, Engelbart (2010): *Methoden transdisziplinärer Forschung. Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bien, Colin/Sassen, Remmer/Held, Hermann (2017): Die transformative Universität in der Gesellschaft. Ein Überblick über verschiedene Konzepte. In: *GAIA* 26/3, S. 259–268.
- Bien, Colin/Sassen, Remmer (2019): Transformative Aktivitäten von Hochschulen. In: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, 3/42, S. 252–279.
- Bogner, Alexander (2012): Wissenschaft und Öffentlichkeit. Von Information zu Partizipation. In: Maasen, Sabine/Kaiser, Mario/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer, S. 379–392.
- Böschen, Stefan (2005): Reflexive Wissenspolitik. Formierung und Strukturierung von Gestaltungsföfentlichkeiten. In: Bogner, Alexander/Torgersen, Helge (Hg.): *Wozu Experten? Ambivalenz der Beziehung von Wissenschaft und Politik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 241–263.
- Böschen, Stefan/Pfersdorf, Simon (2014): Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Innovationsentwicklung und Risikobewältigung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 27/4, S. 50–59.
- Böschen, Stefan/Pfersdorf, Simon (2015): Epistemische Verantwortbarkeit. Responsible Research and Innovation und partizipative Forschungsprozesse. In: Bogner, Alexander/Decker, Michael/Sotoudeh, Mahshid (Hg.): *Responsible Innovation. Neue Impulse für die Technikfolgenabschätzung?* Baden-Baden: Nomos, S. 297–296.
- Braun-Thürmann, Holger (2010): Wandel der Wissensproduktion. In: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: Springer, S. 71–88.
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2013) *Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung*. Konstanz: UTB.
- Brinkmann, Carina/Bergmann, Matthias/Huang-Lachmann, Jo-Ting/Rödder, Simone/Schuck-Zöller, Susanne (2015): *Zur Integration von Wissenschaft und Praxis als Forschungsmodus - Ein Literaturüberblick*. Report 23, Climate Service Center Germany Hamburg.
- Bruhn, Matthias (2008): *Das Bild. Theorie - Geschichte - Praxis*. Berlin: Akademie Verlag.
- Bogner, Alexander (2010): Partizipation als Laborexperiment. Paradoxien der Laiendeliberation in Technikfragen. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 39, Heft 2, April 2010, S. 87–105.

- Bogner, Alexander (2012): Wissenschaft und Öffentlichkeit. Von Information zu Partizipation. In: Maasen, Sabine/ Kaiser, Maria/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Springer: Wiesbaden, S. 379–392.
- Bogner, Alexander/Gaube, Veronika/Smetschka, Barbara (2011): Partizipative Modellierung. Beteiligungsexperimente in der sozialökologischen Forschung. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36, 2, S. 74–97.
- Christmann, Veronika/Tadic, Komnen (2018): Vom Zuschauer zum Teilnehmer - Möglichkeiten partizipativer Formate. In: Hooffacker, Gabriele/Kenntemich, Wolfgang/Kulisch, Uwe (Hg.): *Die neue Öffentlichkeit*. Wiesbaden: Springer, S. 67–79.
- Deppermann, Arnulf (2008): *Gespräche analysieren. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Eppler, Martin J./Burkhard, Remo A. (2004): Knowledge visualization: towards a new discipline and its fields of application. (=Università della Svizzera italiana).
- Fähnrich, Birte/Schäfer, Mike S. (2019): Partizipative Hochschulkommunikation. In: Fähnrich, Birte/Metag, Julia/Post, Senja/Schäfer, Mike S. (Hg.): *Forschungsfeld Hochschulkommunikation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 227–245.
- Felt, Ulrike/Igelsböck, Judith/Schikowitz, Andrea/Völker, Thomas (2013): *Transdisziplinarität als Wissenskultur und Praxis. Eine Analyse transdisziplinärer Projektarbeit im Programm ProVISION aus der Sicht der Wissenschaftsforschung*. Projektbericht. Institut für Wissenschafts- und Technikforschung. Universität Wien.
- Finke, Peter (2014): *Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien*. München: oekom.
- Flatscher, Matthias (2011): Antwort als Verantwortung. Zur Dimension des Ethisch-Politischen in Waldenfels' Phänomenologie der Responsivität. In: *Etica & Politica*, XIII, 1, S. 99–133.
- Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Steinke, Ines (2013): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek: Hamburg.
- Fritsch, Michael/Henning, Tobias/Slavtchev, Viktor/Steigenberger, Norbert (2007): *Hochschulen, Innovation, Region. Wissenstransfer im räumlichen Kontext*. Berlin: Edition Sigma.
- Geertz, Clifford (1987): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*: Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: Vetter, Angelika (Hg.): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 29–48.
- Gerhardt, Volker (2018): *Selbstbestimmung. Das Prinzip der Individualität*. Reclam: Stuttgart.
- Gibbons, Michael/Limoges, Camille/Nowotny, Helga/Schwartzmann, Simon (1994): *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Glaab, Manuela (2016): Hohe Erwartungen, ambivalente Erfahrungen? Zur Debatte um „mehr Bürgerbeteiligung“ in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. In: Glaab, Manuel (Hg.): *Politik mit Bürgern - Politik für Bürger. Bürgergesellschaft und Demokratie*. Wiesbaden: Springer, S. 3–25.
- Groß, Matthias/Hoffmann-Riem, Holger (2005): *Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Hopf, Christel (2013): Qualitative Interviews - ein Überblick. In: Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Steinke, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek: Hamburg, S. 349–360.

- Jansen, Stephan A. (2014): Responsive Universität der Riskanz - Über die Funktion des Nichtbestellenden. In: Jostmeier, Milena/Georg, Arno/Jacobsen, Heile (Hg.): *Sozialen Wandel gestalten. Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 177–186.
- Jenkins, Henry mit Purushotman, Ravi/Weigel, Margaret/Clinton, Katie/Robinson, Alice J. (2009): *Confronting the Challenges of Participatory Culture. Media Education for the 21st Century*. Cambridge: MIT Press.
- Kaledewey, David (2017): Von Problemen zu Herausforderungen: Ein neuer Modus der Konstruktion von Objektivität zwischen Wissenschaft und Politik. In: Lessenich, Stefan (Hg.): *Geschlossene Gesellschaften*. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.
- Krohn, Wolfgang (2008): Epistemische Qualitäten transdisziplinärer Forschung. In: Bergmann, Matthias/Schramm, Engelbert (Hg.): *Transdisziplinäre Forschung*. Frankfurt am Main: Campus, S. 39–78.
- Krohn, Wolfgang/Grunwald, Armin/Ukowitz, Martina (2019): Transdisziplinäre Forschung kontrovers - Antworten und Ausblicke. In: *GAIA* 28, 1, S. 21–25.
- Lehmkuhl, Markus (2019): Auswahlkriterien für Wissenschaftsthemen. Warum das eine in der Zeitung steht und das andere nicht. In: Göpfert, Winfried (Hg.): *Wissenschafts-Journalismus, Journalistische Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 151–160.
- Leßmöllmann, Annette (2020): Hochschulkommunikation und Gemeinwohl. In: Eggers, Daniel/ Hirsch, Wilfried (Hrsg.): *Öffentliche Vernunft? Die Wissenschaft in der Demokratie*. Berlin/Boston: de Gruyter, S. 73–83.
- Maasen, Sabine (2010): Transdisziplinarität revisited - Dekonstruktion eines Programms zur Demokratisierung der Wissenschaft. In: Bogner, Alexander/Kastenhofer, Karen/Torgersen, Helge (Hg.): *Inter- und Transdisziplinarität im Wandel? Neue Perspektiven auf problemorientierte Forschung und Politikberatung*. Baden-Baden: Nomos, S. 247–268.
- Maasen, Sabine/Dickel, Sascha (2016): Partizipation, Responsivität, Nachhaltigkeit. In: Simon, Dagmar (ed.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 225–242.
- Maurer, Marcus (2016): Journalismus und Agenda-Setting. In: Löffelholz, Martin /Rothenberger, Li-ane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer, S. 419–430.
- Merkel, Christina (2013): Kernressort der Zeitung. Wissenschaftsjournalismus vor Ort. In: Pöttker, Horst/Vehmeier, Anke (Hg.): *Das verkannte Ressort. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus*. Wiesbaden: Springer, S. 246–258.
- Metten, Thomas (2019): Webvideos als Medien öffentlicher Wissenschaft. Eine exemplarische Analyse audiovisueller Strategien der Wissenschaftskommunikation. In: Hauser, Stefan/Opilowski, Roman/Wyss, Eva (Hg.): *Alternative Öffentlichkeiten. Soziale Medien zwischen Partizipation, Sharing und Vergemeinschaftung*. Bielefeld: transcript, S. 191–217.
- Metten, Thomas (im Erscheinen): Wissensintegration und -koproduktion in der transdisziplinären Forschung. Skizze eines linguistischen Forschungsfeldes zur kommunikativen Genese transformativen Wissens für eine nachhaltige Entwicklung. In: *Deutsche Sprache*, 3/2021, Themenheft „Nachhaltigkeit und Linguistik. Sprachwissenschaftliche Innovationen im Kontext einer globalen Thematik“.
- Metten, Thomas/Pinkas, Claudia/Niemann, Philipp/Rouget, Timo (2016): Was zeichnet ein wissenschaftliches Webvideo aus? In: Körkel, Thilo/Hoppenhaus, Kerstin (Hg.): *Web Video Wissenschaft*

- *Ohne Bewegtbild läuft nichts mehr im Netz: Wie Wissenschaftsvideos das Publikum erobern.* Spektrum der Wissenschaft: Heidelberg, S. 1–23.
- Meyer-Soylu, Sarah/Parodi, Oliver/Trenks, Helena/Seebacher, Andreas (2016): Das Reallabor als Partizipationskontinuum. In: *TATuP - Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis* 3/25, S. 31–40.
- Neuberger, Christoph (2015): Lokaljournalismus und Partizipation: Profis zwischen User Generated Content und Bürgerjournalismus. In: Breyer-Mayländer, Thomas (Hg.): *Vom Zeitungsverlag zum Medienhaus. Geschäftsmodelle in Zeiten der Medienkonvergenz.* Wiesbaden: Springer, S. 61–72.
- Neuberger, Christoph (2021): Journalistische Produktion und Auswahl. In: Borucki, Isabelle/Kleinen-von-Königslöw, Katharina/Marschall, Stefan/Zerback, Thomas (Hg.): *Handbuch politische Kommunikation.* Wiesbaden: Springer, S. 1–17.
- Newig, Jens (2011): Partizipation und neue Formen der Governance. In: Groß, Matthias (ed.): *Handbuch Umweltsoziologie.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 485–502.
- Niederberger, Marlen/Renn, Ortwin (eds.) (2019): *Delphi-Verfahren in den Sozial- und Gesundheitswissenschaften: Konzept, Varianten und Anwendungsbeispiele. Konzept, Varianten und Anwendungsbeispiele.* Wiesbaden: Springer VS.
- Nothdurft, Werner (1996): Schlüsselwörter. Zur rhetorischen Herstellung von Wirklichkeit. In: Kallmeyer, W. (ed.): *Gesprächsrhetorik. Rhetorische Verfahren im Gesprächsprozess.* Tübingen: Narr.
- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael (2014): *Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewißheit.* Weilerswist: Velbrück.
- Ober, Steffi (2018): Öffentliche Wissenschaft. Forschung und Innovation (FuI) partizipativ gestalten. In: Selke, Stephan/Treibl, Annette (Hg.): *Gesellschaftswissenschaften, Öffentliche Wissenschaft und gesellschaftlicher Wandel.* Springer: Wiesbaden, S. 375–388.
- Parodi, Oliver/Beecroft, Richard/Albiez, Marius/Quint, Alexandra/Tamm, Kaidi/Waitz, Colette (2016): Von ‚Aktionsforschung‘ bis ‚Zielkonflikte‘. Schlüsselbegriffe der Reallaborforschung. In: *Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis*, 25. Jg., Heft 3, Dezember, S. 9–18.
- Parodi, Oliver/Beecroft, Richard/Albiez, Marius/Bösch, Stefan/Defila, Rico/Di Giulio, Antonietta/Seebacher, Andreas (2021): Wer partizipiert woran - und mit welchen Folgen? Erkenntnisse aus der transdisziplinären und transformativen Forschung. In: Lindner, Ralf/Decker, Michael/Ehrensperger, Elisabeth/Heyen, Nils B./Lingner, Stephan/Scherz, Constanze/Sotoudeh, Mahshid (Hg.): *Gesellschaftliche Transformationen. Gegenstand oder Aufgabe der Technikfolgenabschätzung?* Baden-Baden: Nomos, S. 201–217.
- Pranz, Sebastian/Sauer, Christian (2017): ‚Konstruktiver Journalismus‘ – Reflexion über einen Branchentrend, der alte Fragen zum Verhältnis von Pädagogik und Journalismus neu aufwirft. In: Allmann, Silke/Talmon-Gros, Jorina (eds.): *Kon-Texte.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 99–122.
- Rammert, Werner (2002): Zwei Paradoxien einer innovationsorientierten Wissenspolitik: Die Verknüpfung heterogenen und die Verwertung impliziten Wissens. In: *Soziale Welt*, 54 Jg., Heft 4, S. 483–508.
- Renn, Ortwin (2013): Bürgerbeteiligung. In: Grunwald, Armin/Simonidis-Puschmann, Melanie (Hg.): *Handbuch Technikethik.* Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 400–405.

- Rhomberg, Markus (2017): Forschungsperspektiven der Wissenschaftskommunikation. In: Bonfadelli, Heinz/Fährlich, Birte/Lüthje, Corinna/Milde, Jutta/Rhomberg, Markus/Schäfer, Mike S. (Hg.): *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*. Wiesbaden: Springer, S. 407–428.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sack, Detlef (2019): Partizipation. In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 671–680.
- Schäfer, Mike S./Kristiansen, Silje/Bonfadelli, Heinz (2015): Wissenschaftskommunikation im Wandel: Relevanz, Entwicklung und Herausforderungen des Forschungsfeldes. In: Schäfer, Mike S./Kristiansen, Silje/Bonfadelli, Heinz (Hg.): *Wissenschaftskommunikation im Wandel*. Köln: von Halem, S. 10–42.
- Schmidt-Petri, Hannah/Bürger, Moritz (2019): Modeling science communication: from linear to more complex models. In: Leßmöllmann, Annette/Dascal, Marcelo/Gloning, Thomas (Hrsg.): *Science Communication*. Berlin/ New York: de Gruyter, S. 655–688.
- Schneidewind, Uwe (2014): Von der nachhaltigen zur transformativen Hochschule : Perspektiven einer „True University Sustainability“. In: *Umweltwirtschaftsforum*, Jg. 22, Nr. 4, S. 221–225.
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.
- Seethaler, Josef/Beaufort, Maren (2018): Vom Verstehen zum Partizipieren? Wissenschaft und ihre Disziplinen in einer sich wandelnden Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz/Lüthje, Corinna/Ohser, Farina/Seifert, Claudia (Hg.): *Wissenschaftskommunikation. Die Rolle der Disziplinen*. Baden-Baden: Nomos, S. 55–78.
- Siegel, Steffen (2009): *Tabula. Figuren der Ordnung um 1600*. Berlin: Akademie Verlag.
- Star, Susan Leigh/ Griesemer, James R. (1986): Institutional Ecology, ‚Translations‘ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley's Museum of Vertebrate Zoology, 1907-39. In: *Social Studies of Science*, Vol. 19, No. 3 (Aug., 1989), S. 387–420.
- Stilgoe, Jack/Wilsdon, James (2014): Why should we promote public engagement with science? In: *Public Understanding of Science*, 23 (1), S. 4–15.
- Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas (2018): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 47 (2), S. 83–100.
- Trenks, Helena/Waitz, Colette/Meyer-Soylu, Sarah/Parodi, Oliver (2018): Mit einer Realexperimentreihe Impulse für soziale Innovationen setzen - Realexperimente initiieren, begleiten und beforschen. In: Defila, Rico/ Giulio, Antonietta Di (Hg.): *Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung*. Springer: Wiesbaden, S. 233–262.
- Wagner, Felix/Grunwald, Armin (2019): Reallabore zwischen Beliebtheit und Belieblichkeit: Eine Bestandsaufnahme des transformativen Formats. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 3/28, S. 260–264.
- Waldenfels, Bernhard (1994): *Antwortregister*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Waldenfels, Bernhard (2000): Responsive Ethik zwischen Antwort und Verantwortung. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 58, 1, S. 71–81.
- Waldenfels, Bernhard (2010): *Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Weingart, Peter/Wormer, Holger (2016): Wissenschaftskommunikation als demokratisches Grundprinzip. In: *Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis*, 1/25, S. 8–16.

Weingart, Peter (2006): *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit*. Weilerswist: Velbrück.

Wenninger, Andreas/Dickel, Sascha (2019): Paradoxien digital-partizipativer Wissenschaft. Zur sozio-epistemischen Grenzarbeit in Citizen Science und Wissenschaftsblogs. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* S1/44, S. 257–286.